# Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

**Schwerpunkt**
**Welternährung und Agrarspekulation**

**Interviews:**
**Bundesministerin Ilse Aigner**
**Prof. Dr. Harald Grethe**

**ASG-Frühjahrstagung in Eisenach**

H 20781 | 64. Jahrgang | 02/2013 | www.asg-goe.de

# Inhaltsverzeichnis


**ASG**

1 Am Rande notiert – ASG-Vorsitzender Dr. Martin Wille
2 ASG-Frühjahrstagung 2013 in Eisenach „Wem gehört das Land?“
8 ASG-Projekt: Positive Wirkungen durch Diversifizierung auch an abgelegenen Standorten möglich
12 ASG-Termine
12 ASG-Verteiler

**Agrarpolitik**

13 Neues von der agrarpolitischen Bühne: (K)ein Herz für Bauern

**Landwirtschaft**

15 Aktivitäten und Netzwerkbildungen Sozialer Landwirtschaft in Bayern
17 Lesetipp: Boden unter den Füßen
18 Wie geht es den Bienen?
21 Vermittlung von Fertigkeiten im Ökologischen Gartenbau in einem studentischen Gemeinschaftsgarten

**Ländlicher Raum**

24 Frauenpower oder gebremste Kraft? Eine Befragung unter norddeutschen Land-Frauen

**Schwerpunkt** Welternährung und Agrarspekulation

28 Interview mit Bundesministerin Ilse Aigner: Auf die Landwirtschaft kommt es an
31 Hunger ist eine Menschenrechtsverletzung – Hungerbekämpfung ein Kampf gegen Diskriminierung
33 Lesetipp: Was uns nährt, was uns trägt – Humanökologische Orientierung zur Welternährung
34 Bäuerinnen – Ernährerinnen der Welt
36 Interview mit Prof. Dr. Harald Grethe: Wir sollten den Fleischkonsum verringern
39 Warenterminbörsen als Instrument des Risikomanagements bei Agrarprodukten
42 Mit Essen spielt man nicht
44 BDL-Positionspapier zur globalen Ernährungssituation
44 Lesetipps: Rentenbank: Welthandel sichert Versorgung mit Nahrungsmitteln
45 Wir lassen sie verhungern – die Massenvernichtung in der Dritten Welt
45 Landgrabbing – der globale Kampf um Grund und Boden
45 HUNGER – Dokumentarfilm mit Informations- und Bildungsmaterial

**Aus der Forschung**

46 Kulturlandschaften entwickeln, Ökosystemleistungen stärken – Politikempfehlungen für Deutschland
46 Klimawirkungen und Nachhaltigkeit ökologischer und konventioneller Betriebssysteme
46 Wirtschaftliche Bedeutung des Gartenbausektors in Deutschland

**Personalien**

47 Dr. Theodor Bühner in Ruhestand, Umstrukturierung im BMELV
47 Dr. Horst Reinhardt Sprecher des Vorstandes der Rentenbank
47 Eckhart Stüwe im Ruhestand
47 Klaus Wiesehügel 60 Jahre
47 Generationswechsel im Deutschen Landkreistag (DLT)

**Für Sie gelesen**

48 Landwirte und Gutsbesitzer als Gewaltopfer des Nationalsozialismus
48 Schweiz oder Kasachstan – eine Denkschrift zur Agrarpolitik
48 Demographischer Wandel in ländlichen Gesellschaften


Foto Titelseite: Sacks of rice during harvest © Thor Jorgen Udvang - Fotolia.com

„Empört euch“, das hat uns vor einigen Jahren ein weiser Mann, Stéphane Hessel, zugerufen. Wenn im Jahre 2013 immer noch fast eine Milliarde Menschen auf diesem Planeten hungern, wenn Kinder weiter in großer Zahl an Mangel- und Unterernährung sterben, dann gibt es Grund zur Empörung. Schon deshalb, weil die Vereinten Nationen sich auf ein Menschenrecht auf Nahrung verständigt haben, auf das sich zivilgesellschaftliche Organisationen national und international berufen. Ihre Kampagnen setzen Regierungen und internationale Organisationen beständig unter Druck, mehr und das Richtige zu tun. Aber was heißt mehr und was ist richtig? Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, sagte beispielsweise anlässlich des Londoner Ernährungsgipfels Anfang Juni 2013, dass diese Bundesregierung die Ernährungssicherung wieder ganz nach oben auf die Agenda internationaler Zusammenarbeit gesetzt und in den letzten drei Jahren die Entwicklung ländlicher Räume, die Landwirtschaftsförderung und den Kampf gegen Hunger und Mangelernährung zu Schwerpunkten ihrer Arbeit gemacht habe. Und als Ergebnis eines Treffens in Berlin verkündete Niebel Ende Januar 2013, dass das BMZ gemeinsam mit Bill Gates und der deutschen Wirtschaft die Kräfte gegen den Hunger in der Welt bündeln werde. Die Richtigkeit dieses Weges aber wird von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen bezweifelt. Sie fürchten, dass solche Aktivitäten zu einer Industrialisierung der Landwirtschaft führen und Kleinbauern vertreiben würden, was zu noch mehr Armut führen könnte. Maryam Rahmanian, die bei den Vereinten Nationen als Beraterin zur Ernährungssicherheit tätig ist und die den Vorsitz bei der zehnten Berliner Konferenz „Politik gegen Hunger“ vom 10.-12. Juni 2013 innehatte, hat im April 2011 in einem Interview mit „Brot für die Welt“ die Bedeutung der dezentralen, lokalen Nahrungsmittelproduktion hervorgehoben. Die lokale und kleinbäuerliche Landwirtschaft könne Arbeitsplätze bereitstellen, gute und gesunde Nahrung produzieren und nachhaltig mit Naturressourcen umgehen. Genau diese Position wird von Brot für die Welt, deren Präsidentin Gast unserer Frühjahrstagung in Eisenach war, und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland vertreten.

Die Meinungen zu Fragen der Welternährung sind in der Tat sehr unterschiedlich, wie auch im Schwerpunkt dieser Ausgabe in verschiedenen Beiträgen deutlich wird. Wir möchten als Agrarsoziale Gesellschaft dazu beitragen, die öffentliche Diskussion zu versachlichen und zu entemotionalisieren. Diesen Wunsch hat z. B. auch der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik beim BMELV in seinem Gutachten „Ernährungssicherung und nachhaltige Produktivitätssteigerung“ vom Januar 2012 geäußert. Wir freuen uns sehr, dass in dieser Ausgabe die Bundesministerin, Frau Ilse Aigner, und der neue Beiratsvorsitzende, Prof. Dr. Harald Grethe, ihre Auffassungen zu Fragen der Welternährung in Interviews darlegen.

Ihr

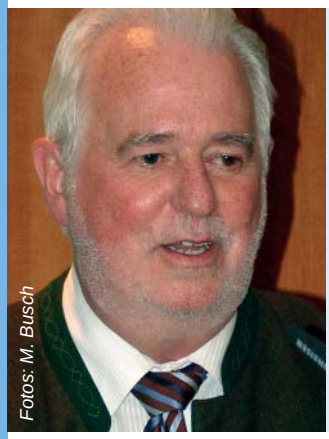
StS a.D. Dr. Martin Wille
Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

# ASG-Frühjahrstagung 2013 in Eisenach

**Unter dem Titel „Wem gehört das Land?“ beschäftigte sich die ASG-Frühjahrstagung mit Flächennutzungskonflikten im regionalen und internationalen Kontext. Jürgen Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz des gastgebenden Landes Thüringen, berichtete über die Ergebnisse der Agrarministerkonferenz (AMK) in Berchtesgaden am 12. April 2013.**

## Stand der nationalen Umsetzung der GAP

Die Grundzüge der nationalen Umsetzung der GAP-Reform zeichneten sich erst in Ansätzen ab, betonte Minister Jürgen Reinholz. Vor dem Abschluss der europäischen Trialogverhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat und den folgenden Agrarministerkonferenzen seien viele wichtige Entscheidungen nicht möglich.


Fotos: M. Busch

***„Wenn es zu Umverteilungen in Deutschland kommen wird, müssen auch die, die ggf. Gelder abgeben sollen, noch erhobenen Hauptes aus den Verhandlungen kommen können.“***

*Jürgen Reinholz, Thüringer Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz*

Innerhalb der AMK habe es zwischen den rot/grün- und den CDU-geführten Ländern, wie auch zwischen Ost und West, Differenzen gegeben. Daher solle eine ganze Reihe von Fragen durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe bearbeitet werden. Beispielsweise werde eine Mittelumschichtung in die 2. Säule durch die grün/rot- bzw. rot/grün-regierten Länder befürwortet, während unionsgeführte Länder auf die ohnehin anstehenden Kürzungen der Direktzahlungen verwiesen. Einigkeit habe man in der Ablehnung einer Kappung und Degression der Direktzahlungen hergestellt. Im Gegenzug sei vereinbart worden, dass es einen bundeseinheitlichen Zuschlag für die ersten Hektare geben soll, dessen Umfang und Höhe jedoch noch offen geblieben seien.

Auch beim Greening sei die bisherige Position der AMK im Wesentlichen bestätigt worden. Es müsse obligatorisch und auf einzelbetrieblicher Ebene zur Anwendung kommen, ökologische Vorrangflächen sollen jedoch nicht zwingend aus der Produktion genommen werden. Unterstützt werde ein Äquivalenzprinzip, bei dem Agrarumweltmaßnahmen, produktionsintegrierte Maßnahmen wie der Eiweißpflanzenanbau sowie bestimmte Flächen in Natura-2000-Gebieten angerechnet werden können.

In den kommenden Verhandlungen wolle Minister Reinholz bei seinem Ziel bleiben, für Thüringen soviel wie möglich vom Status quo zu sichern und Entscheidungen möglichst nur im Gesamtkontext zu treffen.

## Flächenverbrauch und Flächennutzungskonflikte reduzieren

Wem gehört das Land? – dies sei nicht nur das Thema der ASG-Frühjahrstagung, sondern das ASG-Leitthema für 2014, erklärte Dr. Martin Wille. Seit die rot-grüne Bundesregierung 2002 der Empfehlung des Nachhaltigkeitsrates gefolgt sei, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag zu begrenzen und außerdem beschlossen habe, den Anteil des Ökolandbaus auf 20 % der Fläche zu erweitern, bestünden diese Ziele fort. Schwerpunkt der Frühjahrstagung 2013 seien Flächenverbrauch und Flächennutzungskonflikte im regionalen Kontext und die Darstellung der Chancen und Herausforderungen, die in Thüringen mit dem Begriff „ganzheitliche Flächenhaushaltspolitik“ verbunden seien.

In den letzten Jahren sei auch deutlich geworden, dass bei den Themen Landwirtschaft und Ernährung die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen immer wichtiger werde. Sie hätten die Richtung der

***„Entscheidungen zur Landnutzung werden überwiegend auf regionaler und lokaler Ebene getroffen, wirken sich in ihrer Gesamtheit aber auf globale Prozesse aus.“***

*StS a.D. Dr. Martin Wille, Vorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.*

Politik in der EU und in Deutschland „satt“, wie es ca. 40 Organisationen anlässlich der Grünen Woche in Berlin formulierten. Daher solle die Rolle der Zivilgesellschaft näher beleuchtet werden. Leider sei weiter ein Mangel an transdisziplinären Dialogen festzustellen, wie auch der Prozess zur „Charta für Landwirtschaft und Verbraucher“ zeige, beklagte Dr. Wille. Nach den Erfahrungen mit dem Chartaprozess, dessen Abschlusspapier nicht erkennen lasse, dass der Dialog weitergehe, bestehe die Notwendigkeit, diesen auf Bundesebene weiterzuführen. Die ASG wolle den Dialog auch durch die Einladung eines weiten Spektrums an Referenten fördern.

***„Neben zuverlässigen Geoinformationen brauchen wir sowohl die Bereitschaft der Menschen in Stadt und Land, sich aktiv an Veränderungsprozessen zu beteiligen, als auch Instrumente intelligenten Flächenmanagements.“***

*Prof. Dr. Karl-Friedrich Thöne, Abteilungsleiter im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz*

## Intelligente Flächenhaushaltspolitik notwendig

Es bestehe dringender Handlungsbedarf, immer noch würden täglich bundesweit rund 87 ha überwiegend landwirtschaftlich genutzter Fläche durch Siedlungs- und Verkehrsprojekte neu in Anspruch genommen, so Prof. Dr. Karl-Friedrich Thöne. Mit dem in der Nachhaltigkeitsstrategie 2011 verankerten Flächenindikator verfolge Thüringen jedoch einen neuen, ganzheitlichen Ansatz. Ziel sei eine möglichst ausgeglichene Bilanz zwischen Neuinanspruchnahme und Rückwidmung für natürliche und naturnahe Zwecke. Schlüssel dafür sei einerseits die Nachnutzung von Brachflächen und andererseits der Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung. Ohne intelligentes Flächenmanagement würden es Investoren weiterhin vorziehen, Bauvorhaben „auf der grünen Wiese“ zu planen. Intelligentes Flächenmanagement sei ein Standortvorteil, generiere Wertschöpfung und sei der Schlüssel zur Flächenkreislaufwirtschaft. Die Nutzung vorhandener Infrastrukturen führe nachweislich zur Entlastung kommunaler Haushalte, die Schließung von Baulücken und Revitalisierung von Brachflächen zur Werterhaltung bzw. Wertsteigerung von Immobilien. Intelligentes Flächenmanagement sei zudem ein Betätigungsfeld von selbstständigen Ingenieuren und Planern und betrachte den gesamten Nutzungszyklus von Grundstücken im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung einer Region. Prof. Thöne wies darauf hin, dass gerade bei der Dorferneuerung Bodenordnungsverfahren wegen der eingeschränkten Verfügbarkeit von Grundstücken zwingend seien.

Eine intelligente Flächenhaushaltspolitik müsse naturschutzpolitisch orientiert sein. Unzerschnittene, verkehrsarme Räume über 100 km² gälte es zu bewahren. Nicht nur für viele Tier- und Pflanzenarten, sondern auch für den erholungssuchenden Menschen seien diese Freiräume lebenswichtig. Der Aufbau von Flächenpools spiele eine wichtige Rolle. Streuobstwiesen auf besten landwirtschaftlichen Böden würden hierdurch vermieden und gute landwirtschaftliche Standorte im unmittelbaren Umfeld des Bauvorhabens könnten weiter genutzt werden. Die eigentliche Herausforderung stelle der „Wandel in den Köpfen“ dar. Aus diesem Grund sei es ein wichtiger Schritt, dass im März diesen Jahres das Thüringer „Bündnis für Fläche“ seine Arbeit aufgenommen habe.

## Landgesellschaften haben Mittlerfunktion

Dr. Alexander Schmidtke nannte als Beispiel für die Tätigkeit der Thüringer Landgesellschaft (ThLG) die Auflösung von Landnutzungskonflikten, die durch den 6-streifigen Ausbau der A 4 im Bereich der neuen Umfahrung der Hörselberge (bei Eisenach) entstanden waren. 1998 habe die ThLG ihre Arbeit mit der Analyse der Auswirkungen der Umfahrung auf das Eigentum sowie die Agrar- und Landesstruktur begonnen. Diese habe zum Ergebnis gehabt, dass eine Neuordnung der Strukturen durch ein vereinfachtes Flurneuordnungsverfahren möglich sei, welches 2002 angeordnet wurde. Insgesamt betraf das Verfahren 6 200 ha Fläche, ca. 8 200 Flurstücke und ca. 2070 Beteiligte. Der Grunderwerb sei über Landverzichtserklärungen und Kaufverträge durch die ThLG erfolgt. Diverse Flächentausche mit Neu-

***„In Thüringen besteht das Ziel, bis 2020 eine ausgeglichene Bilanz zwischen Neuinanspruchnahme und Rückwidmung für natürliche und naturnahe Zwecke zu erreichen.“***

*Dr. Alexander Schmidtke, Geschäftsführer Thüringer Landgesellschaft mbH*

zuteilung konnten über Flurneuordnungsverfahren geregelt werden, weshalb keine Enteignungen notwendig wurden.

Negative Effekte durch die neue Trasse, wie die Zerschneidung von Hofstellen, konnten durch den Einbezug von zunächst vom Verkehrsprojekt unabhängigen Maßnahmen gemindert werden. So erfolgte eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch die Synchronisation von Wege- und Gewässerplanungen, und Kosten wurden durch die Beteiligung z. B. von Windkraft-Investoren gemindert.

Durch intensive Konsensfindung aller Beteiligten, auch des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), konnten planfestgestellte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen der A 4 gebündelt und ein Wildkatzenkorridor als Kompensationsmaßnahme angelegt werden. Hierdurch wurde die zusätzliche Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen bei höheren Naturschutz-Effekten vermieden.

***„Zivilgesellschaftliche Organisationen erweitern den Horizont politischer Willensbildung, indem sie Aspekte einbringen, die von den Scheuklappen einer Politik, die sich immer wieder darin verfängt, in Legislaturperioden zu denken, ausgeblendet werden.“***

*Ralf-Uwe Beck,*
*Ehrenvorsitzender BUND Thüringen,*
*Sprecher Mehr Demokratie e.V.*

## Zivilgesellschaftlicher Dialog für das Gemeinwohl

Positionen und Auftritte von Bürgerinitiativen erschienen der Politik und der beauftragten Verwaltung oft überzogen und unberechenbar, es werde vom „schwierigen Bürger“ gesprochen wie von einem ungezogenen Kind, stellte Ralf-Uwe Beck fest. Dieser Bürger wolle gefragt werden, sich aber auch ungefragt einmischen. Er bewerte Politik und Verwaltung im Bewusstsein, dass diese von Steuergeld bezahlt werden, und wünsche vollständige Transparenz.

Es sei zu einfach und laufe auf eine Konfrontation widerstreitender Gemeinwohlinteressen hinaus, die Konflikte um den Flächenfraß so aufzulösen, dass – wie von Bauernverbänden gefordert – keine Flächen mehr für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen herangezogen werden sollen. Die Einladung an die Umweltverbände, sich an einem „Aktionsbündnis Fläche“ in Thüringen zu beteiligen, sei zunächst positiv zu betrachten. Weil der einladende Minister dann jedoch entgegen seiner Aufgabe, den Widerstreit der Positionen ergebnisoffen zu moderieren, das Bündnis für eine Änderung der Eingriffsregelung im Bundesnaturschutzgesetz habe instrumentalisieren wollen, hätten die Umweltverbände aus Protest das Bündnis verlassen. Zu einer Moderation gehöre, die Zwänge verstehbar zu machen, die hinter den Positionen stünden. Naturschützer müssten verstehen, unter welchem ökonomischen Druck die Landwirtschaft heute stehe und gegen welche Entwertung sie anzukämpfen habe, wenn der Anteil, der für Ernährung ausgegeben wird, auf unter 15 % des Einkommens geschrumpft sei. Und die Landwirte müssten verstehen, dass Naturschützer nicht ihre natürlichen Feinde seien – im Gegenteil.

Mit langem Atem und im Zusammengehen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verwaltung und Politik könnten Erfolge verzeichnet werden, wie das heute bundesweite Rettungsnetz für die Wildkatze zeige.

## Nicht alles, was „grün“ ist, ist nachhaltig

Zum derzeitigen Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen äußerte sich Dr. Günther Bachmann dahingehend, dass dieser in den Bundesländern sehr unterschiedlich sei. Er betrage zwischen unter 3 % und über 10 %. Knapp 4 % des Lebensmittelumsatzes in Deutschland seien Biolebensmittel und die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln sei höher als das Angebot.

Nicht alles was „grün“ sei, sei nachhaltig. Gründe zur Besorgnis gäbe es erstens, weil die landwirtschaftlichen Bodenpreise weiter zweistellig stiegen und sich von den Gewinnerwartungen abgekoppelt hätten. Die tendenzielle Blase werde durch den Aus-

***„Die Flächeninanspruchnahme ist auch der Anspruch von uns allen, immer mehr Wohnraum zur Verfügung zu haben.“***

*Dr. Günther Bachmann,*
*Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung*

bau der erneuerbaren Energien verstärkt. Das verdränge bestimmte Landnutzungsformen von Hafer bis Leguminosen, aber auch den ökologischen Landbau. Zweitens verschiebe sich die Grenze zwischen Gewerbe und Landbewirtschaftung. Hieran habe die Politik einen Anteil. Der größte Teil der sog. Veredelungsbetriebe sei Gewerbe und unterscheide sich nicht von Amazon. Daher dürfe eine Ansiedlung auch nur in Gewerbegebieten und nicht privilegiert im Außenbereich genehmigt werden. Drittens habe der ökologische Landbau durch zunehmende Bürokratisierung eine Tendenz zur „Selbstausdürrung". Der ursprüngliche Gedanke einer sinnvollen Arbeit im Einklang mit der Natur werde immer weniger sichtbar.

Das Problem der Flächeninanspruchnahme beginne schon in unseren Büchern. In keiner Flächenstatistik werde vermerkt, wenn ein Bürgermeister Flächen spare, kritisierte Dr. Bachmann. Auch über die Rückgewinnung von Flächen seien keine zuverlässigen Informationen verfügbar und bei Bauprojekten würden nur die Investitionskosten, nicht aber die langfristigen Unterhaltskosten kalkuliert. Er plädiere für Kostenklarheit in allen Bereichen, auch im vorpolitischen Raum würden meist die notwendigen langfristigen Betrachtungen fehlen.

## Landknappheit weltweit

Die Brücke zu internationalen Fragen des Landverbrauchs schlug Cornelia Füllkrug-Weitzel. Sie wies darauf hin, dass immer noch 869 Mio., also 12,5 % der Weltbevölkerung von akutem oder chronischem Hunger betroffen seien. Gut die Hälfte der Hungernden lebte in kleinbäuerlichen Verhältnissen, trotzdem produzierten diese Betriebe den größten Anteil der Nahrungsmittel weltweit. Etwa zwei Drittel der kleinen Betriebe seien in besonderer Weise marginalisiert. Sie seien zu klein (unter 2 ha), lägen in ökologischen Ungunstgebieten und/oder seien wegen fehlender Landtitel in ihrer Existenz nicht abgesichert. Hiervon seien Frauen besonders betroffen.

Drei Gründe seien für eine zunehmende Landknappheit verantwortlich: Die fortschreitende Degradierung von Böden, die mit der wachsenden Weltbevölkerung einhergehende Ausweitung urbaner Zentren auf landwirtschaftlichen Gunststandorten und großflächige Agrarinvestitionen ausländischer Unternehmen und Staaten sowie einheimischer Eliten. Diese erfolgten großteils in Regionen mit Allgemeinbesitz, der nicht ausreichend verbrieft sei. Hotspots des Landgrabbing seien Länder mit schwachen Regierungen und schwacher Bodenverwaltung. So würben Regierungen wie die von Sierra

***„Der Schlüsselfaktor für die Hungerbekämpfung ist der Schutz der natürlichen Ressourcen wie Land oder Wasser. Diese werden weltweit immer knapper. Mit Sicherheit wird es zu immer mehr und zu immer gewalttätigeren Verteilungskonflikten kommen."***

*Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt*

Leone um Investoren, indem sie beispielsweise nur 15 % des potenziellen Ackerlands als genutzt bezeichneten. Gleichzeitig attestieren Studien der FAO dem Land – wegen des notwendigen Wanderfeldbaus – eine vollständige Nutzung. Als wichtigen Schritt zum Schutz traditioneller Besitz- und Nutzungsrechte bezeichnete Füllkrug-Weitzel die freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, die im Mai 2012 von der UNO verabschiedet wurden. Diese seien im Konsens von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Privatsektor erarbeitet worden und definierten den künftigen Referenzrahmen für Agrarinvestitionen in den Ländern des Südens.

## Landwirtschaftliche Produktion erhalten

Auch der Deutsche Bauernverband teile die Ansicht, dass der Hunger in der Welt mit den Eigentumsverhältnissen, d. h. mit dem Zugang zu Land zusammenhänge, stimmte Albert Seifert den Ausführungen Füllkrug-Weitzels zu. Weltweit gäbe es noch ein großes Flächenpotenzial für die landwirtschaftliche Erzeugung, das potenzielle Ackerland sei allerdings regional sehr ungleich verteilt. Große

***„Wir haben große Teile von gutem Acker- und Grünland an den Naturschutz verloren. Ob wir uns das weiter leisten können – dahinter steht ein großes Fragezeichen."***

*Albert Seifert, Vizepräsident des Thüringer Bauernverbandes*

Produktivitätssteigerungen seien möglich und für die Armutsbekämpfung wichtig. Ökolandbau sei wegen der geringen Erträge keine Lösung des Welternährungsproblems und auch nicht für die Versorgung Deutschland.

Die knappe Ressource Wasser stehe gerade in Mitteleuropa reichlich zur Verfügung, betonte Seifert, daher müsse die hiesige landwirtschaftliche Produktion erhalten werden. Er sehe in den Naturschutzgroßprojekten in Thüringen eine riesige Gefahr. Ohne Fläche fehle die Produktionsgrundlage und Arbeitsplätze gingen verloren. Er lehne die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete ab und fordere, Kompensationszahlungen in bestehenden Gebieten einzusetzen.

Als Leiter einer Agrargenossenschaft verstehe er sich als mittelständischer Unternehmer im ländlichen Raum. Der Energiemarkt sei mittlerweile auch ein Regelungsinstrument für die Nahrungsmittelpreise. Es sei gut, dass der Erdölpreis den Maispreis antriebe. Die Landwirtschaft sei nicht nur Nahrungsmittelproduzent, ein wichtiges Standbein sei die Bioenergieproduktion. Wegen der geringen Viehdichte von 0,4 Großvieheinheiten (GV)/ha sei der Maisanbau in Thüringen gering und daher kein Problem.

## Lutherdekade, reformatorische Freiheit und christliche Verantwortung

Mit dem Tagungsort Eisenach begab sich die ASG zur diesjährigen Frühjahrstagung zugleich an einen wichtigen Ort in Luthers Leben. Dies nahm sie zum Anlass, Dr. Christiane Schulz, Geschäftsführerin Reformationsdekade bei der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, einzuladen, die den Tagungsteilnehmern Näheres zum Großereignis Lutherdekade berichtete. Während der Lutherdekade – als Vorbereitungsphase auf den Höhepunkt des 2017 zu feiernden 500-jährigen Reformationsjubiläums – sollen anhand einzelner Themenjahre verschiedene mit der Reformation verbundene Aspekte ins Bewusstsein gerückt werden. Dr. Schulz sprach über die Herausforderungen und Ziele dieses umfangreichen Projektes und die Aktivitäten anlässlich des aktuellen Themenjahrs „Reformation und Toleranz“. Weitere Informationen unter www.luther2017.de

Den Bogen zwischen Lutherdekade und Landwirtschaft schlug Dr. Clemens Dirscherl. Reformation heiße, sein Denken immer wieder zu hinterfragen, Bedenken in die Gesellschaft zu tragen und vorbe-

***„Nicht der Landwirt produziert, sondern die Natur. Der Mensch hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so sorgsam zu gestalten, dass ein guter Ertrag möglich ist.“***

*Dr. Clemens Dirscherl, Agrarbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*

haltlos den Dialog miteinander zu pflegen. Der Gedanke der Freiheit sei für die Kirche der Reformation von zentraler Bedeutung.

Christliche Freiheit sei jedoch durch die Ausübung von Verantwortung eingeschränkt, weshalb sich in Bezug auf die Landwirtschaft ethische Perspektiven unterschiedlichster Art ergäben:

- Eine Ethik der Schöpfungsverantwortung erfordere einen Umgang mit Wasser, Boden und Klima, welcher auch den nachfolgenden Generationen ihre Lebensgrundlagen erhalte.
- Die Tierethik reduziere das Tier nicht auf seinen rein materiellen Produktionswert, sondern erkenne in ihm die Mitgeschöpflichkeit. Zucht, Haltung und Transport unterlägen einer besonderen Erfordernis ethischer Achtsamkeit.
- Zur Wirtschaftsethik gehöre auch die Leistungsgerechtigkeit für Bauern und Bäuerinnen und eine humane Arbeitsgestaltung.
- Sozialethische Aspekte zeigten sich in der Teilhabe- und Beteiligungsgerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft, aber auch durch Respekt und Anerkennung aus dem nicht-landwirtschaftlichen Umfeld. Die sozialethische Perspektive berühre aber auch die weltweite Verantwortung. Dies beziehe sich auf das Lebensrecht aller Menschen, insbesondere auf die Verantwortung gegenüber denjenigen, die von der Subsistenzlandwirtschaft lebten.

Sicherlich seien Zielkonflikte vorhanden, welche austariert werden müssten. Dirscherl betonte, dass es in anderen europäischen Sprachen nicht „Agrarwirtschaft“, sondern „Agrarkultur“ heiße – in dieser Bezeichnung werde der Zusammenhang zu Hege, Pflege und Fürsorge deutlich.

## Podiums- und Plenumsdiskussion

Kontrovers wurde darüber diskutiert, ob das Verkehrsvorhaben Deutsche Einheit überdimensioniert gewesen sei. Prof. Dr. Thöne nannte es die Basis für den Erfolg des dezentralen Mittelstands in Thüringen, während Ralf-Uwe Beck die Position vertrat, dass es nach der Wende einen zu hohen, dem Bedarf nicht angemessenen Flächenverbrauch für Verkehrsprojekte gegeben habe. Auf Nachfrage von Gerd Grahlmann warum nur ein vereinfachtes Flurneuordnungsverfahren beim Neubau der A 4 im Bereich Hörselberge angewendet worden sei, berichtete Prof. Thöne von einer großen Bereitschaft der Eigentümer, Flächen zu verkaufen. Dies sei in einem frühen Stadium des Planungsverfahrens noch nicht absehbar gewesen, weshalb zunächst viele Flächen der BVVG als Reserve gehalten worden seien.

Gerd Grahlmann, Münster

Jochen Dettmer wies darauf hin, dass sich in den letzten Jahren im Agrarbereich eine neue, positive Form der Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungen entwickelt habe. Dies stehe auch damit in Zusammenhang, dass NGOs nun über Bündnis 90/Die Grünen in einigen Landesregierungen vertreten seien. Auch zwischen EU-Kommission und NGOs gäbe es heute einen hohen Deckungsgrad; auf EU-Ebene würden eher die Nationalstaaten und teilweise das Parlament abweichende Positionen vertreten. Er selber sei am Chartaprozess beteiligt gewesen und an dessen Weiterführung interessiert. Diese solle von Regierung und Verbänden, beispielsweise der ASG, forciert werden.

Jochen Dettmer, Sprecher des BUND-AK Landwirtschaft und Geschäftsführer von Neuland e.V.

Mit der Frage, ob die demografische Entwicklung in den ländlichen Räumen auch Chancen im Hinblick auf die ökologische Nachhaltigkeit eröffnen könne, weil der Intensivierungsdruck sinke, und ob hier ein Zielkonflikt mit dem Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen bestehe, richtete sich Dr. Clemens Dirscherl an Dr. Günther Bachmann. Dieser machte deutlich, dass er die Idee der gleichwertigen Lebensbedingungen für eine Lebenslüge der deutschen Sozialpolitik halte. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung, so Dr. Bachmann, habe sich mit dieser Frage beschäftigt, sei jedoch letztlich davor zurückgeschreckt, das Thema in die Politik zu tragen, da der Föderalismus und der Länderfinanzausgleich, aber auch der Gemeindefinanzausgleich eine zu große Hürde darstellten. Zudem sei nicht klar, was mit gleichwertigen Lebensverhältnissen gemeint und was der Unterschied zwischen „gleichwertig“ und „gleich“ sei. Im Übrigen glaube er nicht, dass mit sinkenden Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum eine Entlastung der Fläche im Sinn einer geringeren Produktivität einhergehe. Man könne auch mit weniger Arbeitskräften intensiv produzieren. Allerdings müsse über mehr Schutz durch Nutzung nachgedacht werden.

Auf Widerspruch stieß Dr. Bachmann bei Helga Klindt: Strukturen könnten und müssten sich zwar verändern und es sei auch das erklärte Ziel der Akademie, dies mitzugestalten. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sei jedoch im Grundgesetz festgeschrieben und sie verwahre sich dagegen, dass es das in Zukunft nicht mehr geben solle.

Helga Klindt, Vorsitzende der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Nicht die Bauern, ob im Norden oder Süden, seien für den Hunger in der Welt verantwortlich, betonte Cornelia Füllkrug-Weitzel. Eine große Rolle spiele hingegen das wachsende Lebensmittelbusiness, was auf Kosten der Ernährungssicherheit und der Ernährungssouveränität der Menschen des Südens gehe. Auf den Einwand, das Problem des Landzugangs in Afrika könne nicht von Europa aus gelöst werden, ergänzte Füllkrug-Weitzel ihre Ausführungen zur exterritorialen Verpflichtung der freiwilligen UNO-Leitlinien für eine verantwortungsvolle Landpolitik. An diese müssten sich die nationalen Regierungen, die EU und alle nicht staatlichen Akteure mit Hauptsitz in Deutschland oder der EU bei allen Handlungen halten.

Albert Seifert betonte, dass die Landwirtschaft in Deutschland vor dem Problem stehe, Nachwuchs zu finden. Sie sei gezwungen zu intensivieren, damit mit einer höheren Arbeitsproduktivität das Niveau gehalten werden könne. Was die Landwirtschaft in anderen Ländern betreffe, lehne er es ab, z. B. den Brasilianern Vorschriften zu machen, wie sie ihre Landwirtschaft organisieren sollen. ■ Dagmar Babel

**ASG-Projekt:**

# Positive Wirkungen durch Diversifizierung auch an abgelegenen Standorten möglich

Dagmar Babel*

**Im Rahmen des im Mai 2013 abgeschlossenen Forschungsvorhabens „Diversifizierung in der Landwirtschaft“[1] der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, Institut für Agrarökonomie, hat die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ein Teilprojekt bearbeitet. Hierbei handelt es sich um eine Untersuchung zur Bedeutung des Standorts für landwirtschaftliche Nebenbetriebe sowie zu den Auswirkungen dieser Nebenbetriebe auf die Region, in diesem Fall das Fichtelgebirge. Neben den betrieblichen Erfolgsfaktoren wurden auch Empfehlungen für zukünftige Konzepte in den Bereichen Bildung, Beratung und Politik erarbeitet.**

Im Rahmen der Untersuchung wurden anhand qualitativer Interviews mit Betriebsleitern/-leiterinnen sowie mit anderen Experten/Expertinnen und einer Literaturrecherche

1. die Bedeutung regionaler Standortbedingungen für unterschiedliche Nebenbetriebsformen, insbesondere für hofnahe Nebenbetriebe wie Urlaub auf dem Bauernhof, Direktvermarktung und Bauernhofgastronomie, analysiert,
2. die Bedeutung der Lage in der Region (Einzellage, Weiler oder kleine Ortschaft) für die Entwicklung der Nebenbetriebe (in Abgrenzung zu anderen Einflussfaktoren) beurteilt,
3. die Betriebsentwicklung der Modellbetriebe zwischen 1990 und 2011 untersucht,
4. die Bedeutung der Nebenbetriebe für den landwirtschaftlichen Betrieb und die Betriebsleiterfamilien ermittelt,
5. die Ausstrahlung von Nebenbetrieben in die Region eingeschätzt und
6. auf Basis der Ergebnisse Empfehlungen für zukünftige Konzepte in den Bereichen Bildung, Beratung und Politik entwickelt.

Sowohl für den Erfolg landwirtschaftlicher Produktion als auch für alle anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten ist der Standort eine wichtige Einflussgröße. Hierbei ist zwischen den Standortbedingungen in der Region und dem lokalen Standort der landwirtschaftlichen Betriebe zu unterscheiden. Als ungünstiger lokaler Standort der Betriebe wurde in der Untersuchung (zunächst) die Einzellage, die Lage in Weilern oder in sehr kleinen Ortschaften angenommen. Je nach Art des Nebenbetriebes ist die Qualität des Standortes unterschiedlich zu bewerten.

Zu den befragten Betrieben gehörten Nebenbetriebe in den Bereichen Direktvermarktung/Hofladen, Urlaub auf dem Bauernhof/Lande (UadBL), Gastronomie, Biogaserzeugung, Forstwirtschaft, Lohnunternehmen und Fotovoltaik.

Darüber hinaus wurden Informationen aus einem Seminar der ASG in Oberfranken im November 2011 zu dem Thema „Neue Chancen im ländlichen Tourismus – das eigene Profil schärfen und sich regional vernetzen“ in die Auswertung einbezogen.

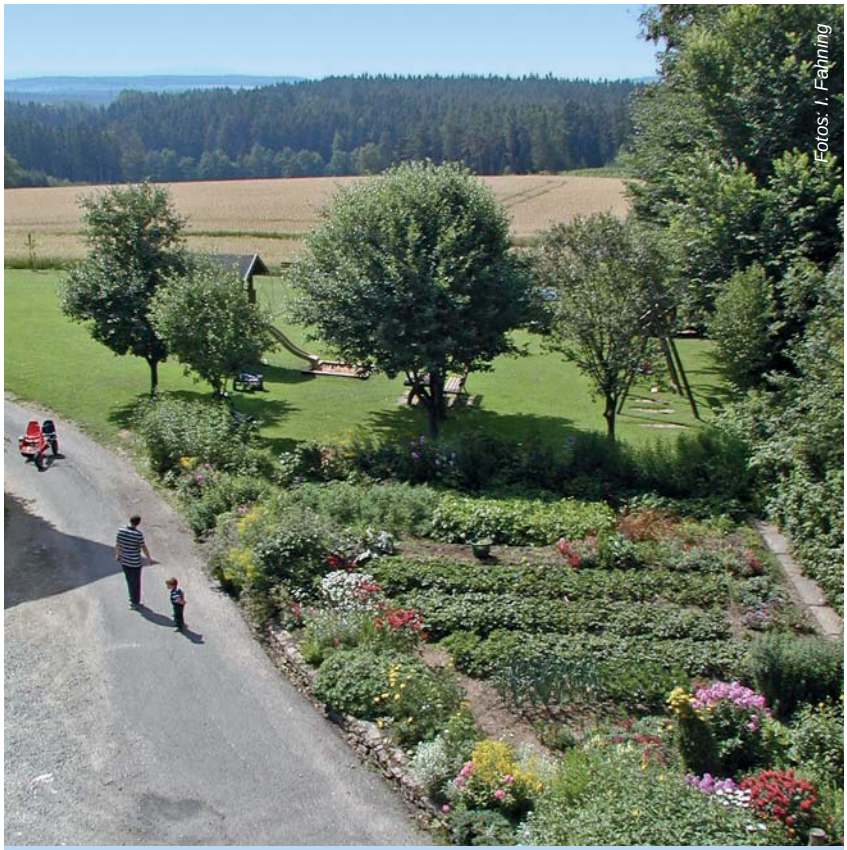
## Verbesserung der regionalen Wertschöpfung

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass einzelne Betriebe auch in einem ungünstigen wirtschaftlichen Umfeld, wie es im Fichtelgebirge gegeben ist, erfolgreich sein können. Ungünstige regionale Standortbedingungen wie eine allgemein schlechte sozioökonomische Situation oder ein wenig erfolgreiches touristisches Marketing schränken die Erfolgsaussichten für die Mehrheit der Betriebe, die einen hofnahen Nebenbetrieb führen oder führen wollen, jedoch stark ein.

* Dagmar Babel, MSc. ök. agr., Agrarsoziale Gesellschaft e.V., dagmar.babel@asg-goe.de

[1] Vollständiger Titel: „Einkommenssicherung und -entwicklung durch Diversifizierung in der Landwirtschaft – Bedeutung und Entwicklungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe, die regionale Wertschöpfung und die Lebensqualität im ländlichen Raum“.

Eine abgelegene Lage innerhalb der Region (Einzellage, Weiler oder kleine Ortschaft) ist für landwirtschaftliche Nebenbetriebe meist nicht als zusätzliches Hemmnis zu betrachten. Direktvermarktungsbetriebe stellen in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Die alleinige oder überwiegende Vermarktung von Produkten im eigenen Hofladen ist in solchen Lagen nicht möglich. Oft werden im Rahmen der Diversifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben auch auf solchen Standorten mehrere Nebenbetriebe gegründet.




Eine abgelegene Lage muss für Nebenbetriebe wie Urlaub auf dem Bauernhof kein Hemmnis sein.

Zusammenfassend konnten in der Untersuchung folgende positive Wirkungen von landwirtschaftlichen Nebenbetrieben an ungünstigen Standorten festgestellt werden:

- Landwirtschaftliche Nebenbetriebe tragen häufig maßgeblich zum Betriebseinkommen bei und haben die wichtige Funktion der Risikostreuung.
- Durch ihren hohen Beitrag zum Betriebseinkommen, vor allem bei kleineren Haupterwerbsbetrieben und bei Nebenerwerbsbetrieben, sichern sie die Existenz des landwirtschaftlichen Betriebes.
- Sie schaffen insbesondere für Familienmitglieder Arbeitsplätze; vor allem hofnahe Nebenbetriebe ermöglichen (weiblichen) Familienangehörigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Sie ermöglichen die Nutzung sonst leerstehender Gebäude.

Darüber hinaus strahlen landwirtschaftliche Nebenbetriebe, auch in ungünstigen Lagen, auf vielfältige Weise in die Region aus:

- Sie erhöhen die Wertschöpfung.
- Sie schaffen Arbeitsplätze für Fremdarbeitskräfte.
- Angehörige von Betrieben mit UadBL oder Gastronomie sind in besonderem Maße in Initiativen engagiert, deren Ziele die Erhöhung der Attraktivität ihrer Gemeinden und/oder des touristischen Marketings sind, und tragen durch diese Kooperation zur Verbesserung der regionalen Wertschöpfung und der Lebensqualität der ansässigen Bevölkerung bei.
- Durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, aber auch durch den Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe, kann der Abwanderung aus strukturschwachen Mittelgebirgsräumen wie dem Fichtelgebirge entgegengewirkt werden.
- Der Erhalt von kleinen Haupt- erwerbs- und von Nebenerwerbsbetrieben sichert, abhängig vom lokalen Bodenmarkt, eine flächendeckende Landbewirtschaftung. 2007 wurden 27 % der landwirtschaftlichen Fläche in Bayern von Nebenerwerbsbetrieben bewirtschaftet (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2011). Damit tragen diese Betriebe maßgeblich zur Offenhaltung der Landschaft bei, was besonders im Hinblick auf den Tourismus in ländlichen Gebieten wie dem Fichtelgebirge von Bedeutung ist.

Weiler mit Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Nebenbetrieben tragen zur Offenhaltung der Landschaft bei, was für Touristen von besonderer Bedeutung ist.

## Größere Vernetzung hat positive Effekte

Zusammenarbeit und Vernetzung der Anbieter im Bereich Direktvermarktung führen zu einer Erhöhung der Absatzmöglichkeiten im Fichtelgebirge und sind daher als positiv zu bezeichnen. Die Produktpalette scheint dem Markt angepasst zu sein. Anbietern von UadBL fällt die Fokussierung auf bestimmte Kundensegmente und die Entwicklung von Angeboten, die auf diese abgestimmt sind, häufig schwer. Dies resultiert aus einer Unsicherheit, welches die richtigen Schritte/Investitionen sein könnten. Teilweise besteht ein erheblicher Modernisierungsbedarf bei der Ausstattung der Ferienwohnungen und bei Freizeitmöglichkeiten, die dazu geeignet sind, Marktlücken zu schließen (Gesundheits-, Wellness-, Erlebnis- oder kulturelle Angebote). Die Auswertung des ASG-Seminars zeigte diesbezüglich, dass viele UadBL-Betriebe vor hohen Investitionen zurückschrecken, weil sie unsicher sind, ob sie „das Richtige“ tun und genügend Gäste kommen, damit sich die Investitionen amortisieren.

Die Zusammenarbeit und Vernetzung von Betrieben mit UadBL oder Gastronomie ist auf einzelne positive Beispiele beschränkt. Es besteht ein hohes Verbesserungspotenzial bei der horizontalen Vernetzung der landwirtschaftlichen Betriebe mit touristischen Angeboten und bezüglich der Zusammenarbeit dieser Betriebe mit den Tourismusorganisationen der Region. Durch bessere Vernetzung könnten die Angebote der Betriebe besser koordiniert, in eine regionale Tourismusstrategie eingebettet und vermarktet sowie die Interessen der UadBL-Anbieter erfolgreicher vertreten werden. Eine Verbesserung der Vermarktung der Region, wie im Fichtelgebirge angestrebt, ist nur durch eine Vernetzung von Organisationen und nicht von Einzelbetrieben leistbar.

Vom geplanten Konzept zur Profilierung des Fichtelgebirges als Destination für den E-Bike-Tourismus könnten auch landwirtschaftliche Betriebe profitieren, indem sie auf die neue Zielgruppe abgestimmte Übernachtungsangebote schaffen. Als Werbebezeichnung bietet sich bei dieser Klientel (und bei Wellnessurlaubern), eher der Begriff „Landurlaub“ als die traditionelle Bezeichnung „Bauernhof-

urlaub“ an, da die potenziellen Gäste unterschiedliche Assoziationen mit beiden Begriffen verbinden (Bauernhofurlaub: mehr Tiere, mehr landwirtschaftliche Arbeit; Landurlaub: vielfältigere und umfassendere Möglichkeiten von Freizeitaktivitäten).

## Empfehlungen für Politik, Bildung und Beratung

Programme zur Förderung der Diversifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben sollten so gestaltet sein, dass sie in regionale Entwicklungsstrategien eingebunden werden und je nach spezifischen Bedingungen und Marktchancen in einer Region angepasst werden können. Insbesondere bei Angeboten, die sich an den Endverbraucher richten wie Direktvermarktung und Gastronomie spielt die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Region eine große Rolle.

In der betrieblichen Beratung ist es besonders wichtig, ein klares Profil der Angebote herauszuarbeiten, um synergetische Effekte nutzen zu können und Zielgruppenkonflikte zu vermeiden. Die Vernetzung der Betriebe sollte unterstützt werden. Regionale Studien, die unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung das Marktpotenzial für neue Produkte oder Vertriebswege ermitteln, wären für die Beratung hilfreich. Ausbildungswege, die für die Führung von landwirtschaftlichen Nebenbetrieben qualifizieren, z. B. Hauswirtschaft und Hofkäserei, sind in Bayern in ausreichendem Maß vorhanden.

Der Nebenbetrieb Urlaub auf dem Bauernhof schafft Arbeitsplätze für Familienmitglieder und Fremdarbeitskräfte.

In einzelnen Bereichen wie der Direktvermarktung stellt eine Gleichbehandlung der Betriebe unter den heute geltenden Förderbedingungen eine Benachteiligung der abgelegenen Höfe dar. Hofläden können heute im Rahmen der Diversifizierungsförderung bezuschusst werden, sofern es sich um Baumaßnahmen handelt. Abgelegene Betriebe müssen jedoch andere Vertriebswege wählen (z. B. Verkaufswagen), die nicht gefördert werden können. Die Mindestinvestitionssumme von 30 000 € ist zudem häufig zu hoch für notwendig werdende Modernisierungsmaßnahmen in hofnahen Nebenbetrieben.

Vor Ort ist eine Beteiligung der für die Diversifizierung zuständigen Stellen bei der Gestaltung von Entwicklungsstrategien anzustreben, sofern diese auch den landwirtschaftlichen Bereich betreffen, beispielsweise bei Konzepten zur Förderung des Tourismus in ländlichen Regionen.

Da Natur- und landschaftsbezogene Motive für Touristen die entscheidenden Gründe für den Besuch einer ländlichen Region sind (u. a. Schmitz-Veltin 2005, S. 119), sollten negative Effekte durch den vermehrten Maisanbau für die Biogaserzeugung geprüft und gegebenenfalls durch geeignete Maßnahmen eine Gegensteuerung vorgenommen werden. ■

***Literatur***

*Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2011): Internetabfrage 7.9.2011.*

*Schmitz-Veltin, A. (2005): Der Wirtschaftsfaktor Tourismus in Nationalparken und Biosphärenreservaten als Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 37(4), S. 115-121.*

Der Gesamtbericht ist im Internet verfügbar unter: LfL → Publikationen → LfL-Schriftenreihe → 1/2013
oder www.lfl.bayern.de/publikationen/publiste.php?was=schriftenreihe&wer=ilb&ohne=X

# ASG-Termine

## ASG-Herbsttagung „Wem soll das Land gehören?“ am 13. und 14. November 2013 in Göttingen (Achtung: Termin geändert!)

### DIALOG-FORUM „Zukunft des Dorfes zwischen Abwendung und Zuspruch“ am 21. November 2013 in Göttingen

Tagung der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK), Fakultät für Ressourcenmanagement, der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. und der Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum e.V. Veranstaltungsort: HAWK

Die mehr als 35 000 Dörfer in Deutschland sind auch heute wichtige Siedlungs- und Lebensräume, die sich allerdings verändern. Diese Veränderungsprozesse sollen aus Sicht der Dorfforschung und der Dorfplanung thematisiert werden, um anschließend Perspektiven für die Dörfer zu diskutieren. Hierbei soll es um die Weiterentwicklung von unterstützenden Instrumenten und Strukturen gehen, wie auch um die Rolle von Verbänden, Initiativen und der Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner selbst. Neben Vorträgen ist deshalb auch der Dialog zwischen Dorfforscher/-innen, Dorfplaner/-innen und Dorfbewohner/-innen ein wichtiger Bestandteil des DIALOG-Forums.

Weitere Informationen unter http://www.asg-goe.de/pdf/DIALOG-FORUM_DORF.pdf

### ASG-Seminar „Gut Leben mitten im Dorf! – Was wir für unsere Ortskerne tun können“ am 9. und 10. September 2013 in Kriegsfeld (Rheinland-Pfalz, Donnersbergkreis)

Die Zunahme des Gebäudeleerstands beeinträchtigt nicht nur das Ortsbild vieler Gemeinden, sondern hat auch für immer mehr Menschen ganz persönliche Konsequenzen: Viele Eigenheime verlieren an Wert, die Nahversorgung wird weiter ausgedünnt und das soziale und kulturelle Leben ermüdet. Der Umgang mit leerstehenden Gebäuden und die Anpassung von Strukturen im Ort stellt eine der größten Herausforderungen für die Gemeinden dar. Wir wollen daher gemeinsam mit den Teilnehmer/-innen einen Ort aus verschiedenen Perspektiven betrachten sowie Vorschläge und Maßnahmen zur Innenentwicklung erarbeiten.

### ASG-Seminar „Bauernhofurlaub – Perspektiven, Angebotsentwicklung und Online-Marketing“ am 26. September 2013 in Gersfeld/Rhön (Hessen, Landkreis Fulda)

Angebot und Nachfrage im Bereich Bauernhof- und Landurlaub treffen sich nicht immer. Informationen wie der regionale Nachfragetrend und die allgemeine Entwicklung im Reisesegment „Urlaub auf dem Bauernhof“ sind wichtig bei der Entwicklung eigener Angebote. Kooperationen tragen zur Profilbildung bei und erweitern das eigene Angebots-Spektrum. Immer bedeutender werden das Online-Marketing und die Pflege der Internet-Auftritte. Praktikerinnen und Praktiker aus den Bereichen Tourismus und Bauernhofurlaub informieren über mögliche Wege für Anbieter von Bauernhofurlaub.

# Aufnahme in ASG-Verteiler

Wollen Sie in unseren Verteiler „Neues aus der ASG“ aufgenommen werden, in dem wir in unregelmäßigen Abständen über aktuelle Tagungen und Seminare oder interessante Neuigkeiten aus der ASG informieren? Dann senden Sie uns bitte Ihre E-Mail-Adresse an: info@asg-goe.de

**Neues von der agrarpolitischen Bühne:**

# (K)ein Herz für Bauern

**Über Agrarkompetenz in Parteien, Freunde in Verbänden und eine überraschende Beweglichkeit**

*Vier Jahre nach ihrem letzten Kompetenzteam leidet die SPD noch immer unter ihren damaligen traumatischen Erfahrungen. 2009 hatte ein gewisser Frank-Walter Steinmeier mit engen Drähten ins sozialdemokratische Brandenburg den Präsidenten des dortigen Landesbauernverbandes und SPD-Landtagsabgeordneten Udo Folgart in der Annahme in seine Mannschaft geholt, er vertrete SPD-Agrarpolitik. Tat der aber nicht, sondern gab stattdessen seine aus praktischer Landwirtetätigkeit und auf der Grundlage fester Bauernverbandspositionen gestählte Sicht der Dinge zum Besten. Nicht wenigen SPD-Genossen bereitet genau das bis heute körperliches Unwohlsein. Ein wenig verwundert das schon, zeichnete sich doch bereits damals die SPD-Agrarprogrammatik durch einen gewissen Mut zur Lücke aus.*

*Steinmeiers direkter Kandidaten-Nachfolger Peer Steinbrück hat daraus die richtigen Schlüsse gezogen und gar nicht erst den Versuch unternommen, in seinem Kompetenzteam einen Agrarexperten aufzustellen.Sollte hier dennoch Verlautbarungsbedarf bestehen, erledigt das Brigitte Zypries. Die für Verbraucherpolitik berufene frühere Bundesjustizministerin kann zum einen als Juristin per se alles. Zum anderen weiß sie um die allumfassende und immer stärker ins Bewusstsein der Parteien rückende Bedeutung des bis dato nahezu unbekannten Wesens namens „Verbraucher“ für die Politik. Ist ihre Absage an die Grüne Gentechnik vor diesem Hintergrund noch einigermaßen plausibel, verwundert das Eintreten der SPD für eine neuerliche Regulierung der Milcherzeugung über eine Art „Quotenregelung light“ zumindest ältere Zeitgenossen doch ein wenig. Immerhin waren es die Sozialdemokraten, die dereinst mit als erste in Sachen „Quote“ Flagge zeigten und maßgeblich zu deren nunmehr anstehendem Ableben beigetragen haben.*

*Mit dem weitgehenden Verzicht auf das für sie ohnehin nicht ertragreiche Feld der Agrarpolitik kommt die SPD ihrem Wunsch-Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen entgegen, für den Landwirtschaft zunehmend identitätsstiftend wirkt und eine geradezu mystische Bedeutung entwickelt. Zwar hat die Partei bekanntermaßen derzeit fünf Landesagrarminister in Diensten. Das würde sie vermutlich dennoch nicht daran hindern, im Fall der Fälle ein wie auch immer geartetes Bundeslandwirtschaftsministerium durchzusetzen und zu besetzen. Jegliche Abgesänge auf eine Wiederkehr von Ex-Ministerin Renate Künast könnten sich im Übrigen als verfrüht erweisen. Ein Indiz sind ihre regelmäßigen und gewohnt kantigen Einlassungen zu landwirtschaftlichen Schicksalsfragen mit klarer Botschaft: Gut ist, was klein, öko und irgendwie kuschelig ist.*

*Damit ist zumindest aus grüner Sicht klar, wo der Feind steht und wer die Freunde sind. Die haben sich in großer Zahl in den Vorfeldorganisationen der Partei eingerichtet, den Umweltverbänden von BUND über NABU bis Greenpeace, in berufsständischen Organisationen wie AbL und BDM. Kein Blatt Papier passt in der Regel zwischen grüne Partei und an sich überparteiliche Verbände. Eine klassische Win-win-Situation: Man kennt sich, man hilft sich und alle haben was davon. Da verwundert es nicht, dass Veranstaltungen von Umweltverbänden ohne prominente grüne Personalbeteiligung in Wahlzeiten wie diesen eher die Ausnahme sind. Das bekanntlich außerordentliche Engagement der dort tätigen Mitarbeiter bis zur Selbstaufgabe bekommt vor diesem Hintergrund eine ganz eigene Bedeutung.*

*Eine gewisse Nähe soll es gerüchteweise auch auf der anderen Seite des Spektrums zwischen Bauernverband und den Unionsparteien geben. Allerdings berichten gewöhnlich gut unterrichtete Kreise, dass der Schulterschluss schon einmal enger gewesen sein soll, was an aktuellen Selbstfindungsphasen auf beiden Seiten liegen mag. CDU und CSU scheinen anders als ihre grünen Mitbewerber nicht mehr uneingeschränkt davon überzeugt zu sein, dass sich klassische Klientelpolitik in hinreichend Wählerstimmen auszahlt. Hinzu kommen eine gewisse Lethargie und fehlender Biss nach der angekündigten Rückkehr von Ministerin Ilse Aigner in heimatliche Gefilde. Somit geht die Union ähnlich wie die SPD ohne personelles Angebot im Agrarbereich in den Bundestagswahlkampf. In zwei Aspekten unterscheiden sich beide Volksparteien jedoch: Einerseits lassen sich in CDU und CSU problemlos der oder die eine oder andere Kandidat oder Kandidatin mit Interesse an der Leitung eines wie auch immer sortierten*

*Agrarministeriums finden. Andererseits darf man sicher sein, dass die Bundeskanzlerin in den kommenden Wochen die eine oder andere Gelegenheit finden wird, aus ihrem Bauern-Herz keine Mördergrube zu machen. Ihr Herausforderer dürfte sich da deutlich schwerer tun.*

*Ungeachtet eines wiederholt beschworenen Lagerwahlkampfs gab es zuletzt in der Agrarpolitik einige großkoalitionäre Anzeichen, etwa bei der Novelle des Baugesetzbuchs. Hartnäckig haben beispielsweise die CDU-Agrarpolitiker mit dem sturmfesten Franz-Josef Holzenkamp an der Spitze über Monate versucht, im Infight mit Kommunalpolitikern und basisbedrängten Abgeordneten die Privilegierung von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich möglichst unangetastet zu lassen oder zumindest eine für die Landwirtschaft verträgliche Neufassung zu erreichen. Im Ergebnis gelang es Holzenkamp und Co immerhin, auf Zeit zu spielen und in der regulären Spielzeit bis zum Kippen der Bundesratsmehrheit nur wenig anbrennen zu lassen. Mit der Einwechslung der SPD und deren Erscheinen auf dem Spielfeld kassierten sie allerdings noch den einen oder anderen Treffer. Die SPD ließ sich ihre Zustimmung zu einem Kompromiss und damit auch zur Billigung in der Länderkammer teuer abkaufen. Zwar bleibt die Privilegierung landwirtschaftlicher Ställe so wie sie ist. Für Betriebe, die nicht die Hälfte ihres benötigten Futters auf betriebseigenen Flächen produzieren können und die damit als gewerblich eingestuft werden, wird die Luft allerdings dünn. Dabei sorgen weniger die absoluten Grenzen von beispielsweise 1 500 Mastschweinen oder 560 Sauen für Unbehagen, sondern die Anrechnung bereits vorhandener Bestände. Im Ergebnis fürchtet der Bauernverband wohl nicht zu Unrecht „erhebliche Hemmnisse für Neu- und Erweiterungsbauten“.*

*Die Grünen wurmt, dass Schwarze und Rote das Geschäft unter sich ausmachten und grüner Input bei den Verhandlungen nicht gefragt war. Dem agrarpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Friedrich Ostendorff, blieb letztlich ebenso wie Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer nur die „gute Miene zum bösen Spiel“. Zwar hätte man sich weitergehende Änderungen gewünscht, immerhin habe sich die CDU jedoch bewegt – selten dürften Presseverlautbarungen weniger der tatsächlichen Stimmungslage entsprochen haben als in diesem Fall. Damit wurden all jene eines Besseren belehrt, die geglaubt hatten, nach dem Zustandekommen einer rot-grün-roten Gegenmehrheit im Bundesrat herrsche in der Agrarpolitik Stillstand der Rechtspflege und die Protagonisten auf der Berliner Bühne müssten sich bis zur Bundestagswahl nach neuen Formen des kurzweiligen außerparlamentarischen Zeitvertreibs umsehen. Entsprangen die Äußerungen führender Grünen-Agrarier nach der für sie triumphalen Niedersachsenwahl zu den Aussichten offener schwarz-gelber Gesetzesvorhaben im Bund („Da geht nichts mehr!“) noch einer gewissen Siegestrunkenheit, hat sich in grünen Reihen mittlerweile ein Hauch von großkoalitionärer Katerstimmung breitgemacht.*

*Erstaunliches tat sich auch in Sachen Bundeskompensationsverordnung. Insider vermuteten bereits ministerielle U-Boote von Naturschutzverbänden im Bundesumweltministerium – zu bockig zeigte sich das Ressort lange Zeit gegenüber nahezu jeglicher Forderung von landwirtschaftlicher Seite nach einem verträglichen und flächenschonenden Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft. U-Boote hin, U-Boote her – die Kompensationsverordnung erreichte letztlich sicher den Regierungshafen. Immerhin sollen agrarstrukturelle Belange bei der Kompensation berücksichtigt, besonders geeignete landwirtschaftliche Flächen nur in Ausnahmen zu Ausgleichsmaßnahmen herangezogen, landwirtschaftliche Fachbehörden im Einzelfall beteiligt und Entsiegelungsmaßnahmen bevorzugt genutzt werden. Die bei den Betrieben mit Recht so beliebten produktionsintegrierten Maßnahmen erhalten eine starke Stellung. Dazu beigetragen haben Bewegung auf allen Seiten und nicht zuletzt geschicktes Agieren von Verbänden, die über gute Argumente, einleuchtende Beispiele und langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Kompensation verfügen. Fehlt nur noch die Zustimmung des Bundesrates.*

*Eine atemberaubende Bewegung hat zuletzt die CDU in Rheinland-Pfalz an den Tag gelegt. Getreu der Losung „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ und rund ein Jahr nach der parteiweit als historisch und existenzerhaltend gefeierten Neuorganisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung hat sich die dortige Landtagsfraktion für eine Abschaffung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems ausgesprochen. Mit dieser Forderung nach einem Systemwechsel schreiten die Christdemokraten unter Führung der ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärin Julia Klöckner Seit an Seit mit der Linkspartei, die dies immerhin in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat. So weit soll es bei der Bundes-CDU noch nicht sein, wie einflussreiche Kreise glaubwürdig versichern. Aber wer weiß: Rheinland-Pfalz ist seit jeher ein Hort progressiver Gedanken und Politiker gewesen. Bewegt sich da was?* ■ *Rainer Münch*

Foto: DASoL

# Aktivitäten und Netzwerkbildungen Sozialer Landwirtschaft in Bayern

Alfons Limbrunner*

**Für die integrierte Entwicklung ländlicher Räume spielt die Landwirtschaft eine zentrale Rolle. Will man ihre Multifunktionalität noch mehr ins gesellschaftspolitische Bewusstsein rücken, wäre es vor allem wichtig, neue Möglichkeiten der Erwerbskombinationen zu generieren und zu realisieren. Dazu gehört, neben all den gängigen Möglichkeiten, auch die Soziale Landwirtschaft, wie sie in Ländlicher Raum 03/11 vorgestellt wurde. Allerdings erfolgt kaum eine systematische und strukturelle Förderung. Eine hoffnungsvollere Entwicklung könnte sich in Bayern abzeichnen.**

## Landwirtschaftlich-soziales Unternehmertum

Während der landwirtschaftliche Bereich zunehmend mit Existenzproblemen zu kämpfen hat, gehört der soziale Bereich immer noch einer relativ starken Wachstumsbranche an. Es entstanden und entstehen unterschiedliche Formen freier Trägerschaft und – neben den Wohlfahrtsverbänden und Sozialkonzernen – eine Vielfalt kleinerer, ob vereinsmäßig oder privat organisierter Einrichtungen, die auf regionale soziale und pädagogische Bedarfe reagieren. Diese Art von Gründungen zählen zum sozialen Unternehmertum. Betriebe und Organisationen, die Landbau mit Sozialarbeit, Sozialpädagogik und anderen Formen sozialtherapeutischer Hilfen kombinieren – subsummiert unter dem Begriff Soziale Landwirtschaft – sind Teil dieses Unternehmertums.

In der Entstehung entsprechender Betriebe und Einrichtungen finden sich zwei gegensätzliche Ausgangspunkte:[1]

- Ein Träger Sozialer Arbeit erweitert bzw. ergänzt sein Angebot um einen grünen Bereich, sei es eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung, eine therapeutische Einrichtung für Suchtkranke, eine Nachsorgeeinrichtung für psychisch beeinträchtigte Menschen usw.
- Ein produzierender Bauernhof integriert Soziale Arbeit in sein Wirtschaften, sei es durch Aufnahme einzelner Menschen in besonderen Lebenslagen bis hin zur Spezialisierung auf Betreuungsaufgaben, sei es als Schulbauernhof oder im Bereich der Jugend- oder Suchthilfe usw.

Dabei existiert eine enorme Vielfalt und Differenzierung in Bezug auf Zielgruppen, den Anteil des sozialen Bereichs am Betriebseinkommen, die Verbindung von Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung, die damit verbundenen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten, die involvierten Berufsgruppen und deren Qualifikationen sowie die Trägerschaft und Rechtsform.

* Alfons Limbrunner lehrte Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Nürnberg und gehört zu den Gründern der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und des Vereins Soziale Landwirtschaft Bayern; er ist als Entwicklungsberater und Supervisor (DGSv) in freier Praxis tätig. www.evhn.de/alfons.limbrunner, alfons.limbrunner@web.de

[1] Thomas van Elsen (2011): Landbau und Sozialarbeit – Mögliche Trends und Entwicklungen. In: Projektteam der 19. Witzenhäuser Konferenz (Hrsg.): Wertvoll! Die Landwirtschaft – ein Ort für Bildung und Soziale Arbeit. Dokumentationsband, Kassel: kassel university press.

In Deutschland hat sich die Entwicklung bis vor einiger Zeit in zwei Richtungen konzentriert: Grüne Bereiche in Werkstätten für behinderte Menschen und Schulbauernhöfe. Da das Zusammenspiel von Landbau, Sozialarbeit und Sozialpädagogik aber weitaus vielfältiger und umfassender ist, war es das Anliegen zweier vom BMELV geförderter Forschungsprojekte, dieses große Spektrum der Angebots- und Nutzermöglichkeiten deutlich zu machen. In diesem Zusammenhang wurde die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Soziale Landwirtschaft (DASoL) gegründet. Durch individuelle Initiativen sind aber auch etliche regionale Netzwerke entstanden. Vor diesem Hintergrund gibt das Buch „Boden unter den Füßen“ einen Überblick über Entwicklung, Situation und Zukunft Sozialer Landwirtschaft in Deutschland (s. Kasten S. 17).

## Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit in Bayern

In der nördlichen Hälfte des Freistaates, in Mittel-, Unter- und Oberfranken gelang einer Aktionsgruppe in den letzten drei Jahren die Vernetzung von unterschiedlichen Einrichtungen und Betrieben, verbunden mit einer Reihe öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten. Bislang traf sich der offene Verbund in fünf Tagestreffen an verschiedenen Orten mit jeweils speziellen thematischen Schwerpunkten. Zunächst ging es vor allem darum, interessierte Menschen und Organisationen zusammenzubringen, sich gegenseitig wahrzunehmen und sich über die unterschiedliche Praxis auszutauschen. Begleitet wurde dies durch die Herausgabe einer Broschüre, in der sich die beteiligten Betriebe präsentieren konnten. Die zwei großen Tageszeitungen Nürnberger Nachrichten und Nürnberger Zeitung berichteten über Projekte und Höfe in der Metropolregion. Das „Notizbuch“ des Bayerischen Rundfunks stellte eine Einrichtung vor, verbunden mit einem Interview über die Wirkungen grüner Tätigkeiten. Die Partei Bündnis90/Die Grünen in Mittelfranken organisierte die sonntägliche Exkursionsreihe „Grüne Wege führen weiter“ zu Einrichtungen und Höfen, die im Netzwerk vertreten sind. Zudem drehten die Filmemacher der medien Praxis drei 15-minütige Beiträge, die im fränkischen Fernsehen zu sehen waren; auf eindrückliche Weise wurde gezeigt, wie Soziale Landwirtschaft in Einrichtungen der psychiatrischen Nachsorge, der Drogentherapie und in einer Dorfgemeinschaft mit behinderten Menschen funktioniert. Schließlich stellten drei Einrichtungen bei der WerkstättenMesse in Nürnberg ihre unterschiedlichen Ansätze in einem Workshop vor. Eine besondere Veranstaltung widmete sich der komplexen Frage, was bei Gründungen zu bedenken ist.

Waldarbeit der mudra-Drogenhilfe

Aktive Impulse gingen auch vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Passau-Rotthalmünster aus. Im zuständigen Ministerium besteht, so scheint es, Offenheit, Soziale Landwirtschaft ins Gespräch zu bringen und zu fördern: Bayernweit wurden Informationstage „Fit für das Programm Erlebnis Bauernhof für Grundschulen“ angeboten. Besonders erfreulich waren die in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landwirtschaftsministerium (BStMfELuF) und mit Förderung des Bundeslandwirtschaftsministeriums organisierten Seminare der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) „Wohnen und andere Angebote auf landwirtschaftlichen Betrieben für Senioren – Chancen des demografischen Wandels“ und vor allem „Soziale Landwirtschaft – Beschäftigungs- und Betreuungsleistungen auf dem Bauernhof für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.“ Das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt berichtete ausführlich

darüber.[3] Im Editorial wurde an die aktuelle Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) erinnert, dass Soziale Landwirtschaft einen großen Nutzen für Gesellschaft, Wirtschaft und ländliche Räume erbringe, es aber leider dafür noch keinen Rechtsrahmen gebe.

Inzwischen hat sich neben dem fränkischen auch ein niederbayerisch-oberpfälzisches Netzwerk gegründet; hier werden gerade die vielfältigen Interessen und Fragen der über dreißig Teilnehmer in weitere praktikable Schritte umgesetzt. Das nächste Treffen findet am 14.10.2013 in der Lebensgemeinschaft Höhenberg statt. Zudem wird für die Regionen Schwaben und Oberbayern am 22. und 23. Oktober 2013 ein weiteres von ASG und BStMfELuF initiiertes ASG-Seminar durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Verein Soziale Landwirtschaft Bayern gegründet. Dessen Aufgabe könnte darin bestehen, mit allen beteiligten Gruppen die Entwicklungen systematisch und strukturiert voranzubringen und ihnen mehr öffentlichkeitswirksames und sozialpolitisches Gewicht zu verleihen. Zusammen mit xit – forschen, planen, beraten wurde dem Ministerium ein umfassendes Konzept „Soziale Landwirtschaft zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume in Bayern – Bestandsaufnahme, Dokumentation und Wertschöpfungsanalyse“ vorgelegt. Dabei soll es auch um die Einrichtung einer Internetplattform gehen, in der sich alle Betriebe und Organisationen präsentieren können, denn schließlich kann sich Soziale Landwirtschaft sehen lassen. Unabhängig davon ist eine bundesweite Tagung am 23. und 24. Januar 2014 über Kooperationsformen von Landwirtschaft und Sozialwirtschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt geplant.

### Fazit

Zur vieldiskutierten Multifunktionalität, Diversifizierung, Einkommenskombination und Existenzsicherung kann Soziale Landwirtschaft einen innovativen Beitrag leisten. Die Antwort auf die Frage, wie Höfe, Betriebe und Einrichtungen zu Orten für Bildung und Soziale Arbeit werden können, an denen sich ein neues regionales und kulturelles Kapital bildet, lautet: Durch individuelle Initiative und strukturelle Unterstützung. ■

## Boden unter den Füßen

### Grüne Sozialarbeit – Soziale Landwirtschaft – Social Farming

*Alfons Limbrunner und Thomas van Elsen (Hrsg.). Beltz Juventa, Weinheim und Basel 2013, 180 S., ISBN 978-3-7799-2879-9, 24,95 €.*

In dem Buch wird die breite Palette der Möglichkeiten, soziale, pädagogische und therapeutische Arbeit in Verbindung mit Landwirtschaft, Garten- und Waldbau zu bringen, aufgezeigt. Zwar sind in diesem Bereich schon seit vielen Jahrzehnten unterschiedlichste Träger und Organisationen sowie Einzelbetriebe und Lebensgemeinschaften tätig und jeder hat schon von landwirtschaftlichen Betrieben, die mit schwierigen Jugendlichen, behinderten oder drogenabhängigen Menschen arbeiten, gehört – aber erst in den letzten Jahren ist das Thema in der Öffentlichkeit etwas bekannter geworden.

Das Buch wendet sich an Menschen in sozialen und grünen Berufen. Es bietet eine Bestandsaufnahme und einen geschichtlichen Überblick, stellt Beispiele von Lebens-, Arbeits- und Dorfgemeinschaften sowie von Einzelschicksalen vor und zeigt Möglichkeiten für Gründungen, finanzielle Förderungen und berufliche Qualifikationen auf. Mit dem Titel wollen die Herausgeber darauf hinweisen, das die Arbeit mit Erde, Pflanzen und Tieren im übertragenen und wortwörtlichen Sinn dazu führen kann, dass Menschen wieder Boden unter ihren Füßen gewinnen. ■ fa

[3] Mia Pöltl: Soziale Landwirtschaft. In: BLW 3 v. 18.1.2013, S. 62-64.

Foto: P. Eckerter

# Wie geht es den Bienen?

Günter Friedmann*

**In vielen Medien sind die Themen Honigbienen und ihre Bedrohung präsent. In den oft sehr plakativen Berichten wird dabei immer wieder der Terminus „Bienensterben“ benutzt. Anhand internationaler Beispiele und aufgrund meiner langjährigen Erfahrungen als Imker beschreibe ich die Auswirkungen von moderner Landwirtschaft und Intensivimkerei auf die Bienen und stelle die Frage, ob grundsätzlich von einem „Bienensterben“ gesprochen werden kann.**

Es gibt auf unserer Erde nicht viele Spezies, die in nahezu allen Klimabereichen leben können, aber die Honigbiene und der Mensch haben es geschafft. „Stirbt die Biene, so stirbt vier Jahre später auch der Mensch“, wird schon Einstein zitiert. Wenn nun in der heutigen Zeit eine dieser beiden Spezies in Bedrängnis gerät, so sollte dies ein Warnsignal sein. Kann in diesem Zusammenhang aber von einem „Bienensterben“ gesprochen werden?

Nach meinen eigenen Erfahrungen und Beobachtungen ist die Zahl der jährlichen Verluste in den einzelnen Ländern gestiegen. 2012 gab es in Deutschland bis zum Frühjahr Verluste in Höhe von 30 % des Völkerbestandes, 2011 waren die Verlustquoten ähnlich hoch. Als normal sind etwa 10 % anzusehen. Es herrscht Übereinstimmung darüber, dass es den Honigbienen nicht gut geht und die Lage der Imkerei in vielen Ländern prekär ist. Man kann im Moment aber nicht sagen, wohin die weitere Entwicklung gehen wird, von einem Bienensterben ist noch nicht zu sprechen. Es wird jedoch für den Imker immer schwieriger, seine Bienenvölker gut durch den Winter und zunehmend durch den Sommer zu bringen. Gerade weil die Lage noch unentschieden und die Situation der Bienen im Naturkreislauf sehr komplex ist, ist es notwendig, differenziert hinzuschauen. Nur so kann verstanden werden, was im Zusammenhang Bienen – Landwirtschaft – Imkerei wirklich abläuft und welche Maßnahmen eine positive Veränderung bewirken könnten.

Betrachtet man die Lage der Imkerei weltweit, so zeigt sich ein differenziertes Bild. Es gibt Regionen wie Südamerika und Afrika, in denen die Imkerei blüht und gedeiht. Vorwiegend in Europa, den USA aber auch im arabischen Raum ist die Gesundheit der Bienenvölker und damit auch der Imkerei allerdings instabil.

Einen wesentlichen Anteil am Wohlergehen von Bienen und Imkern in Südamerika hat die Ausbreitung der sog. „Killerbiene“. Entstanden ist diese Biene aus einer Kreuzung der afrikanischen und der europäischen Honigbiene. Zunächst war sie gefürchtet, tatsächlich aber hat sich die Kreuzung als Glücksfall entpuppt. Die Bienen sind zwar nervös und teils aggressiv, aber auch sehr vital. Zudem sind sie varroatolerant, sodass die Varroamilbe keine große Bedrohung darstellt. Heute wird eine sehr extensive Imkerei betrieben, bei der sich der Imker aufgrund der Nervosität der Biene darauf beschränkt, ihr eine Behausung zur Verfügung zu stellen und Honig zu ernten.

Auch der Blütenreichtum und die große Biodiversität spielen in Südamerika eine Rolle für das Wohlergehen der Bienenvölker, wo die Landwirtschaft meist kleinräumig betrieben wird. Die Vegetation in Afrika ist zwar nicht ganz so üppig wie in Südamerika, aber die Imkerei noch sehr traditionell organisiert. Auch hier wird mit Naturwabenbau und Vermehrung über den Schwarmtrieb nur extensiv geimkert. Gefährdet ist dagegen das Überleben der Bienen in Nordamerika und Europa, also in den Gebieten, in denen moderne, intensivste Landwirtschaft mit der Ausübung der modernen, intensiven Imkerei zusammenfällt.

* Günter Friedmann, Imker, Steinheim, Imkerei-Friedmann@t-online.de

## Silagewirtschaft und Biogas befördern Mangelernährung der Bienen

Die moderne Intensivlandwirtschaft mit ihrem Einsatz von Insektiziden, Herbiziden, Monokulturen und Silagewirtschaft hat dazu geführt, dass Blumen und Blüten keinen Platz mehr haben. Fatale Auswirkungen hat die Dominanz der Nutzpflanzen auf den Gesundheitszustand der blütenbesuchenden Insekten. Begonnen hat diese Entwicklung schon vor Jahrzehnten mit dem Einsatz von Herbiziden auf den Feldern. Solange es noch blühende Wiesen und Brachflächen gab, konnten die Bienen dies gut kompensieren. Seit etwa 15 Jahren jedoch hat sich die Bewirtschaftung der Wiesen verändert und die Nutzungsintensität zugenommen. Auch die Fütterung der Tiere hat sich verändert. Kühe bekommen nur noch wenig Heu und Frischfutter, sondern werden mit Silagefutter ernährt. Um dieses zu gewinnen, wird viel Mais angebaut und das Gras der Wiesen mehrmals im Jahr (5-6-mal) siliert. Die Wiesen können heute innerhalb eines einzigen Tages abgemäht werden. Für die Insektenwelt ist dies ein Schock, da urplötzlich alle Nahrungsquellen versiegen. Honigbienen fliegen oft 5-6 km weit, um neue Quellen zu erschließen, aber viele Wildbienenarten oder Hummeln sind stark ortsgebunden und daher besonders betroffen.

Die Silagebereitung war aber nur ein Schritt der Intensivierung. Insbesondere die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen stellt für die Imkerei ein massives Problem dar. Der ursprünglich gute Gedanke der Energiegewinnung aus anfallenden Reststoffen hat sich verselbstständigt und die Landschaft massiv verändert. Auf 30 % der deutschen Ackerfläche wird heute der für die Ernährung der Insekten weitgehend wertlose Mais angebaut. Im Frühjahr gibt es dank Obstbäumen, Hecken und Raps für die Honigbienen genügend Nahrung. Ab der Weißdornblüte jedoch wird es in quantitativer und qualitativer Hinsicht eng. Im Jahr 2009 musste ich zum ersten Mal in meiner 30-jährigen Zeit als Imker meine Bienen mit Zucker zufüttern, um sie vor dem Verhungern mitten im Sommer zu bewahren, 2012 war dies wieder der Fall. Zusätzlich sind die mangelernährten Völker in der entscheidenden Phase der Entstehung der langlebigen Winterbienen geschwächt und werden anfällig für die Varroamilbe. Dies gefährdet die Überwinterung der Bienenvölker.

Viele Imker sehen im Einsatz von Insektiziden die hauptsächliche Ursache für die Völkerverluste. Natürlich ist der Einsatz von Insektiziden aus Imkersicht zu verurteilen. Aufgrund meiner Erfahrungen bin ich jedoch der Meinung, dass die Auswirkungen des Einsatzes der Agrarchemie auf die Bienen überbewertet werden. Meine Bienen stehen sowohl in intensiv bewirtschafteten Agrarregionen, relativ extensiven Gebieten wie dem Schwäbischen Wald, aber auch in den Alpen und in der Stadt München. In den Grünlandgebieten der Alpen und München werden keine Insektizide oder Herbizide in großem Ausmaß ausgebracht. Bei der Beurteilung des Zustandes der Bienenvölker zwischen den verschiedenen Standorten ist kein Unterschied zu erkennen. Im Moment sehe ich seitens der Landwirtschaft in der Mangelernährung die entscheidende Ursache für die Schwächung der Bienenvölker.

## Die moderne Imkerei ist wenig bienengemäß

Das Überleben der Bienen ist dort gefährdet, wo die Auswirkungen der modernen Landwirtschaft mit denen der modernen Intensivimkerei zusammentreffen, denn im Grunde verhält sich die moderne Imkerei nicht anders als die moderne Landwirtschaft: Es geht immer darum, den maximalen Nutzen aus dem Tier herauszuholen. In diesem Zusammenhang werden Bienenvölker in hohem Maße manipuliert. So wird aktuell diskutiert, die Brutaufzucht des Bienen-

Untersuchung der Brutwaben bei den Völkern der varroatoleranten Apis Mell. Lamarkii

Bienenstand in Ägypten mit Völkern von Apis Mell. Lamarkii in sog. Top Bar Hives

volkes durch die Gabe von Waben und den Einsatz eines Absperrgitters einzuschränken, um den Honigertrag zu erhöhen. Wenn die Brut jedoch eingeschränkt ist, werden die einzelnen Bienen langlebiger und Krankheitserreger können sich vermehren und verstärkt ausbreiten. Die moderne Imkerei zwingt die Bienen im Interesse einer kurzfristigen Erhöhung des Honigertrages so dazu, langfristig erfolgreiche Überlebensstrategien aufzugeben. Andere Maßnahmen der modernen Imkerei wie künstliche Königinnenzucht, Schwarmverhinderung, mechanische Jungvolkbildung und Einsatz von vorgeprägten Mittelwänden wirken in der gleichen Weise.

Die heute betriebene Imkerei muss daher als wenig bienengemäß bezeichnet werden. Es ist notwendig, auch die Verantwortung der Imker an der Schwächung der Bienen aufzuzeigen und nicht einzig die moderne Landwirtschaft mit ihrem Insektizideinsatz anzuprangern. Auch der Imker selbst muss sich bewegen und wieder eine bienenfreundliche bzw. -gemäße Imkerei entwickeln, wie sie beispielsweise in den Demeter-Richtlinien zur Bienenhaltung vorgezeichnet ist.

## Agrarpolitik und Imker müssen handeln

Es bleibt abzuwarten, ob es wirklich zu einem Bienensterben kommt. In jedem Fall ist politische Arbeit notwendig, die sich mit der etablierten Agrarpolitik auseinandersetzt und Alternativen aufzeigt. Die Agrarpolitik muss aufgefordert werden, von der starken Biogasförderung abzusehen und als Grundlage der Energiegewinnung neue blühende Pflanzenmischungen zu bevorzugen. Jedoch sind die Imker allein mit einem solchen Vorhaben überfordert. Auch im Ökolandbau in seiner jetzigen, immer mehr industrialisierten Form sehe ich in diesem Zusammenhang keine Lösung.

Ein zweiter Schritt betrifft die Imker selbst, ihre Arbeit und den Umgang mit den Bienen. Hier sind Umdenken und sofortiges Handeln notwendig. Der Imker muss im Bienenvolk ein eigenständiges Wesen sehen, das darauf angewiesen ist, seine natürlichen Bedürfnisse auszuleben. Verantwortungsvolle Bienenpflege schafft genau diesen Raum. Noch ist die Kraft und Vitalität in den Bienen vorhanden, man muss diesen nur wieder den nötigen Raum geben.

Während der Arbeit in meinem SEKEM-Bienenprojekt in Ägypten konnte ich dies selbst erleben. Als wir vor sechs Jahren in Ägypten unser Bienenprojekt begannen, fanden wir desaströse Zustände vor: Kranke und schwache Bienenvölker, unfähig, elementare Lebensäußerungen wie Wabenbau und Drohnenaufzucht auszuführen. Schritt für Schritt ließen wir Künstliches wie Antibiotika und Zucker weg und versuchten, die Bienen immer weniger zu manipulieren. Erste Erfolge zeigten sich schnell. Viele Brutkrankheiten verschwanden, die Volksstärke nahm deutlich zu. Besonders beeindruckt hat mich dabei ein Erlebnis Ende 2012. Wir arbeiten in Ägypten sowohl mit der aus Europa eingeführten Kärntner Biene (Apis Mellifera Carnica) als auch mit der heimischen und weitgehend varroatoleranten Ägyptischen Biene (Apis Mellifera Lamarkii). Diese Toleranz ist u. a. auf einen ausgeprägten Putztrieb zurückzuführen. Bei unseren Besuchen untersuchen wir immer den jeweiligen Varroabefall, indem wir bei jedem Volk einige Brutzellen öffnen, die Maden herausziehen und auf Befall mit Varroamilben kontrollieren. Kaum wird bei den Lamarkii-Völkern (varroatolerant) eine Made herausgezogen, wird diese sofort von einigen Bienen als Eiweißreserve ausgesaugt. Bei den Carnica-Völkern war ein solches Verhalten bislang nicht zu beobachten, herausgezogene Maden wurden nicht beachtet. Im November 2012 zeigten jedoch auch alle Carnica-Völker das gleiche Putzverhalten wie die Lamarkii-Bienen: Innerhalb weniger Minuten waren die Maden ausgesaugt. Dies führe ich auf die natürlichere Haltung der Bienen zurück.

Diese Verhaltensweise hat uns gezeigt, dass das Ursprüngliche noch immer in den Bienen steckt. Je mehr Künstliches wir an sie heranbringen, desto mehr sind sie allerdings gezwungen, Ungleichgewichte zu reparieren und vernachlässigen andere Lebensprozesse. Je bienengemäßer sie gehalten werden, je weniger Eingriffe und Ungleichgewichte der Imker verursacht, desto mehr können sich die Bienen ihren eigentlichen Lebensaufgaben widmen und ihre Vitalität voll entfalten. ■

# Vermittlung von Fertigkeiten im Ökologischen Gartenbau in einem studentischen Gemeinschaftsgarten

Andreas Spornberger[1], Gerlinde Grall[1], Karoline Jezik[2], Phillipp Dietrich[3], Helene Weissinger[1], Friedrich Schwärz[1,3]

Fotos: G. Grall

**Derzeit entstehen in vielen Ballungsräumen Formen urbanen Gartenbaus. Neben Selbsternteparzellen gibt es immer mehr gemeinschaftlich organisierte Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten. Die Idee dieser „Community Gardens“ entstand um 1970 in New York und ist inzwischen weltweit verbreitet. Gemeinsam ist dieser Bewegung der Wunsch nach eigenständiger Versorgung, fast immer verbunden mit ökologischem Anbau und kreativer Gestaltung der Umgebung, wobei soziale und politische Aspekte oft mit einbezogen werden. Auch an den Universitäten hat diese Bewegung Einzug gehalten, insbesondere in den USA (z. B. Michigan, Yale, Berkeley) gibt es an Agrar-Universitäten schon länger studentische Initiativen. Und auch in Europa ist das Interesse derzeit sehr groß.**

## Projekt an Universität Wien erforscht

So ergab eine an der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien im Jahr 2008 durchgeführte Befragung unter 150 Studierenden (vor allem Agrarwissenschaftler) bei über 80 % den Wunsch nach mehr Praxis im Studium. Die Idee, praktische Erfahrungen im ökologischen Anbau von Gemüse zu ermöglichen, wurde von einer Gruppe von Studierenden im Rahmen einer Lehrveranstaltung aufgegriffen.

Im März 2009 wurde vom Versuchszentrum eine im Winter umgebrochene Wiesenbrache mit 600 m² zur Verfügung gestellt. 20 Parzellen zu je 3,5 x 5 m wurden an etwa doppelt so viele Studierende gegen einen Gemeinschaftsbeitrag und Unterzeichnung einer Gartenordnung – vorerst für ein Jahr – für den ökologischen Anbau von Gemüse vergeben. Zur Unterstützung und als Ansprechpartner stand ein Mitarbeiter der Abteilung zur Verfügung.

Aufgrund der insgesamt positiven Erfahrungen wurde im Herbst beschlossen, die Fläche im nächsten Jahr auf 30 Parzellen auszuweiten. Mit diesem Umfang wird das Projekt bis heute weitergeführt.

Die Entwicklung des Projekts wurde in einer begleitenden Forschungsarbeit über drei Jahre dokumentiert. Ein Monitoring der Flächennutzung mit Bestandsaufnahme der angebauten Pflanzenarten zu zwei definierten Zeitpunkten im Jahr erfasste die gartenbauliche Nutzung, weiterhin wurden jeweils Ende Juli Fragebögen mit qualitativen und quantitativen Elementen (insgesamt 18 Fragen) an alle Teilnehmenden des Projektes verteilt, um wirtschaftliche Aspekte wie Zeitaufwand und Verwendung der Produkte sowie soziale Prozesse wie Motivation, Kommunikation und Lerneffekte zu erheben. Am Ende der Gartensaison wurden hierfür außerdem leitfadengestützte Interviews mit jeweils 4-5 Personen durchgeführt.

* Alle Universität für Bodenkultur, Wien; andreas.spornberger@boku.ac.at

[1] Dep. für Nutzpflanzenwissenschaften, Abteilung für Wein- und Obstbau

[2] Dep. für Nutzpflanzenwissenschaften, Abteilung für Gartenbau

[3] Dep. für Nachhaltige Agrarsysteme, Institut für Ökologischen Landbau

**Tabelle 2: Motivation der befragten Studierenden (Mehrfachnennungen möglich)**

| Jahr | Personen | Eigenversorgung | Treffen mit Gleichgesinnten | Ausprobieren von Öko-Anbau | Ausgleich im Grünen | Austausch von Erfahrung | Projekt weiter entwickeln | Sonstiges |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 2009 | 18 | 83,3 % | 55,6 % | 61,1 % | 72,2 % | 27,8 % | -- | 5,6 % |
| 2010 | 23 | 100,0 % | 43,5 % | 34,8 % | 56,5 % | 43,5 % | 26,1 % | 8,7 % |
| 2011 | 29 | 79,3 % | 41,4 % | 51,7 % | 72,4 % | 58,6 % | 34,5 % | -- |

## Ergebnisse

Abgesehen von Einzelparzellen, in denen nur sehr wenige Arten (z. B. Kartoffeln, Rüben, Gemüseziest) in großer Zahl angebaut wurden, war eine große Vielfalt mit bis zu 25 gleichzeitig vorhandenen Kulturen in einer Halbparzelle (ca. 8 m$^2$) festzustellen, insgesamt handelte es sich um 39 verschiedene Gemüsearten. Darunter waren einige bei uns sehr seltene Arten wie Erdmandel, Schwarzwurzel oder Pflückkohl zu finden sowie eine starke Sortenvielfalt, die sich auch in vielfältigen Bezugsquellen für Saat- und Pflanzgut niederschlug.

Häufig anzutreffende Kulturen waren in beiden Jahren Salate, Mangold, Paprika, Tomaten, Bohnen und Zucchini sowie die lagerfähigen Gemüsearten Karotte, Rote Rübe, Kürbis, Sellerie, Zwiebel und Pastinaken (alle angebauten Gemüsekulturen s. Tab. 1a und b[4]).

Im zweiten Beobachtungsjahr wurden deutlich weniger Kartoffeln angebaut, was auf einen in den Interviews erwähnten starken Befall mit Kartoffelkäfer im ersten Jahr zurückzuführen ist. Dafür wurden mehr Kohlgewächse sowie Kräuter und Blumen kultiviert.

## Motive Eigenversorgung und Ausgleich im Grünen

Der Fragebogen wurde 2009 von 18 (45 %), 2010 von 23 (38,3 %) und 2011 von 29 (52,7 %) der Beteiligten beantwortet. Die von den Befragten am häufigsten genannten Motive zur Teilnahme waren Eigenversorgung und Ausgleich im Grünen, gefolgt von Treffen Gleichgesinnter und Ausprobieren des Öko-Anbaus. Ab dem zweiten Jahr nahm der Austausch von Erfahrungen als Motivation zu (s. Tab. 2).

Die Versorgung mit frischem Gemüse und Kräutern in hoher Qualität, besonders auch von seltenen und im Handel kaum erhältlichen Arten, sowie die Nachvollziehbarkeit von Herkunft und Anbau sowie die finanzielle Leistbarkeit durch den Eigenanbau wurden von den Interviewten mehrfach betont, ebenso die Freude am Ernten selbst. Als bereichernd wurde auch die Möglichkeit gesehen, selbstgezogene Lebensmittel verschenken zu können oder andere Menschen damit bekochen zu können.

Dieser Gemeinschaftsgarten unterscheidet sich von ähnlichen Projekten durch die z. T. große Entfernung zwischen Wohnort bzw. Universität und Garten. Die Anfahrtszeit von Einzelnen betrug eine Stunde und mehr und wurde mehrheitlich mit dem Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt und oft auch als Ausflug ins Grüne gesehen. Das Auto wurde vorwiegend für Transporte verwendet (s. Tab. 3).

Mehr als 50 % der Befragten brachten gartenbauliches Vorwissen mit, z. T. von ihren Eltern, Verwandten und Bekannten, vielfach auch von Praktika und ab dem zweiten Jahr auch vom Projekt selbst. Keinerlei Erfahrung hatten vergleichsweise wenige (11 %, 17 % bzw. 6 %).

**Tabelle 3: Art der Anfahrt zu den Gemeinschaftsgärten (Mehrfachnennungen möglich)**

| Jahr | Personen | Auto | Öffentliche Verkehrsmittel | Fahrrad | zu Fuß | anderes |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 2009 | 18 | 33,3 % | 55,6 % | 66,7 % | 0,0 % | -- |
| 2010 | 23 | 39,1 % | 52,2 % | 47,8 % | 4,3 % | 4,3 % |
| 2011 | 29 | 24,1 % | 37,9 % | 62,1 % | 3,4 % | 3,4 % |

[4] Tabelle 1a und b auf der ASG-Website: www.asg-goe.de/pdf/LR0213-Spornberger-Tabellen.pdf

Als Informationsquelle bei garenbaulichen Fragestellungen wurden im ersten Jahr vor allem die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Versuchszentrums und das Internet herangezogen, im zweiten Jahr gab es mehr Austausch unter den Beteiligten und auch häufiger stattfindende organisierte Treffen.

In den Interviews wurde vor allem das praktische Ausprobieren des erworbenen Wissens über den ökologischen Gemüsebau als sehr nützlich und vertiefend angesehen. Praktischer Wissenstransfer erfolgte im Gemeinschaftsgarten beim Arbeiten im Garten, bei organisierten Begehungen und durch regelmäßige Treffen. Erwähnt wurde die Anbauplanung inkl. Platzbedarf, optimale Aussaatzeit bzw. Vorzucht verschiedener Kulturen, Sortenauswahl, Ausnützen der Fläche durch sinnvolle Fruchtfolge (Verträglichkeiten, Anbaupausen, Mischkulturen, Nährstoffbedarf etc.), Pflanzenschutz (Nützlingsförderung, Umgang mit Krankheiten und Schädlingen sowie Witterungseinflüssen), Bodenbearbeitung, Kompostierung, Mulchen, Gründüngung und Verwendung des Erntegutes (Lagerung, Verarbeitung, Konservierung etc.).

## Hohe Zufriedenheit der Beteiligten

Von Beginn an gab es eine kleine Gruppe, die sich mit viel Engagement und Zeitaufwand um die Koordination der Gemeinschaftsagenden kümmerte. Dazu gehörte das Errichten einer physischen (z. B. Parzelleneinteilung, Werkzeug, Bewässerung, Tauschbörse für Samen und Pflanzen) und organisatorischen Infrastruktur (z. B. Gartenordnung, Kommunikationsplattform, Arbeitsgruppen). Am Ende des ersten Projektjahrs wurde von den Interviewten der Wunsch nach mehr Abstimmung und stärkerer Einbindung aller am Garten beteiligten Studierenden geäußert. Daher wurden ab dem zweiten Jahr regelmäßige Treffen (etwa 1 x pro Monat) und Arbeitsgruppen eingerichtet, an denen sich alle beteiligten. Damit wurde die Verantwortung für einzelne Gemeinschaftsaufgaben besser aufgeteilt.

Das zu Beginn eingerichtete Internet-Forum wurde am Anfang wenig genutzt, gewann aber im zweiten Jahr zunehmend an Bedeutung als Plattform für Information und zur Organisation von Gemeinschaftsaktivitäten. Von den Befragten wurde aber angemerkt, dass es den persönlichen Kontakt nicht ersetzen kann und dass das Aufteilen von Aufgaben am besten funktioniere, wenn sich die Teilnehmer persönlich kennen.

Ein Großteil der Befragten gab an, im Folgejahr wieder mitzumachen (77,8 % in 2009, 65,2 % in 2010 und 58,6 % in 2011), was auf eine hohe Zufriedenheit der Beteiligten schließen lässt.

## Ausblick

Das von den Studierenden selbst organisierte und von einer Lehrveranstaltung begleitete Projekt Gemeinschaftsgarten ist erfolgreich angelaufen. Das Lernen gartenbaulicher und organisatorischer Fertigkeiten durch Praxis wird trotz des erheblichen Zeitaufwandes von den meisten beteiligten Studierenden als besonders wichtig und sinnvoll angesehen. Die Versorgung mit frischem selbstgezogenem Gemüse vielfältiger Arten und Sorten in Öko-Qualität wird als sehr bereichernd empfunden. Eine Ausweitung auf Beeren-Obstbau sowie weiterführende Arbeiten zum Thema Gemeinschaftsgärten im städtischen Raum in Form von Seminar- und Masterarbeiten sind geplant.

Treffen im Garten mit gemeinsamer Begehung und Vorstellung von Parzellen

# Frauenpower oder gebremste Kraft? Eine Befragung unter norddeutschen Land-Frauen

Claudia Neu, Ljubica Nikolic*

**Der demografische Wandel ist, neben dem Klimawandel und der Bewältigung der globalen Finanzkrise, ein zentrales Zukunftsthema, das unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren nachhaltig beschäftigen wird.**

Für die Kommunen und Verwaltungen sind schon heute die ersten deutlichen Spuren des demografischen Wandels sichtbar. Die Infrastruktur muss angepasst werden, sei es, dass sie in vielen ländlichen Räumen infolge des Bevölkerungsschwundes rückgebaut oder in wachsenden Regionen gar erweitert werden muss. Die Wirtschaft wendet sich vermehrt dem Thema Arbeitskräftemangel zu und bemüht sich zusehends um Ältere, Mütter und Migranten. Spüren auch Bürgerinnen und Bürger, die nicht in einer abgehängten ländlichen Region leben, die Auswirkungen des demografischen Wandels „am eigenen Leib"? Wie gestalten sich die Lebensverhältnisse von Frauen auf dem Land? Wo sind „Problemzonen" erkennbar? Und wo wird Handlungsbedarf gesehen?

Diese Fragen sollten im Rahmen einer Befragung, initiiert durch die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Rotenburg (Wümme) und ausgeführt durch ein Team der Hochschule Niederrhein, geklärt werden. Von November 2011 bis Januar 2012 wurden im Landkreis Rotenburg (Wümme) 4 800 Fragebögen über Vereine, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Kommunen an Frauen aller Alters- und Berufsgruppen verteilt. Der Fragebogen konzentrierte sich auf die Themenfelder Daseinsvorsorge/Lebensqualität, Wohnsituation, Mobilität, ehrenamtliches Engagement, aber auch Vereinbarkeit von Familie und/oder Pflege mit dem Berufsleben. Der Rücklauf war mit 1 595 auswertbaren Bögen ausgesprochen positiv.

## Hohe Zufriedenheit der Land-Frauen mit eigenem beruflichen Engagement

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) liegt geografisch günstig in der Metropolregion Bremen-Hamburg. In den vergangenen Jahren (2002-2009) blieb die Bevölkerungsentwicklung mit +0,3 % weitgehend stabil; dennoch lassen Geburtenrückgang, Wanderung und Langlebigkeit auch diese Region schrumpfen und altern, laut Bertelsmann-Bevölkerungsprognose um -3,1 % bis zum Jahr 2030. In einzelnen Gemeinden jedoch auch bis zu -9 % (Bertelsmann Stiftung 2012). Die wirtschaftlich günstige Lage spiegelt sich auch in der moderaten Arbeitslosenquote im Landkreis von insgesamt 4,5 % (im April 2013) wider (ARBEITSAGENTUR 2013).

Die Lebensverhältnisse der teilnehmenden Frauen sind auffallend homogen (verheiratet, Eigenheim, Kinder, PKW, PC, Teilzeitjob), in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt und weitgehend dem westdeutschen Male-Breadwinner-Modell – Mann als Hauptverdiener, Frau als Zuverdienerin – folgend (vgl. Kasten). So zeigen die befragten Frauen mit einer Erwerbsquote von 88 % eine ausgesprochen hohe Erwerbsneigung (im Bundesdurchschnitt sind 63 % der Frauen erwerbstätig), allerdings arbeiten von den Frauen im Erwerbsalter lediglich 17 % Vollzeit – im Vergleich dazu 54,4 % der bundesdeutschen Frauen (DESTATIS 2012). Offensichtlich besteht hier jedoch kein unmittelbarer Handlungsbedarf, denn die Befragten äußern sich ausgesprochen zufrieden über ihren aktuellen Erwerbsstatus. Drei Viertel der befragten Frauen sind mit ihrem beruflichen Engagement zufrieden. Mehr arbeiten wollen hingegen nur wenige: 29 wollen wieder einsteigen, 42 möchten Vollzeit arbeiten, 133 in Teilzeit und 58 Frauen suchen einen 400 €-Job (s. Abb. 1). Besonders die Teilzeitbeschäftigten zeigen hohe Zufriedenheitswerte. Hier geben 85 % an, vollkommen zufrieden zu sein. Lediglich 8 % aus dieser Gruppe würden gerne Vollzeit arbeiten. Erwerbstätigkeit spielt mithin im Leben der Befragten eine wichtige Rolle, steht aber in den meisten

**Die Lebenssituation der befragten Frauen stellt sich wie folgt dar:**

- 80 % verheiratet, Ø 3 Personen im HH, Ø 1,43 Kinder im HH
- 90 % leben im Eigentum
- Vollmotorisierung der privaten Haushalte: 99 % PKW-Besitz (46 % 1 PKW, 53 % 2 PKW)
- 85 % PC (nahezu alle mit Internetanschluss 91 %)
- 88 % evangelisch, 2 % katholisch, 1 % andere religiöse Bekenntnisse, 9 % konfessionslos
- Altersaufbau: älteste Teilnehmerin *1919 – jüngste *1995, Ø Alter: 54 Jahre,
- Schulabschluss: 33 % Haupt-, 40 % Realschule, 11 % Fachhoch-, 14 % Hochschulreife

* Prof. Dr. Claudia Neu, Hochschule Niederrhein, und Ljubica Nikolic (Bc), Hochschule Niederrhein, Tel. (02161) 186-53 84, claudia.neu@hs-niederrhein.de

Fällen hinter Haushalts- und Familienpflichten zurück.

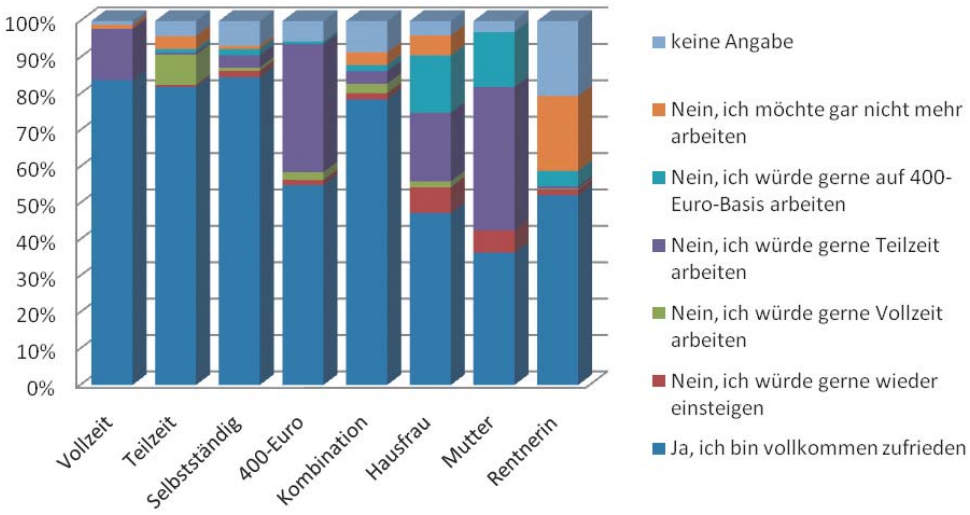
Die hohen Zufriedenheitswerte mit dem aktuellen Erwerbsstatus dürfen jedoch nicht von einem besonders empfindlichen Zukunftsindikator für eine Region ablenken – dem Wanderungsverhalten junger Frauen. Denn weltweit sind es vor allem die jungen gut ausgebildeten Frauen, die die ländlichen Räume verlassen und selten zurückkehren. Auch im Untersuchungssample hat bereits die Hälfte der jungen Frauen schon einmal über einen Wegzug nachgedacht. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit für Wanderungsgedanken mit steigendem Bildungsabschluss.

Im Hinblick auf eine zukünftige Regionalentwicklung sollten besonders die gut ausgebildeten jungen Frauen im Fokus der Haltebemühungen stehen. Zudem gilt es, gerade im Angesicht drohenden Arbeitskräftemangels Augenmerk auf die niedrige Vollzeiterwerbsquote von Frauen zu haben. Werden in Zukunft mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt benötigt, so sollte der Blick auf die (limitierenden) Rahmenbedingungen für weibliche Erwerbstätigkeit geworfen werden, und die heißen für Frauen nach wie vor: Familien- und Haushaltspflichten.

## Verbesserungsbedarf hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich

Die Favorisierung von Teilzeitstellen kann einerseits als Zeichen ökonomisch gesicherter Verhältnisse angesehen werden, die ein volles zweites Einkommen nicht notwendig machen, alternativ als traditionelles westdeutsches Lebensmodell, bei dem eine Vollzeitbetreuung von Kindern nicht gewünscht wird, oder auch als ein „Sich fügen in die Gegebenheiten“. Denn für ungebremste berufliche „Frauenpower“ muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf selbstverständlich sein. Hierbei geht es nicht nur darum, die Karriere mit der Kindererziehung zu vereinen, sondern immer häufiger auch um die Pflege älterer Familienmitglieder.

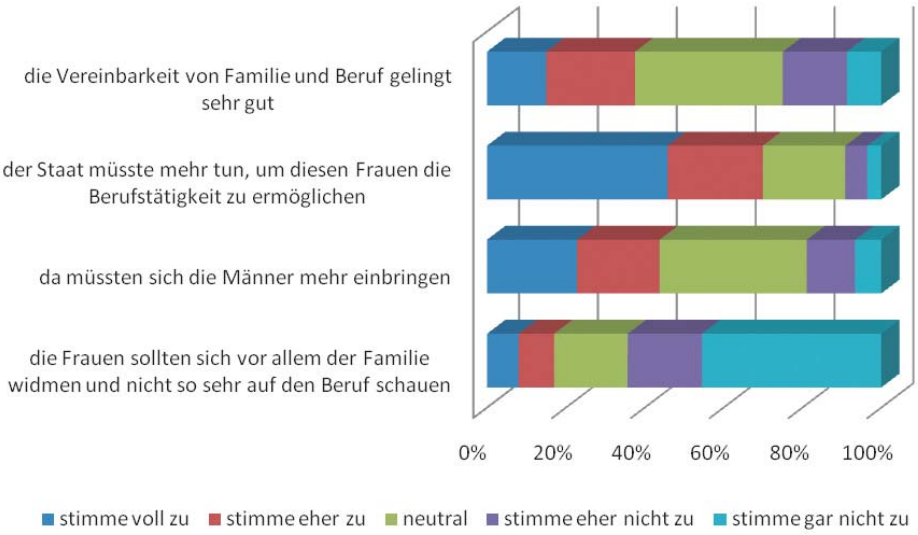
**Abbildung 1: Zufriedenheitsstatus**




Quelle: eigene Daten

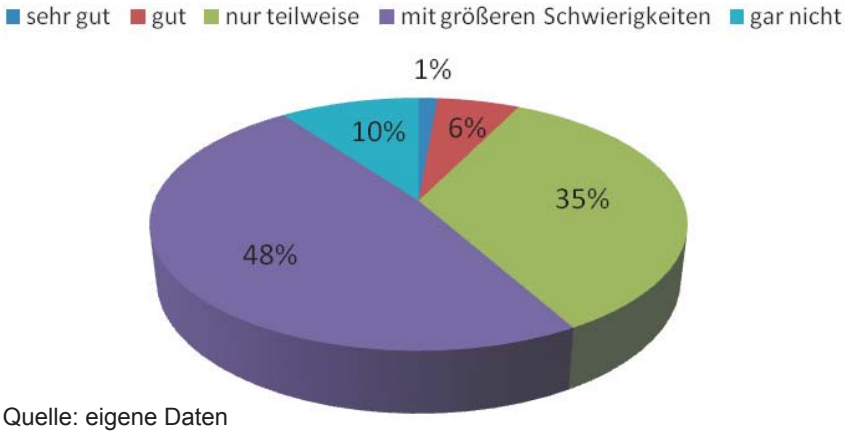
Beim Vereinbarkeitsthema sehen die Frauen aus Rotenburg (Wümme) durchaus Verbesserungsbedarf. Zwar halten 38 % Familie und Beruf für gut oder sehr gut vereinbar, die Ergebnisse zum Erwerbsstatus der Frauen zeigen aber, dass die meisten Mütter (60 % der Befragten betreuen Kinder unter 18 Jahren) ohnehin den Weg der Teilzeit wählen, um Familie und Beruf zusammenzubringen. Die befragten Frauen wünschen sich mehr Unterstützung von (ihren) Männern, sehen aber letztlich vor allem den Staat in der Pflicht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten (45 % stimmen voll zu). Obwohl ganz überwiegend das männliche Ernährermodell gelebt wird, kann sich die Mehrzahl der Frauen mit dem Satz „Frauen sollten sich vorrangig um die Familie kümmern und nicht so sehr auf den Beruf schauen“ nicht identifizieren (s. Abb. 2).

**Abbildung 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf**




Quelle: eigene Daten

**Abbildung 3: Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**




Quelle: eigene Daten

Die öffentliche Vereinbarkeitsdebatte hatte in den vergangenen Jahren vor allem die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung im Blick. Angesichts der demografischen Verschiebungen – der Zunahme von Hochaltrigkeit bei gleichzeitigem Geburtenrückgang – wird in den kommenden Jahren die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eine deutlich stärkere Beachtung finden müssen. Denn in Anbetracht sinkender Geburtenzahlen, instabiler Familienkonstellationen, erwerbstätiger Töchter und Schwiegertöchter sowie beruflich mobiler Enkel stellt sich die Frage, wer denn in Zukunft die Hochbetagten pflegen soll?

Die Sorge um die (zukünftige) Pflegesituation spiegelt sich auch in den Antworten der befragten Bürgerinnen des Landkreises Rotenburg (Wümme) wider: Lediglich 7 % beantworten die Frage nach der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf mit gut bzw. sehr gut, 35 % mit teilweise, 48 % mit größeren Schwierigkeiten, 10 % mit gar nicht) (s. Abb. 3). Sollten sich keine bezahlbaren Lösungen finden, die Familien mit pflegebedürftigen Mitgliedern entlasten, dürfte sich hier eine der größten „Frauenpower"-Bremsen der Zukunft verbergen.

Ausschlaggebend auf dem schmalen Grat zwischen „Frauenpower" und „gebremster Kraft" ist fast immer die wohnortnahe Grundversorgung. Ohne entsprechende Kinder- und Seniorenbetreuung, Grundschulen und Einkaufsmöglichkeiten am Ort wird das Organisieren von Familie und Karriere zum Balanceakt.

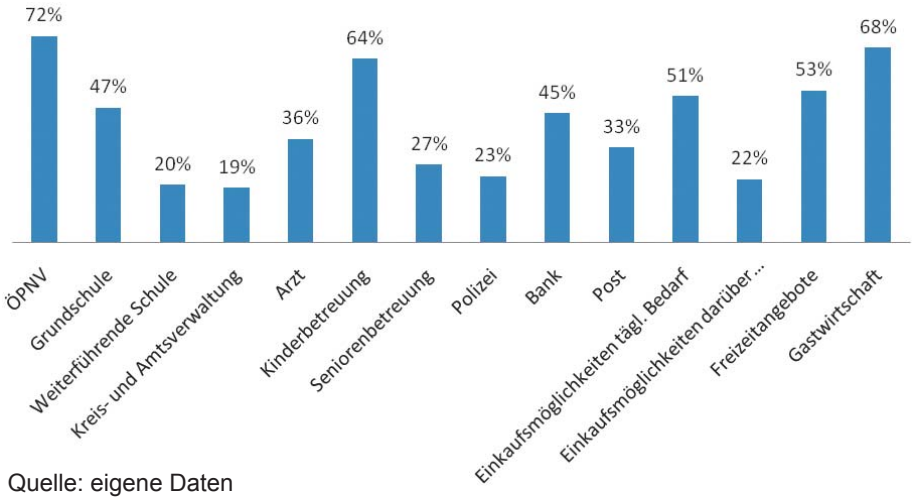
Wie anhand der Grafik zu erkennen ist, ist die Ausstattung mit fußläufig erreichbaren Angeboten des täglichen Bedarfs im Landkreis Rotenburg (Wümme) (noch) recht gut. 47 % der Befragten erreichen die Grundschule in 10-15 Minuten fußläufig, sogar 64 % die nächste Kinderbetreuung, aber schon bei der Seniorenbetreuung zeigt sich eine deutliche Schwachstelle, die gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel zu schließen ist, denn nur 27 % der Befragten können eine Seniorenbetreuung fußläufig erreichen (s. Abb. 4).

Die gute Erreichbarkeit der Kinderbetreuung dürfte folglich kein Hemmschuh für die berufliche Tätigkeit von Müttern sein. Unbeachtet bleibt bei dieser Abfrage jedoch, welche Öffnungszeiten gelten. Nicht selten werden keine Ganztagesplätze angeboten, so dass berufliche Gelegenheiten nur eingeschränkt wahrgenommen werden können. Hinweise auf diese Situation finden wir, wenn die Bürgerinnen einen individuellen Wunschzettel für ihre Gemeinde erstellen. Dann zeigen sich die konkret vor Ort wahrgenommenen Versorgungsdefizite. Neben der gesundheitlichen Versorgung wurden immer wieder flexible Kinderbetreuung und Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren genannt. Als Bremse werden demnach vor allem die wenig flexiblen Zeiten bei der Kinderbetreuung und die nicht ausreichenden Angebote der Seniorenbetreuung wahrgenommen.

## Wenig Spielraum für Engagement bei den jungen Frauen

Im Leben der befragten Frauen spielt bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle. Sie enga-

**Abbildung 4: Erreichbarkeit fußläufig in 10-15 min.**

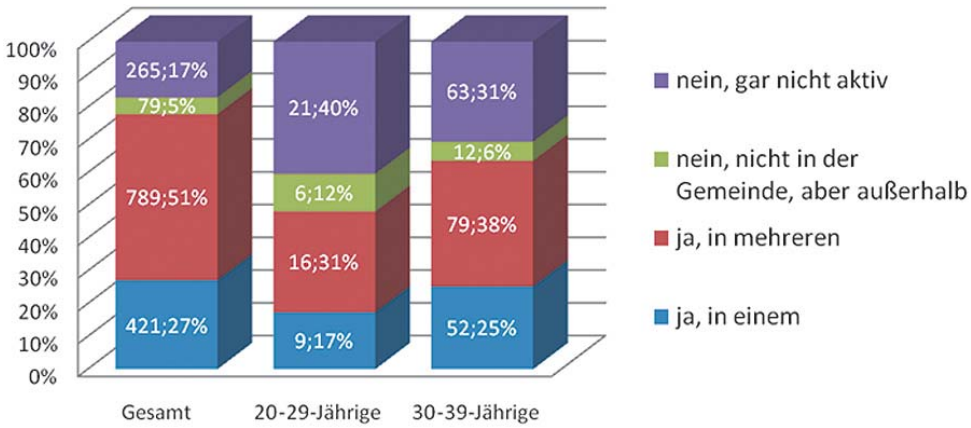



Quelle: eigene Daten

gieren sich deutlich stärker als der Bundes- oder Landesschnitt, scheinen dabei aber die Auslastungsgrenze erreicht zu haben. Gut zwei Drittel (83 %) der Frauen sind in einem oder mehreren Vereinen, einer Interessengruppe, einer Partei oder Kirche aktiv. Gut die Hälfte der befragten Frauen sogar in zwei oder mehr Organisationen. Lediglich 17 % der Befragten beteiligen sich in keiner Weise öffentlich (s. Abb. 5).

Anders stellt sich die Situation für die Generation der jungen Frauen zwischen 20 und 29 Jahren dar. Von den 52 Frauen dieser Altersgruppe sind immerhin 40 % nicht aktiv. Bei den 208 Frauen in der Altersklasse 30-39 Jahre sinkt der inaktive Anteil auf 31 %, was mit dem hohen Aktivitätsgrad im Bereich der Elternvertretung korrelieren könnte. Der Eindruck einer jungen Frauengeneration unter Druck vertieft sich noch einmal, wenn die Selbsteinschätzung vieler junger Frauen hinzugezogen wird, die sich schon jetzt überfordert, ohne Zeitreserven und am Rande ihrer Kräfte sehen.

**Abbildung 5: Aktivitätsgrad (Absolute Zahl; Prozentsatz)**




Quelle: eigene Daten

## Gebremste Frauenpower

Natürlich darf nicht aus den Augen verloren werden, dass das vorliegende Sample norddeutscher Land-Frauen sozialstrukturell äußerst homogen und nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Frauen im Landkreis Rotenburg (Wümme) ist. Gleichwohl finden wir Hinweise, die in Zeiten verschärften demografischen Wandels auch für einen Landkreis mit gegenwärtig stabilen Bevölkerungszahlen von Bedeutung sind. Sich auf gegenwärtigen Erfolgen auszuruhen hilft wenig, denn die Bevölkerungsprognosen lassen bereits heute keine Zweifel daran, dass mit Ausnahme weniger Metropolen überall im Land Schrumpfung und Alterung die Zukunft bestimmen werden. Zudem gehört die Landflucht junger Menschen für die meisten ländlichen Regionen zur bitteren Realität. Auch im untersuchten Landkreis sind es vor allem die jungen und gut ausgebildeten Mädchen und jungen Frauen, die an Wegzug denken. In Folge der Alterungs- und Schrumpfungsprozesse wird zudem ein Arbeitskräftemangel erwartet, der nicht nur die Fragen nach der Gewinnung älterer Arbeitnehmer, sondern auch von Müttern und Frauen massiv aufwerfen wird. Wie lassen sich aber junge Frauen gewinnen, die lediglich Teilzeit präferieren? Die Antworten sind wahrlich nicht neu, an der Umsetzung hapert es aber offensichtlich nach wie vor. Frauen benötigen institutionelle Unterstützungssysteme, die zuverlässig und zeitlich flexibel eine Vollzeiterwerbstätigkeit ermöglichen. Der in vielen ländlichen Gemeinden bereits einsetzende Abbau von öffentlicher Infrastruktur wie die Schließung von Kindergärten, Schulen und Freizeitangeboten wirkt hier kontraproduktiv. Deutlich zeigen die Befragungsergebnisse, dass das Thema Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bisher weitgehend verschlafen wurde. Ein Ausbau der Tages-, Wochen- oder Vollbetreuung wird angesichts voranschreitender Langlebigkeit und Pflegebedürftigkeit unumgänglich sein. Bürgerschaftliches Engagement ist für viele Land-Frauen eine gelebte Selbstverständlichkeit, zumal in den älteren Jahrgängen. Sie ist Freizeitvergnügen und gelebte Solidarität zugleich. Die Untersuchungsergebnisse deuten jedoch einen Traditionsbruch an. Vor allem die jüngste Gruppe der 20-29-Jährigen ist deutlich weniger aktiv, auch die nachfolgende Gruppe der bis 39-Jährigen bleibt, wenn auch weniger, so doch deutlich in ihrem bürgerschaftlichen Engagement zurück. Doppel- und Dreifachbelastung findet auch hier ihren Niederschlag. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass selbst in einer demografisch und wirtschaftlich weitgehend stabilen ländlichen Region wie dem Landkreis Rotenburg (Wümme) demografische Herausforderungen ihre Schatten vorauswerfen. ■

***Literatur***

*ARBEITSAGENTUR (2013) unter: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Niedersachsen/Rotenburg-Wuemme-Nav.html?year_month=201304*

*BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.): Kommunaler Wegweiser: Landkreis Rotenburg/Wümme, www.wegweiser-kommune.de*

*NEU, CLAUDIA; NIKOLIC, LJUBICA (2012): Angekommen im Wandel – Chancen und Herausforderungen für Frauen und Familien im ländlichen Raum. Landkreis Rotenburg (Wümme).*

*STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Abhängig Erwerbstätige nach Art der ausgeübten Tätigkeit. Wiesbaden, 2012.*

# Auf die Landwirtschaft kommt es an

**Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, über die Bedeutung des Agrarsektors für die Ernährungssicherung, notwendige Investitionen in Entwicklungsländern, Erkenntnisse ihrer jüngsten Afrika-Reise, alarmierende Achterbahnfahrten auf den Agrarrohstoff-Weltmärkten und einen erforderlichen Trennstrich zwischen verantwortungsvollen Investitionen und reinen Finanztransaktionen**

*Sie haben kürzlich mit Südafrika und Äthiopien zwei wichtige Länder des schwarzen Kontinents besucht. Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung die Ernährungssituation in den beiden Ländern und in Afrika insgesamt dar?*

**Aigner:** Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt und trotz der großen Anstrengungen der Regierung und internationaler Geber sind große Teile der Bevölkerung von Hunger bedroht. Über 40 % der äthiopischen Bevölkerung ist unterernährt. Damit steht Äthiopien auf Platz vier des Welthunger-Index. Aber auch in Südafrika, das auf Platz 9 von 79 Ländern steht, haben 20 % der Haushalte unzureichenden Zugang zu Nahrung. Und in vielen weiteren Ländern ist die Situation trotz gewisser Fortschritte nicht minder alarmierend.

*In Äthiopien haben Sie u. a. ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum besucht, das von Ihrem Haus gefördert und von der Wirtschaft unterstützt wird. Wie kann deutsches Agrar-Know-how zur Entwicklung der äthiopischen Landwirtschaft beitragen?*

**Aigner:** Wissen ist die Grundlage für Veränderungen. Deswegen unterstützen wir Partnerschaften zwischen Bauernverbänden und mit der Wirtschaft, die Know-how in das Land bringen sollen. Es geht ja darum, mit Hilfe angepasster Technologie Erträge zu steigern, gesunde Lebensmittel zu erzeugen und somit einen Beitrag zur Ernährungssicherung vor Ort zu leisten.

*Wie wird eine Balance zwischen entwicklungspolitischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen hiesiger Unternehmen erreicht?*

**Aigner:** Wir befürworten privatwirtschaftliche Investitionen, wenn deren Nachhaltigkeit und Entwicklungsnutzen für die lokale Bevölkerung gewährleistet wird. Außerdem muss verantwortungsvoll mit natürlichen Ressourcen umgegangen werden. Ohne Investitionen werden wir die Ernährungssituation in den ärmsten Ländern kaum dauerhaft und umfassend verbessern können. Auf meiner Reise habe ich den Eindruck gewonnen, dass die deutsche Agrarwirtschaft durchaus bereit ist, sich verantwortungsvoll und engagiert an Projekten zu beteiligen.

*Afrika wird in der deutschen Öffentlichkeit nach wie vor überwiegend als Problemregion wahrgenommen. Stimmt das Bild nach Ihren Eindrücken noch?*

**Aigner:** Ich habe auf meiner Reise zwei sehr unterschiedliche afrikanische Länder besucht. In Südafrika, der größten Wirtschaftsmacht auf dem afrikanischen Kontinent, findet man neben kleinbäuerlichen Strukturen auch eine kommerzielle Landwirtschaft, die beeindruckende Erfolge vorzuweisen hat. Und auch die Verarbeitungsindustrie wächst. Äthiopien als eines der ärmsten Länder der Welt ist dagegen überwiegend von Subsistenzlandwirtschaft geprägt. Eine pauschale Einschätzung für Afrika lässt sich daraus schwer ableiten. Ich habe Entwicklungen gesehen, die zuversichtlich stimmen – vor allem das große Wachstumspotenzial bei der Landwirtschaft in Äthiopien. Afrika steht angesichts der rasant wachsenden Bevölkerung, aber auch wegen des fortschreitenden Klimawandels vor riesigen Herausforderungen. Die Sicherung der politischen Stabilität und die Ernährung bleiben zentrale Aufgaben. Bis zum Jahr 2025 werden in Afrika 330 Mio. Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen, davon werden allein 200 Mio. Arbeit auf dem Land suchen. Die Fortentwicklung und Stabilisierung des Agrarsektors sind vor diesem Hintergrund unerlässlich.

*Entwicklungspolitiker betonen seit Jahren die Notwendigkeit höherer Investitionen in die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung. Dies müsse sich auch in der Entwicklungspolitik niederschlagen. Tut es das?*

**Aigner:** In den vergangenen drei Jahren habe ich mit meinem Ministerkollegen Dirk Niebel die Landwirtschaft wieder ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit gerückt. Das war ein wichtiger Schritt, dieser Weg muss fortgesetzt werden. Wenn wir im Kampf gegen den Hunger erfolgreich sein wollen, müssen wir außerdem die Zusammenarbeit der Landwirtschaftsressorts auf internationaler Ebene weiter intensivieren. Und wir brauchen noch mehr Unterstützung aus der Privatwirtschaft. Allein mit staatlichen Investitionen werden die Probleme nicht zu lösen sein.

Ilse Aigner ist seit November 2009 Bundesministerin. Die 48-Jährige gelernte Radio- und Fernsehtechnikerin stammt aus dem oberbayerischen Feldkirchen im Landkreis Rosenheim.

Bei der anstehenden Bundestagswahl tritt Aigner nach 15-jähriger Parlamentszugehörigkeit nicht mehr an. Sie bewirbt sich stattdessen um ein Mandat im bayerischen Landtag. In Bayern gilt die CSU-Politikerin als ernsthafte Kandidatin für die Nachfolge von Ministerpräsident Horst Seehofer.

Landwirtschaftsministerinnen Ilse Aigner und Tina Joemat-Pettersson, Südafrika, nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung über die vertiefte Zusammenarbeit im Bereich der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung.

*Entwicklungspolitik ist das ureigene Terrain des BMZ. Warum engagiert sich das BMELV auf diesem Gebiet?*

**Aigner:** Mein Haus ist zuständig für Land- und Forstwirtschaft sowie Ernährungsfragen – auch in der internationalen Zusammenarbeit. In den Entwicklungsländern besteht ein hoher Bedarf an politischer und fachlicher Beratung, die Erwartungen sind enorm. Für meine Fachkollegen ist unser Ressort oftmals der erste Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Agrarentwicklung geht. Daher spreche ich mich dafür aus, dass unsere bilaterale Facharbeit auch im Landwirtschaftsressort weiter gestärkt wird.

*Was haben Sie in Ihrer Amtszeit auf dem Gebiet „Welternährung“ erreicht?*

**Aigner:** Die Menschen in den Entwicklungsländern müssen in die Lage versetzt werden, sich selbst zu versorgen. Mit dem jährlich am Rande der Grünen Woche stattfindenden Internationalen Agrarministergipfel hat mein Haus eine politische Plattform für die Entscheider in der Landwirtschaft geschaffen. In vielen Projekten fördern wir konkret den Aufbau einer modernen und ressourcenschonenden Landwirtschaft und haben hierfür die Haushaltsmittel von 4 auf 10 Mio. € erhöht. Auf UN-Ebene ist es uns gelungen, freiwillige Leitlinien zum Zugang zu Land und Ressourcen zu verabschieden. Sie zeigen, wie z. B. ein Landtransfer unter Berücksichtigung der Rechte der lokalen Bevölkerung aussehen muss. Das war ein zähes Ringen mit 160 Staaten. Die Umsetzung begleiten wir jetzt im engen Austausch mit Nichtregierungsorganisationen, um nur einige Beispiele zu nennen.

*Im Mittelpunkt der derzeitigen politischen Diskussionen stehen zumeist der Anstieg der Weltbevölkerung und deren Ernährung im Jahr 2050. Zeitlich näher liegen allerdings die Milleniumsziele und deren Erreichung. Wie steht‘s um das Vorhaben, die Zahl der Hungernden bis 2015 gegenüber 1990 zu halbieren?*

**Aigner:** Das Ziel, die Zahl der Hungernden weltweit bis 2015 zu halbieren, ist nach Aussagen der UN-Ernährungsorganisation FAO noch zu erreichen. Derzeit sind die Zahlen aber immer noch erschreckend. Rund 880 Mio. Menschen hungern. Damit dürfen wir uns nicht abfinden! Das erfordert unser ganzes Engagement. Und eines ist dabei klar: Der Hunger lässt sich nur besiegen, wenn Lebensmittelverluste reduziert und das ungenutzte Potenzial in der Landwirtschaft gehoben wird. Bisher liegen noch viele Flächen brach, nicht nur in Afrika. Das können wir uns nicht leisten. Aber es ist auch ein langer und mühsamer Weg, hier gegenzusteuern und neue Impulse zu setzen.

*Was sind die wesentlichen Ursachen, dass die Fortschritte nur schleppend erfolgen?*

**Aigner:** Das kann man nicht pauschal sagen, jedes Land hat seine eigenen Herausforderungen. Da Landwirtschaft der Schlüssel für den Kampf gegen den Hunger ist, muss Agrarpolitik eine zentrale Rolle erhalten, die eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion fördert. Zudem ist eine funktionierende Infrastruktur wichtig, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, und zwar in allen Bereichen wie Straßen, Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verwaltung. Nicht zuletzt braucht es eine gute Regierungsführung. Ein freier Zugang der Bevölkerung zu Land und Bildung setzt korruptionsfreie, demokratische, rechtsstaatliche Verwaltungsstrukturen voraus.

*Sie haben sich wiederholt für eine strengere Reglementierung von Agrarterminmärkten eingesetzt und befinden sich damit im Widerspruch zu den meisten deutschen Agrarökonomen. Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht die Spekulation mit Agrarrohstoffen für die Entwicklung der Agrarpreise?*

**Aigner:** Wir haben in den vergangenen Jahren alarmierende Achterbahnfahrten auf den Agrarrohstoff-Weltmärkten erlebt. Dadurch sind Grundnahrungsmittel in den Entwicklungsländern zeitweise unbezahlbar geworden. Und wir beobachten seit Jahren einen besorgniserregenden Preisanstieg für Agrarrohstoffe weltweit. Dafür gibt es mehrere Gründe, wie etwa das enorme Bevölkerungswachstum, den fortschreitenden Klimawandel, schwere Unwetter oder fehlende Investitionen in die Landwirtschaft. Hinzu kommt ein Mangel an Transparenz – sowohl über die Verfügbarkeit von Agrarrohstoffen als auch den Handel damit auf den Finanzmärkten. Die meisten Experten sind sich einig: Kurzfristig kann Spekulation diese Preisschwankungen verstärken. Deshalb ziehen sich ja auch immer mehr Finanzinstitute aus diesem Geschäftsbereich zurück. Sie ist daher ein wichtiger Faktor, auf den wir achten müssen. Gerade deshalb treffen wir auf europäischer und auf internationaler Ebene Gegenmaßnahmen.

*Wo verläuft die Grenze zwischen einer wirtschaftlich sinnvollen und notwendigen Preisabsicherung und einem unverantwortlichen Zocken mit Lebensmitteln?*

**Aigner:** Das ist genau die entscheidende Frage, die sich vor allem die Finanzinstitute stellen müssen. Es ist wichtig, dass ein klarer Trennstrich gezogen wird zwischen verantwortungsvollen Investitionen, die hilfreich im Kampf gegen den Hunger sind, und reinen Finanztransaktionen, die Preisschwankungen verstärken können.

*Wie beurteilen Sie die Realisierungschance der von Ihnen vorgelegten Vorschläge zum Agrarmarkt-Informationssystem, zu Positionslimits für Finanzinvestoren sowie zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer?*

**Aigner:** Das Agrarmarkt-Informationssystem wird bereits auf internationaler Ebene aufgebaut. Es ermöglicht weltweit einen Überblick über die zu erwartenden Ernten und die Lagerbestände der wichtigsten Agrarrohstoffe. Damit wird Transparenz auf den realen Märkten geschaffen. Wir wollen aber auch auf den Finanzmärkten für Transparenz sorgen. Auf EU-Ebene wird gerade an der Mifid-Richtlinie gearbeitet, die Positionslimits festlegt für Akteure, die nicht mit physischer Ware handeln. Die Richtlinie soll in diesem Jahr verabschiedet werden. Die Positionslimits gelten aber ausdrücklich nicht für die Bauern und die Agrarhändler, die Derivate und andere Finanzinstrumente brauchen, um ihre Preise längerfristig abzusichern. Warenterminmärkte sind notwendig. Außerdem geplant ist eine Finanztransaktionssteuer für solche Transfers.

*Bilaterale Freihandelsabkommen führen dazu, dass Dritte ausgeschlossen werden. Wissenschaftler warnen vor negativen Folgen für arme Länder. Warum setzt die Bundesregierung dennoch auf bilaterale Abkommen, etwa ein Freihandelsabkommen EU-USA?*

**Aigner:** Priorität für die Bundesregierung hat nach wie vor ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Verhandlungen. Leider kommen wir hier nicht voran. Um Arbeitsplätze in Deutschland auch im Agrar- und Lebensmittelsektor zu sichern, bleibt es ein Ziel, neue Märkte zu erschließen. Die Bundesregierung unterstützt ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA. Integration in den Weltmarkt bietet Chancen auch für Entwicklungsländer. Die EU hat prioritär einen offenen Markt für zahlreiche Entwicklungsländer geschaffen, besonders für die ärmsten Länder. Sie werden daher durch weitere Freihandelsabkommen nicht vom EU-Markt ausgeschlossen werden.

*Wie wird sichergestellt, dass hiesige Standards im Agrarbereich nicht geschleift werden?*

**Aigner:** Im Agrarsektor gibt es besondere Interessen und Sensibilitäten, die von der EU-Kommission in allen Verhandlungen berücksichtigt werden müssen. Der Schutz der Verbraucher wie der Landwirte ist für Deutschland und Europa ein besonderes Anliegen. Europa wird seine über Jahrzehnte gewachsenen Rechtssysteme und hohen Standards beim Verbraucherschutz für ein Freihandelsabkommen nicht zur Disposition stellen. ■ Rainer Münch

# Hunger ist eine Menschenrechtsverletzung – Hungerbekämpfung ein Kampf gegen Diskriminierung

Roman Herre*

**In den letzten sechs Jahren erreichten die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel zweimal Rekordhöhen. 2007/08 erregten „Hungeraufstände“ in über 60 Ländern große mediale Aufmerksamkeit.[1] Arme Menschen konnten sich die Nahrung zum täglichen Überleben nicht mehr leisten. Die Zahl der Hungernden stieg erstmals auf über eine Milliarde Menschen.[2] Der andauernde Skandal des Hungers in einer reichen Welt wurde kurzfristig laut und wahrgenommen. Aber eben nur kurzfristig. Im Folgenden wird die Debatte zur Hungerbekämpfung kritisch bewertet und eine alternative, auf dem Recht auf Nahrung basierende Hungerbekämpfung umrissen.**

## Wer hungert und warum?

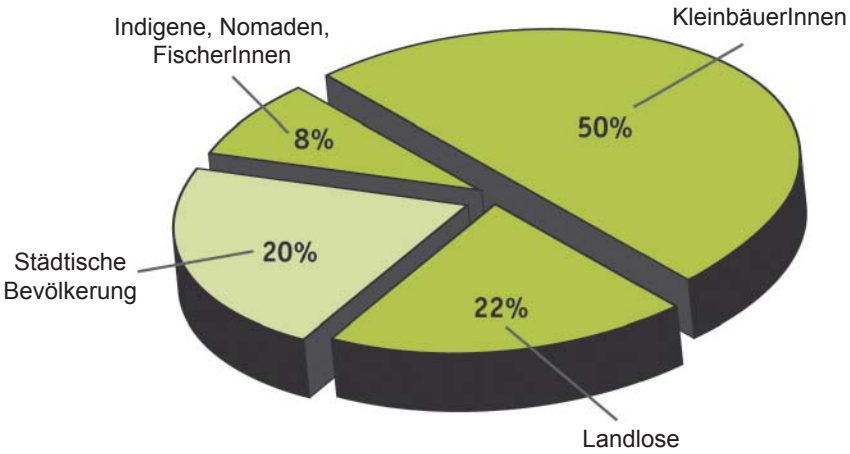
Dies ist eine einfache und dennoch gern vergessene Frage. Denn deren Beantwortung muss Grundlage für eine effektive Hungerbekämpfung sein.

**Wer?** Hunger kann besonders ganz bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden. Dies haben die Vereinten Nationen 2004 erstmals auf globaler Ebene festgehalten. Demzufolge sind die Hälfte aller Hungernden Kleinbauern/-bäuerinnen, 22 % Landlose (Saisonarbeiter, Pächter ...) und 8 % Indigene, Nomaden und Fischer (vgl. Abb.). 80 % der Hungernden leben auf dem Land, 20 % in urbanen Gebieten.[3]

**Warum?** Hunger ist fast immer das Resultat von Marginalisierung und Diskriminierung – von Politikentscheidungen, von Handeln oder Unterlassen. Im Kontext der Hungernden wird auch von einer multiplen Diskriminierung gesprochen – einer politischen, ökonomischen und geografischen. Die oben identifizierten Gruppen haben kaum Möglichkeiten, Einfluss auf Politikentscheidungen zu nehmen, werden wirtschaftlich benachteiligt (bspw. durch Handelsabkommen) und wurden oft in Gebiete abgedrängt, in denen es besonders schwierig ist, von der Landwirtschaft zu leben (schlechte Böden, Trockenheit, Hanglagen, schlechter Zugang zu Märkten, kaum lokale Infrastruktur ...). Das Kleinbauern/-bäuerinnen-Netzwerk La Via Campesina, bringt diese Benachteiligungen deutlich zum Ausdruck:

*„Heute können wir kein Einkommen mehr erwirtschaften, das uns ermöglicht, in Würde zu leben. Eine Mischung aus nationalen Politiken und internationalen Rahmenbedingungen ist verantwortlich dafür, dass wir ausgelöscht werden.“* [4]

**Abbildung: Wer hungert?**




Quelle: Eigene Darstellung, Daten: Vereinte Nationen 2004 Millenium Project: Interim Report of Task Force on Hunger

## Vom „Überfluss“ zur „Knappheit“

Über die letzten 40 Jahre wurde die Entwicklung des globalen Ernährungssystems von einer Weltmarkt-fixierten Politik dominiert, in deren Logik beispielsweise eine Kleinbäuerin im Senegal in direkte Konkurrenz mit einem global aufgestellten Nahrungsmittelkonzern wie Metro treten muss.[5] Nahrungs-

* Roman Herre, FIAN Deutschland, Köln, Tel. (0221) 70 200 72, r.herre@fian.de

[1] Holt-Gimenez et al. (2009): Food rebellions. Crisis and the hunger for justice.

[2] Laut FAO ist die Zahl der Hungernden 2011 um über 100 Mio. Menschen gefallen. Es ist jedoch unklar, inwieweit dies mit einer neuen Methodologie in Zusammenhang steht, die 2011 neu zur Anwendung kam.

[3] Andere Quellen sprechen von 70 und 75 % Hungernden auf dem Land.

[4] La Via Campesina (2008): Abschlusserklärung der internationalen Konferenz zu den Rechten von Bauern und Bäuerinnen, Jakarta.

[5] Besonders hervorzuheben sind die Politik der Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sowie die Politik der Welthandelsorganisation WTO. Siehe etwa Bello (2008): Manufacturing a Global Food Crisis. In: Global Asia, Vol. 3.

**„Frei"-Handelsabkommen – frei von Menschenrechten**

Handelsanreize können neben positiven Effekten auch negative Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt haben. Regierungen weigern sich jedoch, angemessene Maßnahmen zur ergreifen, um solchen möglichen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika veranschaulicht dies. In dem Abkommen werden umfassende Handels- und Investitionsliberalisierungen vereinbart, die auch auf den Anbau von Energiepflanzen Auswirkung haben. Die Ausweitung des Zuckerrohr- und Palmölanbaus für die Gewinnung von Agrartreibstoffen hat in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geführt. Da das Abkommen anhaltende Anreize für eine weitere Expansion der Agrartreibstoffe gibt, wird es zu einer Verschärfung dieser Konflikte beitragen. Auch eine Studie der EU kommt zu dem Schluss, dass das Abkommen gerade im Bereich Agrartreibstoffe den „Druck auf die Landnutzung verstärken" wird.

Ungeachtet dessen haben Bundestag und Bundesrat das Abkommen „durchgewunken". Eine menschenrechtliche Folgenabschätzung wurde nicht durchgeführt. Es wurde kein menschenrechtlicher Beschwerdemechanismus verankert, geschweige denn Mechanismen, mit denen bei negativen menschenrechtlichen Auswirkungen korrektive Maßnahmen ergriffen werden könnten.

mittel wurden immer billiger – ein wichtiger Grund für die Verarmung der Bauern/Bäuerinnen weltweit, die heute die Hälfte der Hungernden ausmachen.

Nun wendet sich das Blatt. Die Preise steigen und werden langfristig auf einem hohen Niveau bleiben. Aber anstatt diese Gelegenheit zu nutzen und aktiv Nahrungsmittelproduzent/-innen zu fördern, damit sie von der Entwicklung profitieren können, wird die „Ernährungskrise" genutzt, um Bauern/Bäuerinnen, Nomad/-innen, Indigene und Fischer/-innen weltweit im Namen der „Hungerkrisenbewältigung" und Produktivitätssteigerung von ihrem Land zu vertreiben.[6] Konzerne, Banken und Investmentfonds sichern sich überall auf der Welt riesige Landflächen (auch Land Grabbing genannt). Forciert wird dies auch durch Handels- und Investitionsabkommen, die menschenrechtliche Risiken ignorieren (vgl. Kasten).

## Hunger im Überfluss

Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stellt in seinem Rechtskommentar zum Recht auf Nahrung klar:

*„Im Grunde liegt die Wurzel des Problems von Hunger und Mangelernährung nicht in einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern im mangelnden Zugang großer Teile der Weltbevölkerung zu den verfügbaren Nahrungsmitteln."* [7]

Dies unterstreichen auch die globalen Zahlen. Zwar wächst die Weltbevölkerung, was gerne als Kernursache für Hunger vorgeschoben wird, jedoch wird verschwiegen, dass die Menge der verfügbaren Nahrungsmittel schneller wächst. In Zahlen: Von 1960 bis heute ist die Bevölkerung um das 2,3-fache angestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Nahrungsmittelproduktion um das 3,1-fache angestiegen. Rein rechnerisch hätte damit jeder Mensch auf der Welt heute 30 % mehr zu essen als noch vor 50 Jahren.[8]

## Regierungen fördern Agribusiness statt Hungernde

Entgegen diesen Fakten scheinen die Lobbybemühungen der Agrarkonzerne von BASF bis Monsanto bei den Regierungen Gehör zu finden. 2012 haben die G8-Staaten die sog. New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa ins Leben gerufen. Dabei, wie auch bei der ähnlichen Initiative der Bundesregierung, der German Food Partnership zwischen deutschen Agrarunternehmen und Entwicklungsministerium, ist neben dem einseitigen Fokus auf Produktivitätssteigerung eines auffällig: Anstatt die Betroffenen vor Ort anzuhören und deren Vorschläge zur Hungerbekämpfung ernst zu nehmen, sitzen bei diesen Initiativen die Agrarkonzerne mit knallharten Geschäftsinteressen am Tisch und gestalten die Politik mit. So wird der andauernden Diskriminierung der Hungernden sicherlich nicht entgegengewirkt.

## Das Menschenrecht auf Nahrung: völkerrechtlich verbrieftes Recht jedes Menschen

Das Menschenrecht auf Nahrung (RaN) ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte völkerrechtlich verankert. Wie bei jedem anderen Menschenrecht müssen Staaten dieses Recht respektieren (Unterlassen von Handlungen, die sich negativ auf die Realisierung des RaN auswirken), schützen (vor Dritten, wie beispielsweise privaten Firmen) und gewährleisten (aktiv durch Politikmaßnahmen die Durchsetzung des RaN befördern). Für die Durchsetzung des RaN müssen Staaten das Maximum der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen einsetzen. Andere Staaten und die internationale Gemeinschaft müssen diese Bemühungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit aktiv unterstützen.

[6] McMichael (2012): The land grab and the corporate food regime restructuring.

[7] CESCR (1999): Allgemeiner Rechtskommentar 12 zum Recht auf Nahrung.

[8] FAOStat 2012.

### Fazit: Eine Frage des politischen Willens

Hunger ist in erster Linie eine Frage von Diskriminierung und der Verletzung von Rechten. Hunger ist damit im Kern ein politisches Problem und menschengemacht. Er kann daher nicht – so verlockend einfach es auch manchmal klingt – technisch gelöst werden. Lösungsansätze müssen zuallererst eine angemessene Beteiligung der diskriminierten Gruppen an der Erarbeitung von Lösungsansätzen und Strategien beinhalten.

Das Positive vorab: Auf globaler Ebene gibt es eine erstaunliche Entwicklung. Nach der Reform des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS), der Fragen zur Ernährungssicherung global koordinieren soll, können dort Kleinbauernorganisationen, Vertreter von Hirtenvölkern und anderen diskriminierten Gruppen selbstorganisiert mitreden. Solche Vorgehensweisen würden im 21. Jahrhundert auch der deutschen und europäischen Politik gut zu Gesicht stehen.

Die Bundesregierung verweist zudem gerne und meist zu Recht auf den fehlenden politischen Willen von Regierungen vor Ort, Probleme aktiv anzugehen.[9] Problematisch ist jedoch, dass damit immer die eigene Handlungsoption relativiert oder ganz ausgeblendet wird. Auf EU-Ebene bedeutet das beispielsweise, die Förderung einer globalen Agrartreibstoff-Produktion, die wegen des Landhungers insbesondere das Recht auf Nahrung der armen ländlichen Gruppen gefährdet, einzustellen und wirksame Maßnahmen zur Regulierung der Finanzbranche im Bereich Agrarrohstoffe (Stichwort Nahrungsmittelspekulation) zu ergreifen. Politischer Unwille der Bundesregierung lässt sich auch am Beispiel Handel aufzeigen. Es gab trotz massiver Kritik keinen politischen Willen, das Assoziationsabkommen mit Zentralamerika mit Instrumenten zur Überprüfung menschenrechtlicher Folgen und einem Mechanismus, mit dem korrektive Maßnahmen ergriffen werden können, auszustatten. Eine Liste solcher Beispiele kann noch lange weitergeführt werden. Die bedeutende eigene menschenrechtliche Verantwortung bei so zentralen Themen wie Hungerbekämpfung wird so einzig auf ohnehin schlecht ausgestattete Regierungen im globalen Süden abgewälzt. Das ist ungenügend. ■

[9] BMZ beim Gespräch im IASS zu G8 Land Transparenz Initiative, 23. April 2013.

## Was uns nährt, was uns trägt

### Humanökologische Orientierung zur Welternährung

*Kurt Egger, Stephan Pucher (Hrsg.). oekom Verlag, München, 2012, Edition Humanökologie, Bd. 7, 311 S., ISBN 978-3-865-81319-0, 39,95 €.*

Ein erster Blick ins Inhaltsverzeichnis lässt den Leser vielleicht über Beiträge wie den zu „Schillers lyrisch-ästhetischer Suche nach der Natur“ stolpern. Hieran wird bereits deutlich, dass es sich bei diesem Buch um mehr als eine agrotechnisch-ökonomische Behandlung des Themas „Welternährung“ handelt. Die Herausgeber ergänzen vielmehr den Nahrungsbegriff im Sinne der Humanökologie, deren Forschungsgebiet die Wirkzusammenhänge und Beziehungen zwischen Gesellschaft, Mensch und Umwelt sind. Aus diesem Grund betrachten sie Ernährung neben der rein physischen Versorgung des Körpers mit Nährstoffen auch als kognitive und emotionale Nahrungsaufnahme.

Das Buch stellt Landwirtschaftsprojekte in den Tropen vor, die sich in vorbildlicher Weise um einen Einklang von physischer und kultureller Ernährung der Menschen bemühen. Aufgrund ihres tiefen Eingebundenseins in die jeweilige Kultur liefern die Projekte keine allgemeingültigen, an jeden beliebigen Ort übertragbaren „Rezepte“, können aber nichtsdestoweniger „kulturell angepasst“ überall in ähnlicher Form durchgeführt werden. Mehrere Artikel im zweiten Teil des Buches beschäftigen sich auf den ersten Blick nicht mit Welternährung, sondern behandeln Themen wie Kommunikation, den Wandel unseres Naturverständnisses, Ästhetik und Spiritualität. Sie schärfen jedoch das Bewusstsein im Hinblick auf unser Natur- und Weltverständnis.

Die Herausgeber möchten mit der ungewöhnlichen Zusammenstellung der Artikel die Leser/-innen dazu anregen, die Doppelnatur der menschlichen Ernährung zusammenzudenken und auf diese Weise vereinfachende Lösungswege aus der globalen ökologischen Krise, aber auch der Ernährungskrise, zu vermeiden. ■ za

Foto: Welthungerhilfe

# Bäuerinnen – Ernährerinnen der Welt

Caroline Dangel-Vornbäumen*

**Eine der größten Aufgaben unserer Weltgemeinschaft ist, eine Balance zu finden zwischen den Ansprüchen an die Versorgungssicherheit mit lebensnotwendigen Ressourcen und der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Umwelt, Naturschutz und vorsorgender Verbraucherschutz sind wichtige und wertvolle Güter – eine ausreichende Verfügbarkeit von Lebensmitteln hat mindestens den gleichen Wert.**

Die Landwirtschaft weltweit hat das Potenzial, für eine wachsende Weltbevölkerung ausreichend Lebensmittel ressourcenschonend zu produzieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Versorgung mit Wärme, Strom und zur Mobilität zur leisten. Hierfür bedarf es jedoch einer weltweiten Effizienzinitiative, insbesondere, damit die Potenziale des knappsten aller Faktoren, der landwirtschaftlichen Nutzfläche, ausgeschöpft werden können.

In der Entwicklungszusammenarbeit hat die Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Dass das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den rückläufigen Trend bei den Ausgaben für diesen Bereich umkehren will, ist zu begrüßen, wie auch das Vorhaben, die Programme wieder stärker auf die Kleinbäuerinnen und -bauern auszurichten.

## Rolle der Frauen in der Ernährungssicherung

Frauen haben eine Schlüsselrolle in der weltweiten Ernährungssicherung. In Entwicklungsländern wird bis zu 80 % der landwirtschaftlichen Arbeit von Frauen erbracht. Trotz ihres enormen Arbeitseinsatzes werden Frauen vielerorts aufgrund rechtlicher, ethnischer und kultureller Normen gering geschätzt und benachteiligt. 70 % der extrem armen Menschen weltweit sind Frauen. Aus diesen Gründen muss Frauenförderung integraler Bestandteil der Landwirtschaftsförderung sein.

Bereits bei der ersten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1975 hat die Politik erkannt, dass Strategien zur ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung ohne Berücksichtigung genderspezifischer Aspek-

* Caroline Dangel-Vornbäumen, Referentin für Bildung, Agrarpolitik und Hauswirtschaft, Deutscher LandFrauenverband, Deutscher Landfrauenverband (dlv), Berlin, Tel. (030) 28 44 929-21, dangel@landfrauen.info.

te nicht zum Erfolg führen können. Mit dem jüngst aufgelegten Fünfjahresprogramm der Vereinten Nationen zur Förderung der Frauen auf dem Land müssen weitere Fortschritte erzielt werden.

Die Verringerung der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern kann maßgeblich zur Lösung des Hungerproblems beitragen. Laut Report „The State of Food and Agriculture“ von 2010-2011 der Welternährungsorganisation FAO könnten die Ernteerträge in den Entwicklungsländern um 20-30 % erhöht werden, wenn Frauen die gleichen Produktionsbedingungen und Rechte hätten wie Männer. Schätzungsweise 100-150 Mio. mehr Menschen könnten vor Hunger bewahrt werden.

Mit Blick auf die Fortentwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft müssen die Bäuerinnen in den Entwicklungsländern stärker in ihrer Rollenvielfalt berücksichtigt werden. Als Familienernährerinnen, beim Garten- und Kräuteranbau sowie in der Saatgut- und Pflanzenzucht verfügen sie über Wissen, das für eine nachhaltige Landwirtschaft von besonderer Bedeutung ist und das es besser zu nutzen gilt.

Weiterhin muss die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen verbessert werden. Mehr Unterstützung von allen Seiten bei der Gründung von Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften ist notwendig. Von besonderer Bedeutung ist außerdem der Aufbau berufsständischer Vereinigungen für Bäuerinnen. Die Erfahrungen zeigen: Überall dort, wo der bäuerliche Berufsstand gut organisiert ist, ist auch die Versorgungslage der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gut.

## LandFrauen für LandFrauen – aktuelles Projekt in Mali

Seit über 30 Jahren unterstützen LandFrauen über Projekte der Deutschen Welthungerhilfe Bäuerinnen und ihre Familien in Entwicklungsländern. Dabei steht immer die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Seit 2010 fließen die Spenden der LandFrauen in ein Projekt im Süden Malis, in die Regionen Kayes, Koulikoro und Mopti.

Rund 500 ausgebildete Gesundheitsberaterinnen geben ihr erworbenes Wissen über eine bessere Ernährung ihrer Familien in den Dörfern weiter. Insbesondere die Aufklärungsarbeit über eine gesunde Kinderernährung hat messbar zu einer besseren Versorgung und Gesundheit der Kinder geführt. Im Gemüsebau haben Frauen Gartenbaugemeinschaften gegründet und so die Wasserversorgung für den Feldanbau verbessern können. Im Nachfolgeprojekt, das in diesem Jahr gestartet wurde und wieder vom BMZ gefördert wird, liegt der Schwerpunkt auf der Landbewirtschaftung. In Kayes und Koulikoro gibt es derzeit 53 Frauengruppen mit über 3 000 Mitgliedern. In allen drei Regionen sind es insgesamt 70 Gruppen.

Durch Beratung, den Einsatz von hochwertigem Saatgut und einer Ausstattung mit Geräten aus Projektmitteln gelingt es den Frauen, Überschüsse zu erzielen, die sie auf dem Markt verkaufen. Dieser wirtschaftliche Erfolg bringt ihnen in der Gemeinschaft ein hohes Ansehen.

Bildung ist ein krisenfestes Gut. Wie wichtig es ist, darauf in der Entwicklungszusammenarbeit zu setzen, zeigt ganz aktuell das Land Mali. Seit dort vor mehr als einem Jahr das Militär gegen die Regierung putschte, ist die Bevölkerung in manchen Teilen des Landes wieder auf Nothilfen angewiesen. Vieles wurde zerstört und erfordert Aufbauarbeit. Die Investitionen in Bildung und der Wissenstransfer aber bleiben, sie werden die politische Krise überdauern.

Die Regionen, in denen das Projekt der LandFrauen durchgeführt wird, sind bisher von den Unruhen nicht betroffen, daher kann es bis auf weiteres fortgeführt werden.

## Die Welt ernähren – eine herausfordernde, aber lösbare Aufgabe

Würden sich die Länder zu Good Governance bekennen, wäre sehr viel für die Menschen getan. Mit der Beendigung der Korruption und politischer Unruhen, mit staatlichen Reformen der Landbewirtschaftung und einer Zusicherung von Landnutzungsrechten könnte viel erreicht werden. Hier gilt es, internationalen Druck auszuüben und dafür Sorge zu tragen, dass Vereinbarungen wie die Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern eingehalten werden.

Die Sicherung der Welternährung ist eine Aufgabe, die lösbar ist. Der Ausbau von Forschung und Entwicklung für einen nachhaltigen Produktivitätsfortschritt, eine offene Handelspolitik und Nothilfeprogramme, die es den Armen erlauben, zumindest ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, sind Bestandteil einer erfolgreichen Ernährungssicherungsstrategie. Vor allem aber sind Rahmenbedingungen notwendig, in denen Bauern, und auch Bäuerinnen, die notwendige Freiheit zum erfolgreichen und verantwortungsvollen Wirtschaften erhalten. ■

# Wir sollten den Fleischkonsum verringern

**Prof. Dr. Harald Grethe, Institut für Agrarpolitik und Landwirtschaftliche Marktlehre der Universität Hohenheim, über positive Auswirkungen eines veränderten Ernährungsverhaltens auf die weltweite Ernährungssituation, die Verwendung von Feindbildern in der politischen Auseinandersetzung und fehlenden politischen Handlungsbedarf bei Spekulation mit Agrargütern**

*Während nahezu alle deutschen Agrarökonomen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Finanzspekulationen mit Agrarrohstoffen und Welthunger verneinen, sind die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich mit diesem Thema befassen, geschlossen gegenteiliger Meinung. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?*

**Grethe:** Aus meiner Sicht ist die Diskussion etwas weniger polarisiert. Der Zusammenhang zwischen Preisvolatilität und Welthunger ist weitgehend unstrittig. Starke Schwankungen von Nahrungsmittelpreisen sind für von Ernährungsunsicherheit bedrohte Haushalte gefährlich. Die wenigsten Agrarökonomen verneinen einen Zusammenhang zwischen Finanzspekulation und Preisvolatilität. Allerdings weist die bisherige empirische Evidenz nicht darauf hin, dass der Zusammenhang in seiner Richtung eindeutig ist und dass er in seinem Einfluss im Verhältnis zu anderen Faktoren wie Fundamentaldaten, Handelspolitiken oder Lagerbeständen bedeutend ist. Es ergibt sich somit aus Sicht der meisten Agrarökonomen kein politischer Handlungsbedarf zur Eindämmung von Spekulation.

Viele NGOs haben sich zu Beginn der Debatte sehr eindeutig positioniert. Das zeitliche Zusammentreffen der hohen Preisausschläge 2007/2008 mit der zunehmenden Aktivität von nicht-traditionellen Akteuren an den Agrarterminmärkten schien einen ursächlichen Zusammenhang nahezulegen und willkommen war sicher auch die Schuldzuweisung an Akteure in Industrieländern wie Banken. Es ist Aufgabe von entwicklungspolitischen NGOs, auf die Handlungsmöglichkeiten in Industrieländern zur Verbesserung der globalen Ernährungssicherung hinzuweisen. Weiterhin stehen NGOs unter Erfolgsdruck, um erfolgreiche Kampagnen zu gestalten und das geht, ähnlich wie in der Politik, halt besser mit zugespitzten Aussagen, insbesondere wenn sie klassische Feindbilder wie „die Spekulanten“ bedienen. Ich finde es schade, dass viele NGOs sich hier so extrem positioniert haben. In vielen anderen Bereichen sind die wissenschaftliche Evidenz und der politische Handlungsbedarf viel eindeutiger, etwa bei der Forderung eines Rück- und Umbaus der Bioenergiepolitik.

*Wie beurteilen Sie den Stand der wissenschaftlichen Forschung im Bereich „Spekulation“?*

**Grethe:** Die Forschung zu diesem Bereich ist noch recht neu. In der überwiegenden Anzahl der empirischen Arbeiten werden ökonometrische Methoden der Zeitreihenanalyse verwendet, mit denen ein ursächlicher Zusammenhang aus der zeitlichen Abfolge von Ereignissen abgeleitet wird. Diese Arbeiten kommen bisher überwiegend zu dem Schluss, dass es keinen eindeutigen kausalen Zusammenhang zwischen Spekulation und Preisvolatilität gibt. Allerdings brauchen wir weitere Forschungsarbeiten, die die Verhaltensdeterminanten und -muster von neuen Akteuren an den Warenterminmärkten untersuchen und im Rahmen von strukturellen Modellen abbilden. Denn grundsätzlich kann es natürlich so sein, dass Spekulation zur Blasenbildung und damit auch zu einer erhöhten Preisvolatilität beiträgt. Da es sich bei Agrarprodukten allerdings um sehr homogene Güter und recht transparente Märkte handelt, scheint eine ausgeprägte Blasenbildung eher unwahrscheinlich.

*In welchem Umfang gibt es einen Dialog zwischen Agrarökonomen und NGOs in diesen Fragen?*

**Grethe:** Der Dialog in diesem Bereich ist ja sehr ausgeprägt. Denken Sie etwa an den offenen Briefwechsel zwischen Markus Henn, WEED, und Ingo Pies, Universität Halle. Herr Henn hat auch auf einer Podiumsdiskussion der 52. Jahrestagung der GEWISOLA vorgetragen. Ich denke, dass es gut ist, dass dieser Dialog fortgeführt und auch auf andere Bereiche ausgedehnt und intensiviert wird. NGOs können wichtige Partner für die Wissenschaft sein, um Inhalte auch gegen bestimmte Interessengruppen in die politische und gesellschaftliche Diskussion zu bringen und sie dort zu halten.

*Was erwarten Sie konkret von den NGOs?*

**Grethe:** Nichts anderes, als von den Agrarökonomen: Wir sollten unsere intellektuelle Neugierde bewahren und nicht zu schnell meinen, dass es keine offenen Fragen mehr gibt, weil der bisherige Stand unseres Wissens gut zu unserem Weltbild passt. In Bezug auf die Spekulantendiskussion würde ich mir

von den NGOs wünschen, dass sie vorsichtiger argumentieren. Die sehr eindeutige Positionierung scheint mir eher durch das passende Feindbild und die politische Opportunität verursacht; mit der empirischen Evidenz ist sie so nicht zu begründen. Letztendlich gefährdet sie die Glaubwürdigkeit der NGOs.

*Die öffentliche Diskussion über Fragen der Welternährung wird in Deutschland sehr plakativ geführt. Warum dringen die Agrarökonomen mit differenzierten Analysen und Vorschlägen so wenig durch?*

**Grethe:** Die meisten von uns wünschen sich „einfache Lösungen“, wodurch sich häufig plakative Diskussionen ergeben, die ja keinesfalls auf das Thema Welternährung beschränkt sind und durchaus auch im wissenschaftlichen Bereich geführt werden. Die Sicherung der Welternährung ist auch ein technisch besonders komplexes Thema, bei dem es nicht leicht ist, die Zusammenhänge zu überblicken. Außerdem ist es natürlich ein Thema, welches an unser moralisches Empfinden rührt: Es ist ein Skandal, dass wir im 21. Jahrhundert noch immer etwa 800 Millionen Hungernde haben. Und es ist eine unangenehme Wahrheit, dass wir auf vielen Ebenen, in Entwicklungs- wie in Industrieländern, viel zu wenig tun, um diesen Missstand endlich zu beenden. Das daraus zu Recht resultierende „schlechte Gewissen“ macht natürlich einfache Schuldzuweisungen an „die Spekulanten“, „die Politik“ oder „die Händler“ besonders attraktiv.

*Was muss „Ihre Zunft“ tun, damit sich das ändert?*

**Grethe:** Wir müssen stärker an der gesellschaftlichen und politischen Diskussion um die Sicherung der Welternährung teilnehmen und dabei nicht nur unsere wissenschaftlichen Spezialgebiete in der Forschung vertreten, sondern auch den Stand der Forschung in der Breite. Vor dem Hintergrund des Anreizsystems in der Wissenschaft, welches zu einer starken Spezialisierung einlädt, wird das immer weniger selbstverständlich. Außerdem müssen wir den Mut haben, nicht nur auf die Komplexität der Welt und den weiteren Forschungsbedarf hinzuweisen, sondern an vielen Stellen, an denen das ja durchaus möglich ist, den konkreten Handlungsbedarf benennen, auch wenn das nicht immer bei allen auf Dankbarkeit stößt. Schließlich sollten wir nicht nur feststellen, was man aus wissenschaftlicher Sicht tun sollte, sondern auch die konkreten Widerstände, an denen die Umsetzung häufig scheitert, untersuchen und benennen. Wenn wir das nicht tun, wird der Hinweis auf den Handlungsbedarf schnell naiv.

Foto: privat

Prof. Dr. Harald Grethe ist seit Oktober 2010 Direktor des Instituts für Agrarpolitik und Landwirtschaftliche Marktlehre der Universität Hohenheim. Der 48-jährige gebürtige Niedersachse hat in Göttingen Agrarwissenschaften studiert und bei Prof. Stefan Tangermann promoviert. Seit 2012 ist Grethe Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik vom Bundeslandwirtschaftsministerium.

*Kann die Agrarerzeugung in Deutschland und Europa zur Verbesserung der globalen Ernährungssituation beitragen? Wenn ja, wie und in welchem Umfang?*

**Grethe:** Das globale Agrarpreisniveau hat sich in den letzten Jahren deutlich nach oben verschoben; Biomasse ist knapp. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Insbesondere das hohe Energiepreisniveau und die zunehmenden technologischen Möglichkeiten, Biomasse in Energie und Materialien umzuwandeln, tragen hierzu bei. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, zur Entspannung der globalen Biomassebilanz beizutragen. Die Steigerung der globalen Agrarproduktivität, auch in Deutschland und Europa, spielt hierbei eine wichtige Rolle. Besonders wichtig ist eine Steigerung der Agrarproduktivität allerdings in Regionen mit gefährdeter Ernährungssicherheit, denn dort erhöht sie nicht nur die Verfügbarkeit von Biomasse, sondern auch das Einkommen aus der Agrarproduktion. Eine weitere Möglichkeit zur Entspannung der globalen Biomassebilanz sind nachhaltigere Konsummuster, z. B.

durch einen lange überfälligen Ausstieg aus der Förderung von Biokraftstoffen aus Ackerbauprodukten sowie eine Verringerung des Fleischkonsums und der Nahrungsmittelabfälle. Allerdings ist eine gute globale Verfügbarkeit von Biomasse nur ein Baustein für die Verbesserung der Welternährung: Der Zugang zu Nahrung wird häufig durch die Kaufkraft beschränkt. Armut ist die hauptsächliche Ursache von Hunger und Armutsbekämpfung insofern die wirksamste Hungerbekämpfung.

*Beeinflusst das Konsumverhalten in Deutschland und den Industrieländern die globale Ernährungssicherheit?*

**Grethe:** Ja, denn eine starke Nachfrage nach Biomasse in Industrieländern erhöht das globale Agrarpreisniveau. Dies ist vor dem Hintergrund der angespannten globalen Biomassebilanz kritisch zu beurteilen. Insofern kann ein ressourcenschonendes Konsumverhalten in den Industrieländern zu niedrigeren Preisen und damit einer besseren globalen Verfügbarkeit von Biomasse beitragen.

*Sie sind in einem Forschungsvorhaben zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Reduzierung des Fleischkonsums in den OECD-Ländern weniger Einfluss auf die weltweite Ernährungssituation hätte als in der derzeitigen öffentlichen Diskussion vermutet wird. Sind Forderungen nach einer Verminderung des Fleischkonsums dennoch gerechtfertigt?*

**Grethe:** Ja. Wir haben gemeinsam mit einem Forscherteam des Lehrstuhls Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte der Universität Göttingen untersucht, welche Bevölkerungsgruppen bereit sein könnten, ihren Fleischkonsum einzuschränken, welche weiteren Änderungen im Ernährungsverhalten das nach sich ziehen würde und wie sich diese Änderungen auf das globale Agrarpreisniveau und den Nahrungsmittelkonsum in Entwicklungsländern auswirken würde. Bei einem Rückgang des Fleischkonsums in den Industrieländern um 20 % ergäben sich z. B. globale Preisrückgänge für Fleisch von etwa 9 % und für Getreide von bis zu 3 %. Diese Zahlen sind in der Presse gelegentlich so interpretiert worden, als hätte eine Verringerung des Fleischkonsums „kaum Auswirkungen“ auf die Welternährungssituation, was das Autorenteam der Studie bedauert. Eine Verringerung des Fleischkonsums kann durchaus zu einer deutlichen Entspannung der globalen Biomassebilanz beitragen. Allerdings bewegen sich die Effekte in einer Größenordnung, aus der auch hervorgeht, dass eine solche Konsumänderung nur ein Baustein unter vielen zur Verbesserung der Welternährung sein kann.

*Welche weiteren Effekte hätte eine Reduzierung des Fleischkonsums in den Industrieländern?*

**Grethe:** Eine Verringerung des Fleischkonsums ginge auch mit positiven Gesundheitswirkungen einher. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt eine Obergrenze für den Fleischkonsum von 300-600 g pro Woche. Weite Teile der Bevölkerung liegen deutlich oberhalb dieser Empfehlung. Außerdem ist die Fleischproduktion v. a. aufgrund des hohen Futteranspruchs und der damit verbundenen Flächennutzung relativ ressourcenintensiv. Eine Verringerung des Fleischkonsums würde deshalb auch zu einer geringeren Umwelt- und Ressourcenbelastung führen.

*Sollte die Politik den Fleischkonsum in den Industrieländern versuchen zu steuern? Wenn ja, wie?*

**Grethe:** Ja, die Politik sollte darauf hinwirken, den Fleischkonsum zu verringern. Das ist allerdings keine einfache Aufgabe. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln insgesamt und auch nach Fleisch ist in Industrieländern bei hohem Einkommensniveau recht preisunelastisch. Das heißt, dass moderate Steuersätze eher geringe Effekte hätten. Trotzdem könnten von einer solchen Steuererhöhung wichtige Signalwirkungen ausgehen. Der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik hat deshalb in seinem letzten Gutachten zur Ernährungssicherung vorgeschlagen, den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Nahrungsmittel auf das allgemeine Niveau anzuheben.

Eine viel wichtigere Rolle dürften allerdings Informationskampagnen und die resultierenden langfristigen Änderungen des Ernährungsverhaltens spielen. Aber solche Informationskampagnen müssten recht komplexe Botschaften enthalten. Anders als z. B. bei den politischen Maßnahmen zur Verringerung des Rauchens soll ja nicht der Fleischkonsum an sich in ein negatives Licht gerückt werden. Die Botschaft müsste also sein: „Fleisch ist ein gutes und gesundes Nahrungsmittel, esst Fleisch, aber esst weniger davon“. Die politische Bereitschaft, dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung zu setzen und die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen, ist bisher allerdings leider sehr gering.

*Sie haben unlängst auf die Vorbildwirkung der Industrieländer hingewiesen und intensivere politische Anstrengungen sowie Forschung für einen nachhaltigen Konsum angemahnt. Welche Anforderungen muss ein „nachhaltiger Konsum“ im Hinblick auf die Welternährung erfüllen?*

**Grethe:** Konsumstile in Industrieländern haben häufig Vorbildcharakter, denn aufgrund moderner Kommunikationstechnologien sind sie weltweit sichtbar. Insofern sind unsere Konsummuster nicht nur aufgrund ihrer direkten Wirkung auf den Ressourcenverbrauch relevant, sondern auch aufgrund dieser Signalwirkung. Ein nachhaltiger Konsum sollte die eigene Ressourcenbilanz auch im Hinblick auf den weltweiten Vergleich im Auge haben. Wir haben in vielen Regionen der Welt ein bedeutendes Einkommenswachstum und beobachten damit einhergehende Änderungen von Konsummustern, z. B. die Zunahme des Anteils tierischer Produkte in der menschlichen Ernährung. Eine weltweite Angleichung auf dem heutigen Niveau der Industrieländer hätte allerdings einen erheblichen Druck auf die natürlichen Ressourcen zur Folge: Die Weltfleischerzeugung müsste verdoppelt werden. Um eine Angleichung des globalen Einkommensniveaus, die ja aus Gründen der Gerechtigkeit wünschenswert wäre, nachhaltig sein zu lassen, muss also unser eigener Fleischkonsum verringert werden.

*Was sind aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten Voraussetzungen, die mit wachsender Weltbevölkerung steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu befriedigen?*

**Grethe:** Erstens verstärkte Anstrengungen zur Armutsbekämpfung. Politisch häufig unstrittig sind Maßnahmen, die über ein allgemeines Wirtschaftswachstum und sog. Trickle-Down-Effekte wirken. Allerdings sollten für die dringend notwendige Beschleunigung der Verringerung von Armut auch vermehrt Maßnahmen einbezogen werden, die eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen sowohl innerhalb von Nationalstaaten wie auch zwischen Nationalstaaten beinhalten. Zweitens eine Erhöhung der Agrarproduktivität in Entwicklungsländern und dort insbesondere in kleinbäuerlichen Systemen, in denen ein Großteil der ernährungsunsicheren Bevölkerung lebt. Und drittens eine Entspannung der globalen Biomassebilanz. Dazu gehören z. B. eine Erhöhung der globalen Agrarproduktivität, ein Ausstieg aus der Förderung von Flüssigkraftstoffen aus Ackerbauprodukten und eine Verringerung von Nahrungsmittelverlusten sowie des Fleischkonsums in Industrieländern. ■ Rainer Münch

# Warenterminbörsen als Instrument des Risikomanagements bei Agrarprodukten

Dr. Volker J. Petersen*

**Die Rahmenbedingungen auf den Agrarmärkten der EU haben sich für die Unternehmen der Agrarwirtschaft in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. In der Vergangenheit gab es in der EU kaum Preisschwankungen, auch auf den internationalen Agrarmärkten kam es nur selten zu größeren Ausschlägen. Die Preise schwankten um den längerfristigen, eher nach unten gerichteten Trend. Gute Ernten wurden zur Lageraufstockung genutzt, die beim Auftreten von Missernten den Preisauftrieb bremsten. Mit Beginn des neuen Jahrtausends ist der mehr als einhundert Jahre andauernde Trend sinkender Agrarpreise offenkundig zu Ende gegangen.**

Der Preistrend auf den Agrarmärkten zeigt seitdem nach oben. Der Grund dafür sind nicht, wie verbreitet behauptet wird, die Spekulation mit Agrarrohstoffen, sondern die grundlegenden Veränderungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Allein in den zurückliegenden elf Jahren hat die Weltgetreideernte den Weltverbrauch nur in vier Jahren leicht übertroffen, in sieben Jahren blieb sie darunter. Dazu hat ein ganzes Bündel von Faktoren

Foto: © Monkey Business Fotolia.com

wie Bevölkerungswachstum, veränderte Verbrauchsgewohnheiten (mehr Fleisch) in Schwellenländern mit steigenden Einkommen und eine zunehmende Biokraftstoffproduktion beigetragen. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Agrarpreise mit Blick auf die begrenzten Ressourcen tendenziell hoch bleiben bzw. eher steigen werden. Begleitet wird diese Entwicklung durch zunehmende Preisvolatilitäten an den Agrarmärkten.

* Dr. Volker J. Petersen, Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin, zuständig für Political Affairs, Genossenschaften, petersen@drv.raiffeisen.de

Agrarmärkte tendieren von jeher – ohne staatliche Eingriffe – wegen der besonderen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen zu erheblichen Instabilitäten. Die jahrzehntelange Marktordnungspolitik der EU hat bei den Marktbeteiligten das Wissen um und die Erfahrungen im Umgang mit solchen Instabilitäten verkümmern lassen.

Für die Preisschwankungen auf den Agrarmärkten gibt es vielfältige Ursachen:

## Produktion unter Natureinfluss

Das Angebot hängt sehr stark von Variablen ab, die schwer vorherzusagen oder zu kontrollieren sind. Das gilt z. B. für das Wetter oder das Auftreten von Pflanzen- und Tierkrankheiten. Diese Faktoren können das Angebot in beide Richtungen kurzfristig und unvorhersehbar erheblich verändern. Der Klimawandel wird diese natürlichen Einflussfaktoren verstärken, auch in ihrer Unkalkulierbarkeit, weil er in vielen Teilen der Welt häufiger zu extremen Wetterereignissen führen wird. Hinzu kommen zyklische und saisonale Mengen- und Preiseffekte, die die Marktdaten ebenfalls nachhaltig beeinflussen können.

Die voranschreitende weltweite Liberalisierung der Agrarmärkte kann zu einem gewissen Ausgleich führen. Schlechte Produktionsbedingungen in einer Weltregion werden häufig durch gute in anderen Regionen ausgeglichen.

## Geringe Preiselastizitäten auf den Agrarmärkten

Ein weiteres Spezifikum der Agrarmärkte sind die geringen Preiselastizitäten. Kleine Schwankungen von Angebot oder Nachfrage haben starke Preisänderungen zur Folge. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Mengenänderungen nicht durch Lagerhaltung ausgeglichen werden können. Aktuell werden die Folgen preisunelastischer Nachfrage durch die zahlreichen Förderprogramme für Erneuerbare Energien aus Biomasse verstärkt; diese Nachfrage reagiert wenig oder kaum auf Preisänderungen und verstärkt so das jeweilige Auf oder Ab.

## Zunehmende Verflechtung mit den Energie- und Finanzmärkten

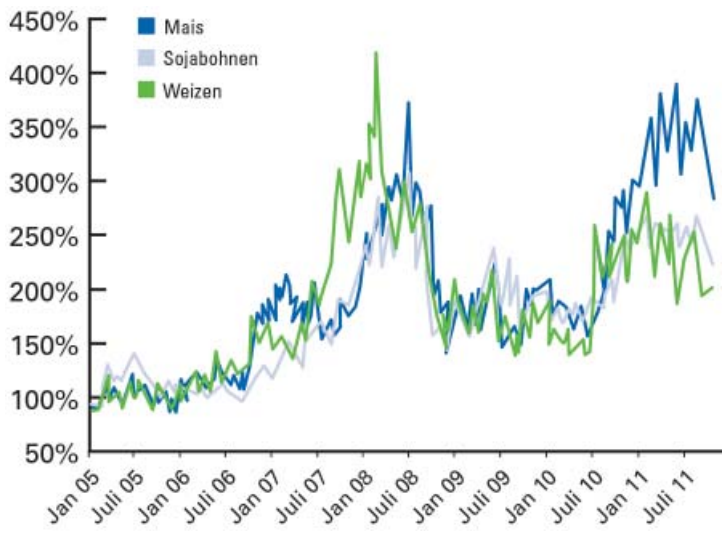
Parallel zur Liberalisierung hat die Verflechtung der Agrarmärkte mit dem Energie- und dem Finanzmarkt enorm zugenommen. Unwägbarkeiten und Ausschläge auf diesen Märkten wirken sich immer stärker auf die Agrarmärkte aus. Diese Interdependenzen haben ganz unterschiedliche Ursachen. Agrarrohstoffe entwickeln sich immer weiter zu Substituten für fossile Rohstoffe, vor allem im Energiebereich. Die Endlichkeit der fossilen Rohstoffquellen tritt immer deutlicher zu Tage, verbunden mit einem kontinuierlichen Preisanstieg, der durch den Energiehunger bevölkerungsreicher Schwellenländer zusätzlich getrieben wird. Darüber hinaus beeinflusst der Energiepreis direkt die Kosten der Agrarproduktion (Betriebsmittel, Transport). Da der Preis für Energie im Zeitablauf seinerseits stark schwankt, ergibt sich hier eine weitere Ursache von starken Ausschlägen der Agrarpreise.

## Politik hat sich aus der Verantwortung für die Märkte zurückgezogen

In den vergangenen fünf Jahren ist deutlich geworden, wie unmittelbar und ungeschützt die EU-Agrarmärkte den auf den Weltmärkten wirksamen Kräften ausgesetzt sind. Die Politik hat kaum noch Instrumente in der Hand, um die großen Preisschwankungen, die von den Weltmärkten kommen, zu kontrollieren oder zu dämpfen. Preisentwicklungen sind kaum mehr prognostizierbar. Für die Unternehmen bedeutet das rasant steigende Risiken im Geschäft mit Agrarrohstoffen und Lebensmitteln.

Nachdem die EU-Marktordnungen als Agrarpreis bestimmender Faktor ausgeschieden sind, kommt neben den Kassa- auch den Terminmärkten für die Preisfindung

**Abbildung: Preisentwicklung von Mais/Sojabohnen/Weizen**




Quelle: Bloomberg, DZ BANK

Foto: DRV

eine wachsende Bedeutung zu, weil die Unternehmen immer stärker darauf angewiesen sind, ihre Preisrisiken abzusichern. Das tun sie vornehmlich mit den klassischen Terminkontrakten, die an Warenterminbörsen gehandelt werden.

## Warentermingeschäfte auf Agrarmärkten – Risikomanagement oder gewissenlose Spekulation?

Die agrarpolitische Diskussion wird aktuell durch die öffentliche Auseinandersetzung über Ursachen und Wirkungen der Preisschwankungen auf den Agrarmärkten bestimmt. Die Analyse des DRV ist eindeutig: Nach dem Wegfall der preisstabilisierenden Instrumente der EU-Agrarpolitik schlagen fundamental, also durch Klima, Witterung, Krankheiten etc. bedingte Angebots- und Nachfrageschwankungen auf die Preise durch. Die Warenterminbörsen sind nicht die Ursache von Preisschwankungen, sondern ein Instrument zur Absicherung dagegen. Sie sind heute in der EU ein unverzichtbares Instrument des Risikomanagements.

Dieses wird von den Kritikern der Spekulation auch eingeräumt. Dieses Instrument funktioniert aber nur, wenn Spekulanten mit ihrem finanziellen Einsatz in Futures-Kontrakte investieren. Denn als Exklusivveranstaltung von Händlern und Verarbeitern funktioniert die Warenterminbörse nicht. Hier wird kein Gramm Ware bewegt, sondern Meinungen über die künftige Entwicklung der Preise, die nach oben und nach unten gehen können. Das ist keine Einbahnstraße. Und diese Meinungen werden durch Informationen über reale Entwicklungen wie Ernteaussichten, Wetter etc. geprägt.

Die EU ist nach wie vor damit beschäftigt, nach der großen Finanzkrise 2007/2008 eine neue Architektur für die Regulierung der Finanzmärkte aufzubauen. Es war nicht unbedingt zu erwarten, dass auch die Agrarmärkte von diesen Regulierungsmaßnahmen erfasst werden. Aber die Diskussion über die Preisschwankungen hat das Interesse der Politik auf die Warenterminbörsen gelenkt. Dabei hat sie sich den Spekulationskritikern zugeneigt. Sie sah sich mit der Forderung konfrontiert, den Warenterminbörsen stärkere Bandagen anzulegen.

Von den Agrarterminbörsen in der EU gehen aber keine systemischen Risiken aus. Deshalb tritt der DRV dafür ein, die am Beginn ihrer Entwicklung stehenden Terminbörsen in der EU nicht im Keime zu ersticken.

## Für mehr Transparenz

Die EU-Kommission schlägt zwei Maßnahmen vor: Erhöhung der Transparenz und Einführung von Positionsobergrenzen an Warenterminbörsen. Der DRV befürwortet Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz. Dies kann durch ein intensiviertes Reporting über die an den Börsen eingegangenen Positionen erreicht werden. Damit erhalten die Aufsichtsbehörden einen besseren Überblick über die Akteure. Dieser Ansatz sollte zunächst praktiziert und nach einer angemessenen Frist bewertet werden. Sollte sich zeigen, dass es an den Agrarterminbörsen in der EU zu Fehlentwicklungen, Preisverzerrungen o. ä. kommt, erst dann sollten weitergehende Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

Inzwischen befürworten Europäisches Parlament und Ministerrat die Einführung von Positionslimits. Diese dürfen nicht zu restriktiv ausgestaltet werden; sonst besteht die Gefahr, dass die Preisabsicherung durch zu wenig Liquidität an den Börsen gefährdet wird. ■

# Mit Essen spielt man nicht

David Hachfeld*

**Seit einigen Jahren gleicht der Weltmarkt für Agrarrohstoffe einer Achterbahn. 2008, 2011 und 2012 jagte eine Preisspitze die andere, binnen Monaten haben sich die Kurse von Weizen und Mais verdreifacht, jeweils gefolgt von massiven Einbrüchen. Die Folgen spüren vor allem Arme: Familien in Entwicklungsländern geben oft mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Explodieren die Preise, wächst der Hunger. Besonders Frauen und Kinder leiden. Betroffen sind auch Kleinbauern, denn langfristige Investitionen werden durch stark schwankende Absatzpreise zum unkalkulierbaren Risiko.**

Hohe und stark schwankende Preise haben viele Ursachen. Missernten, Klimawandel, wachsender Fleischkonsum, Biospritförderung und andere Faktoren beeinflussen Angebot und Nachfrage und damit die Preise. Doch die Preis-Rallye der letzten Jahre lässt sich nicht allein aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage erklären. Viele Experten und Organisationen wie die Welternährungsorganisationen schreiben der Zunahme von spekulativen Geschäften eine Mitverantwortung zu.

Über Jahrzehnte hinweg wurden die Agrarterminbörsen vor allem von realen Händlern von Nahrungsmitteln zur Absicherung gegen Preisschwankungen genutzt. Heute hingegen werden mehr als zwei Drittel der Weizenkontrakte an der Chicagoer Börse von Spekulanten gehalten. Das Volumen der Weizen-Kontrakte, die an den US-Terminbörsen gehandelt werden, ist 70-mal größer als die gesamte US-Ernte. Zwei Gründe für diese Entwicklung sind die Deregulierung der Börsen seit 2000 und der massive Zustrom von spekulativem Kapital. Zwischen 2003 und 2011 stieg das Anlagevolumen in Agrarrohstofffonds von neun auf 99 Mrd. USD.

Die Dominanz von Spekulanten ist besonders problematisch, weil sich viele von ihnen bei ihren Geschäften nicht an Marktdaten, sondern an marktfremden Impulsen oder am Verhalten anderer Händler orientieren. Die Preissignale der Terminmärkte haben immer weniger mit dem Geschehen auf den realen Märkten zu tun. Es kommt zur vermehrten Blasenbildung. Anders als oft behauptet wird, versorgt diese Form der Spekulation die Landwirtschaft auch nicht mit neuem Investitionskapital. Stattdessen treibt sie, als Folge der zunehmenden Schwankungen, die Kosten für Absicherungsgeschäfte in die Höhe.

## Einnahmen auch aus der Verwaltung von Agrarrohstofffonds

Während Investoren, die ihr Geld in Rohstofffonds stecken, erhebliche Risiken eingehen und nicht selten auch deutliche Verluste abschreiben müssen, befinden sich Banken und Fondsgesellschaften in einer komfortableren Situation. Als Anbieter und Verwalter von Rohstofffonds bringen sie meist kein oder nur wenig eigenes Kapital in einen Rohstofffonds ein. Deshalb hängen ihre Einnahmen weniger von den Preisentwicklungen ab, sondern speisen sich vor allem aus den Verwaltungsgebühren der Fonds. Wenn die Fondsgesellschaften mit Depotbanken und Anlageberatern zusammenarbeiten, die zur selben Konzerngruppe gehören, können sie außerdem noch mit Einnahmen aus Depotbank- und Beratungsgebühren rechnen.

Diese Gebühren fallen immer an, egal ob die Preise steigen oder fallen. Sie werden in den Bilanzen der Fonds als Geschäftsausgaben ausgewiesen und letztendlich von den Investoren bezahlt. Die Höhe dieser Gebühren liegt bei ca. 0,5 bis 2 % pro Jahr, bezogen auf das Volumen des von Investoren angelegten Kapitals. Die Sätze klingen niedrig, doch angesichts der Größe der Fonds kommen beachtliche Summen zusammen: 2012 haben die deutschen Finanzinstitute, die Nahrungsmittelrohstofffonds anbieten, mindestens 116 Mio. € durch verschiedene Formen von Verwaltungsgebühren eingenommen.

Die höchsten Einnahmen erzielte dabei mit mindestens 62 Mio. € die Allianz. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die zum Konzern gehörende Investmentgesellschaft PIMCO, die einen der weltweit größten Rohstofffonds verwaltet: Der PIMCO Commodity Real Return Strategy Fund hatte 2012 ein Gesamtvolumen von 16,31 Mrd. €. Die Deutsche Bank verwaltet mindestens 34 Investmentfonds, die Agrarrohstoffderivate halten. Organisiert sind sie über mehrere Tochtergesellschaften, u. a. die DWS und das Bankhaus Sal. Oppenheim. Darunter befindet sich auch der größte Fonds, der ausschließlich auf Agrarrohstoffe setzt: der PowerShares DB Agriculture Fund. Die Einnahmen aus der Verwaltung dieser Fonds beliefen sich 2012 auf mindestens 40,84 Mio. €. Die Fondsgesellschaften der

* David Hachfeld, Oxfam Deutschland, Referent für Handelspolitik, dhachfeld@oxfam.de, www.oxfam.de

anderen deutschen Finanzinstitute nahmen 2012 zusammen 13,49 Mio. € aus der Verwaltung der Anlagen ein.

### Positionslimits sollen Akteure und Preise regulieren

Wenn Menschen infolge künstlicher Preissprünge hungern, wird ihr fundamentales Menschenrecht auf Nahrung verletzt. Angesichts der vielen fundierten Hinweise darauf, dass spekulative Anlagen in Agrarrohstoffen problematische Auswirkungen auf die Preisentwicklung von Nahrungsmitteln haben können, sollte ein verantwortungsvolles Finanzinstitut das Vorsorgeprinzip ernst nehmen und auf das Anbieten eben dieser Produkte verzichten. Oxfam fordert die deutschen Banken und Versicherungen auf, einen Ausstieg aus der Spekulation mit Nahrungsmitteln zu beschließen und schnellstmöglich umzusetzen. Agrarrohstoffe sollten in keinem Investmentfonds enthalten sein.

Foto: © argum/Oxfam Deutschland

Hungerroulette: Oxfam protestiert gegen das riskante Wetten deutscher Finanzinstitute auf die Preise von Agrarrohstoffen wie Mais und Weizen. Dieses Roulette-Spiel verstärkt das weltweite Hungerrisiko.

Doch die Vehemenz und Kompromisslosigkeit, mit denen die Allianz und die Deutsche Bank als Schwergewichte im deutschen Markt an dem Geschäft mit der Nahrungsmittelspekulation festhalten, machen deutlich, dass auch auf politischer Ebene gehandelt werden muss. Sowohl in den USA als auch in der EU wird derzeit, ausgelöst durch die Fehlentwicklungen auf den Terminmärkten in den letzten Jahren, über die Einführung von Positionslimits diskutiert. Diese würden Obergrenzen für den Wert der von Händlern gehaltenen Rohstoffderivate festsetzen. Allianz und Deutsche Bank sperren sich jedoch gegen diese Bestrebungen. In den Augen der Deutschen Bank würden solche Obergrenzen „die Fähigkeit der Banken einschränken, auf die Bedürfnisse ihrer Kunden zugeschnittene Geschäfte anzubieten“, sie seien daher „kritisch zu sehen“. Angesichts der Probleme von Menschen in armen Ländern, die sich bei Preisexplosionen ihr Essen nicht mehr leisten können, sollten die Interessen der Anlagekunden der Konzerne allerdings nachrangig sein. Positionslimits würden tatsächlich bestimmte Geschäfte einschränken. Doch sie sind keineswegs ein neues Instrument. Vielmehr waren die Terminmärkte in den USA über viele Jahrzehnte mittels Positionslimits reguliert, ohne dass dies erkennbare Probleme für das ordentliche Funktionieren der Märkte dargestellt hätte.

Erst seit der Jahrtausendwende wurden diese Positionslimits aufgeweicht und durch umfangreiche Ausnahmen ausgehöhlt – mit der Folge, dass Finanzspekulanten die Märkte dominieren konnten und die Preisvolatilität bis dahin unbekannte Ausmaße annahm. Heute geht es um die Korrektur dieser Fehlentwicklung. Auch mit Positionslimits könnten Banken und Finanzdienstleister ihren Kunden noch verschiedenste Geschäfte anbieten – nur eben nicht in einem Umfang, der das Verhältnis der Akteure an den Märkten aus dem Gleichgewicht bringt.

Oxfam fordert die Bundesregierung, die EU und die G20-Staaten auf, mit effektiven Gesetzen und starken Aufsichtsbehörden gegen Exzesse auf den Agrar-Terminmärkten sowohl präventiv als auch reaktiv vorzugehen. So könnten diese Märkte auch ihre Kernfunktionen der Absicherung und Preisfindung wieder erfüllen. Dafür sind Positionslimits, Berichtspflichten für Händler und eine Einschränkung des Handels mit fragwürdigen Finanzprodukten nötig.

Auch Bürgerinnen und Bürger müssen der Nahrungsmittelspekulation nicht tatenlos zusehen. Sie können Aktionen und Kampagnen unterstützen, damit Banken, Versicherungen und Pensionsfonds ihr Rohstoff-Portfolio auf den Prüfstand stellen und zurückfahren (www.oxfam.de/gegenspekulation). Kundinnen und Kunden von Banken, Fonds und Versicherungen sollten sich über die mögliche Beteiligung ihrer Finanzinstitute an fragwürdigen Spekulationsgeschäften erkundigen, von ihren Kundenbetreuer/-innen Aufklärung über Anlagestrategien und Versicherungsrücklagen einfordern und gegebenenfalls den Wechsel zu einem anderen Anbieter prüfen. ■

# BDL-Positionspapier zur globalen Ernährungssituation

Im Mai hat der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) ein Positionspapier beschlossen, in dem er Strukturen fordert, die es möglich machen, Hunger zu bekämpfen und allen Menschen einen gesicherten Zugang zu Nahrung erlauben. Überzeugt ist der BDL davon, dass dies nicht durch von oben diktierte Lösungen erfolgen kann, da sich die Situationen in den betroffenen Regionen sowohl voneinander als auch von denen in Deutschland und der EU zu sehr unterscheiden. Lt. BDL müssen vier Voraussetzungen in von Hunger betroffenen Regionen erfüllt sind, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen:

1. Politiker in den betroffenen Staaten und in den Industrieländern werden aufgefordert, politische und rechtsstaatliche Stabilität, insbesondere geklärte Eigentumsverhältnisse von Grund und Boden zu schaffen sowie die Korruption zu bekämpfen.
2. Zwingend notwendig ist eine allgemeine, fachspezifische und politische Bildung, insbesondere von bzw. für Frauen in ländlichen Regionen, da ihr Bildungsstand das Hungerniveau maßgeblich beeinflusst.
3. Landwirte/-innen in den betroffenen Regionen müssen einen verbesserten Zugang zu Technik und technischem Know-how – neben Landtechnik zu regional angepassten Pflanzenzüchtungen und Nutztierrassen sowie Nutztierhaltungsformen erhalten.
4. Die Infrastruktur muss soweit ausgebaut werden, dass sie einen gesicherten Zugang zu den Märkten gewährleistet. Durch die Bildung von Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften können Landwirte/-innen ihre Marktmacht verbessern. Hier soll Entwicklungshilfe darauf abzielen, Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern. Die partielle und temporäre Abschottung vom Weltmarkt durch ein Importverbot ist zu akzeptieren.

Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema sei Magdalena Zelder, BDL-Bundesvorsitzende, zufolge eine Frage der Solidarität unter Landwirten gewesen. Sie habe viele sensibilisiert und Denkprozesse angestoßen, die langfristig Veränderungen bewirken könnten. ■ fa

**Rentenbank:**

# Welthandel sichert Versorgung mit Nahrungsmitteln

Die Ergebnisse der von der Edmund Rehwinkel-Stiftung der Landwirtschaftlichen Rentenbank geförderten Studien zum Thema „Sicherung der Welternährung bei knappen Ressourcen“ liegen in Band 29 der „Schriftenreihe der Rentenbank“ vor. Sie zeigen u. a., wie wichtig globales wirtschaftliches und vor allem landwirtschaftliches Wachstum für die Verbesserung der Ernährungssituation in der Welt sind. Berechnungen zufolge dürfte die globale Nahrungsmittelproduktion zwischen 2004 und 2020 rechnerisch um etwa 2,1 % pro Jahr ansteigen. Allerdings sind die Produktionskapazitäten und die natürlichen Ressourcen weltweit unterschiedlich verteilt. Nicht zuletzt deshalb bestehen in einigen Regionen zumindest temporäre Lücken zwischen Nahrungsmittelangebot und -nachfrage. Ein ganz wesentlicher Faktor für die Sicherung der Welternährung sei der internationale Handel, so Dr. Horst Reinhardt, Vorstandsvorsitzender der Edmund Rehwinkel-Stiftung und Sprecher des Vorstands der Rentenbank. Dieser ermögliche es, die Nahrungsmittel aus Regionen mit reicher Produktion in solche mit geringem Angebot fließen zu lassen. Darüber hinaus gebe es interessante regionale produktionstechnische Ansätze, die geeignet seien, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu verbessern.

Die Studien wurden von Professorin Brockmeier und ihren Mitarbeitern von der Universität Hohenheim, Professor Abdulai und Jan Dithmer von der Universität Kiel, Professor Grethe von der Universität Hohenheim und seinen Kollegen, Professor von Cramon-Taubadel von der Universität Göttingen und seinem Team sowie Professor Fock und Professor Fuchs von der Hochschule Neubrandenburg erstellt. ■

Interessenten erhalten den Band 29 der „Schriftenreihe der Rentenbank“ kostenlos unter Tel. (069) 21 07 363, Fax -6447 oder über das Online-Bestellformular unter http://www.rentenbank.de/cms/ziel/262648/DE/Bestellformular.html

## Wir lassen sie verhungern – die Massenvernichtung in der Dritten Welt

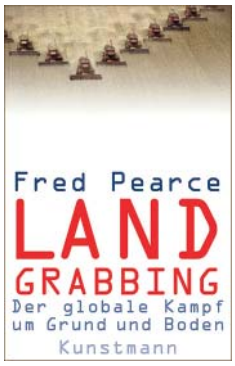
*Jean Ziegler. Aus dem Französischen von Hainer Kober, C. Bertelsmann Verlag, München 2012, 320 S., ISBN 978-3-570-10126-1, 19,99 €.*

Jean Ziegler zieht mit seinem Buch ein wütendes Fazit aus seinen Erfahrungen als erster Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung (2000-2008). Obwohl der World Food Report der UNO besagt, dass die Weltlandwirtschaft heute ohne Probleme 12 Mrd. Menschen ernähren könnte, sterben dennoch pro Tag 57 000 Menschen an Hunger. Schon der Titel des Buches macht es deutlich: Hunger wird von Menschen gemacht und fußt auf bewussten Entscheidungen (oder ihrem Fehlen): ein Wirtschaftssystem, das auf Profitmaximierung arbeitet, Dumpingpreise für europäische Agrarprodukte auf afrikanischen Märkten, die Überschuldung der Entwicklungsländer, Landraub und Agrarspekulation. Nur zehn Konzerne kontrollieren 85 % der weltweit gehandelten Nahrungsmittel und entscheiden damit über Leben und Tod.

Das Buch folgt in seinem Aufbau der Büchse der Pandora. Zuerst kommen die Plagen und Übel, legt der Autor die Strukturen offen und benennt „die Halunken“.

Und ganz unten – auf zehn Seiten – folgt die Hoffnung. Hier setzt Ziegler auf die Zivilgesellschaft, in deren Macht es liegt, die Regierungen zur Abschaffung der Exportsubventionen, zur Totalentschuldung, zum Verbot von Agrarrohstoffspekulationen zu zwingen. Einen weiteren Hoffnungsschimmer sieht er im erwachenden Widerstand der betroffenen Landbevölkerung u. a. in Gestalt transnationaler Bauerngewerkschaften. ■ za

## Landgrabbing – der globale Kampf um Grund und Boden



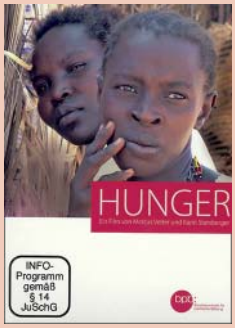

*Fred Pearce, Verlag Antje Kunstmann, München 2012, 397 S. ISBN 978-3-88897-783-1, 22,95 €.*

Rund um den Globus reiste der britische Wissenschaftsjournalist Fred Pearce, um mit Investoren, Agrarmanagern, Landarbeitern und Kleinbauern über Ursachen und Wirkungen des weltweiten Kampfes um Agrarflächen zu reden.

So unterschiedlich die meist ausländischen Käufer oder Pächter – private Investoren, Industrie- und Staatskonzerne – sind, so unterschiedlich sind die Motive der Landnahme: Schutz vor Inflation, Spekulation, Anbau von Industrie-Rohstoffen und Ernährungssicherung für die Bevölkerung anderer Länder. Für die ansässigen Menschen und die Umwelt sind die Folgen der neuen industrialisierten Landwirtschaft meist gravierend. Pearce stellt die Fallbeispiele aus mehr als 20 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in einen geschichtlichen Kontext und beschreibt auch die politischen Folgen, die der Verkauf von meist nur vermeintlich ungenutztem Boden haben kann: So hätten sich einige Tuareg im Niger und in Mali nach dem Verlust von Weidegründen der Al Qaida angeschlossen. Neben den direkten Folgen für die ansässige Bevölkerung sinke durch Privatisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft auch die Nahrungsmittelproduktion insgesamt. Studien zeigten, dass Viehhaltung der beste Weg sei, trockene Savannen zu nutzen.

Über das Ausmaß der Landnahme ist keine Einigkeit zu erzielen: Für das Jahr 2010 spricht die Weltbank von 47 Mio., andere Organisationen von 80 Mio. Hektar. „Die Wahrheit ist, dass es niemand weiß. Es gibt kein Zentralregister und die Regierungen lassen sich nicht gerne in die Karten schauen. Manche der größten Deals, auf die ich stieß, waren heimlich abgeschlossen worden und auch den intensiv mit dem Thema befassten NGOs nicht bekannt, während andere Schlagzeilen machten, aber nie verwirklicht wurden“, stellt Pearce in der Einleitung zu seinem sachlich geschriebenen Buch fest. ■ ba

## HUNGER – Dokumentarfilm mit Informations- und Bildungsmaterial




Ein Film von Marcus Vetter und Karin Steinberger. DVD + DVD-ROM. 2011. Bestellnummer 1.939, Bereitstellungspauschale 10,00 €, Bestellung unter: www.bpb.de/publikationen/475FCN

Der 90-minütige Dokumentarfilm „Hunger“ erzählt, wie Menschen, Gruppen und Organisationen darum ringen, eine der schlimmsten sozialen, politischen und ökonomischen Probleme unserer Tage zu lösen: den Hunger in der Welt.

## Kulturlandschaften entwickeln, Ökosystemleistungen stärken – Politikempfehlungen für Deutschland

**Studie der Nachwuchsgruppe Ökosystemleistungen: Claudia Bieling, Yvonne Dinter, Holger Gerdes, Bettina Ohnesorge, Tobias Plieninger, Harald Schaich, Christian Schleyer, Kathrin Trommler, Franziska Wolff, Berlin, Mai 2013**

Auf Basis des Forschungsprojekts „Marktbasierte Instrumente für Ökosystemleistungen“ (2009 bis 2013) werden sieben Leitlinien für die Sicherung und Förderung von Ökosystemleistungen in Kulturlandschaften definiert. Die Forschungsgruppe zeigt, wie diese in dem in Deutschland bestehenden Politikgefüge konkretisiert und implementiert werden können. Ökosystemleistungen wie Wasserreinhaltung, Klimaregulation oder die Bestäubung von Nutzpflanzen betreffen eine Reihe von Politikfeldern, etwa die Naturschutz-, Wald-, Wasser- und Agrarpolitik. Das Papier setzt sich daher insbesondere mit den Umsetzungsmöglichkeiten in diesen Sektoren auseinander.

Abrufbar unter www.oekosystemleistungen.de/aktuelles/pressemitteilung-policy-paper

## Klimawirkungen und Nachhaltigkeit ökologischer und konventioneller Betriebssysteme

**Verbundprojekt der Technischen Universität München, des Thünen-Instituts, der Universität Bonn, der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg sowie der Bioland Beratung, Februar 2013**

Erstmals wurde in 80 Pilotbetrieben eine vollständige Bilanz der Freisetzung von Klimagasen erstellt. Die Ergebnisse zeigen eine große Variabilität der Treibhausgasflüsse in Abhängigkeit von den Standortbedingungen, den Betriebsstrukturen, der Bewirtschaftungsintensität und der Verfahrensgestaltung. Durchschnittlich sind die ertragsbezogenen Emissionen in der ökologischen Landwirtschaft niedriger als in den konventionellen Pilotbetrieben. Die Untersuchungen zeigen jedoch, dass vor allem zwischen den einzelnen Ökobetrieben Erträge und Treibhausgas-Emissionen stark schwanken, teilweise mehr als zwischen den Anbauformen ökologisch und konventionell. Dies zeigt, dass das individuelle Können der Betriebsleiter ein wichtiger Faktor bei der Treibhausgasbilanz der Höfe ist. Daher wurden in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Beratern und Landwirten umsetzbare Maßnahmen zur Emissionsminderung abgeleitet und erste Ansätze für eine Klimaschutzberatung entwickelt.

Informationen zum Projekt: www.pilotbetriebe.de

## Wirtschaftliche Bedeutung des Gartenbausektors in Deutschland

**Studie von Walter Dirksmeyer und Katrin Fluck, Thünen-Institut**

Die Untersuchung der gesamten Wertschöpfungskette des Gartenbausektors in Deutschland zeigt seine hohe wirtschaftliche Bedeutung. Der Wirtschaftszweig trug mit einer Bruttowertschöpfung von rund 19,4 Mrd. € im Jahr 2010 zu rund 13 % der Wertschöpfung des gesamten landwirtschaftlichen Bereichs in Deutschland bei – und das auf nur 1,3 % der agrarischen Fläche. Es entfielen 40 % (7,7 Mrd. €) auf die gärtnerischen Sparten, der Rest auf vor- und nachgelagerte Wirtschaftszweige der Wertschöpfungskette, wie Agrarchemie und Einzelhandel. Innerhalb der gärtnerischen Sparten hatte der Garten- und Landschaftsbau mit einer Bruttowertschöpfung von rund 3,3 Mrd. € den höchsten Stellenwert, im gesamten Gartenbausektor waren im Untersuchungszeitraum gut 700 000 Personen beschäftigt.

www.ti.bund.de → Thünen-Publikationen → Thünen Report → Thünen-Reports 2013

## Dr. Theodor Bühner in Ruhestand, Umstrukturierung im BMELV

In der Abteilung 4 des Bundeslandwirtschaftsministeriums gab es zum 1. Mai 2013 eine Umstrukturierung. Dr. Theodor Bühner, ehemals Leiter des Referats 413, ging in den Ruhestand – einen Nachfolger gibt es noch nicht. Das Referat 413 gibt die Zuständigkeit für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und Fragen der Raumordnung sowie der Landes- und Regionalplanung ab und erhält künftig die Bezeichnung „EU-Programme zur ländlichen Entwicklung – ELER“. Die Gemeinschaftsaufgaben werden dem Referat 415 unter Leitung von Theo Augustin zugeordnet, das künftig unter der Bezeichnung „Gemeinschaftsaufgabe, Ländliche Infrastruktur“ firmiert. Das Referat 416 „Entwicklung ländlicher Räume“ unter der Leitung von Dr. Ulrich Neubauer ist zusätzlich für Raumordnung sowie Landes- und Regionalplanung zuständig.

Die ASG wünscht Dr. Bühner, der jahrelang ihr Ansprechpartner im BMELV war, alles Gute für den Ruhestand und würde sich freuen, ihn weiterhin als Wegbegleiter und engagierten Mitstreiter bei Veranstaltungen begrüßen zu dürfen. Gleichzeitig freut sie sich auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Dr. Neubauer.

## Dr. Horst Reinhardt Sprecher des Vorstandes der Rentenbank

Seit dem 1. April 2013 ist Dr. Horst Reinhardt Sprecher des Vorstandes der Rentenbank. Der 58-Jährige, der seit 1996 bei der Rentenbank ist und seit 2007 dem Vorstand angehört, ist weiterhin für das Fördergeschäft, Treasury, Recht & Personal sowie Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Zum Vorstand der Förderbank für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum gehören neben Dr. Reinhardt Hans Bernhardt und Imke Ettori (Bereichsvorstand). Die ASG gratuliert Dr. Reinhardt zu seiner neuen Position und wünscht ihm bei seinen Aufgaben viel Erfolg.

## Eckhart Stüwe im Ruhestand

Zum 31. März 2013 ging ASG-Kuratoriumsmitglied Eckhart Stüwe (65) als Geschäftsführer der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) nach 39 Jahren im Dienst der landwirtschaftlichen Sozialversicherung in den Ruhestand. Die ASG wünscht Eckhart Stüwe alles Gute für den Ruhestand und hofft darauf, dass er sie weiterhin mit seinem Sachverstand unterstützen wird.

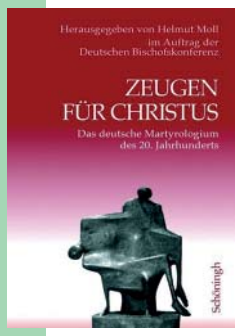
## Klaus Wiesehügel 60 Jahre

Der Bundesvorsitzende der IG Bauen-Agrar-Umwelt und Kuratoriumsmitglied der ASG beging am 1. Mai 2013 seinen Geburtstag. Die ASG wünscht dem Jubilar alles Gute, besonders weiterhin eine gute Gesundheit.

## Generationswechsel im Deutschen Landkreistag (DLT)

Der seit 2002 amtierende Präsident des DLT, Landrat Hans Jörg Duppré, hat angekündigt, im Frühjahr 2014 nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen. Da auch DLT-Vizepräsident Dr. Michael Ermrich in Kürze aus seinem Amt ausscheiden wird, um das Amt des Präsidenten des Ostdeutschen Sparkassenverbandes anzutreten, hat das DLT-Präsidium eine einstimmige Empfehlung abgegeben, Landrat Reinhard Sager (Ostholstein) ab Frühjahr 2014 zum Präsidenten des Deutschen Landkreistages zu wählen. Neuer Vizepräsident soll dann Landrat Joachim Walter (Tübingen) werden.

## Landwirte und Gutsbesitzer als Gewaltopfer des Nationalsozialismus




*Helmut Moll (Hrsg.), Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. 5., erw. u. akt. Aufl. 2010, 2 Bände, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn, 1632 S., ISBN 978-3-506-75778-4, 88,00 €.*

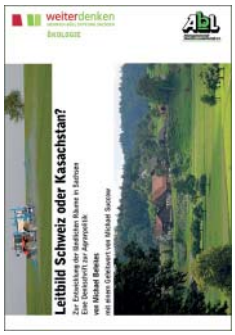
Widerstand gegen die Ideologie des Nationalsozialismus gab es nicht nur von Kommunisten und Sozialisten, nicht nur von Juristen und Pädagogen, sondern auch von Landwirten und Gutsbesitzern. Gegen die Knebelung des Gewissens, mehr noch gegen die wachsende Vereinnahmung gingen zahlreiche Landwirte aus allen Teilen Deutschlands in die Gegenoffensive; die bekanntesten unter ihnen sind der Reichstagsabgeordnete Franz Herbert aus Unterfranken († KZ Mauthausen) sowie der evangelische Heinrich Graf zu Dohna-Schlobitten aus Ostpreußen († Gefängnis Berlin-Plötzensee). Auch Kleinlandwirte wie der hessische Friedrich Coy († Zuchthaus Brandenburg-Görden) bezahlten ihre Opposition mit dem Leben. Gutsbesitzer wie Ferdinand Frhr. von Lüninck aus dem Sauerland († Gefängnis Berlin-Plötzensee), Johannes Francken-Sierstorpff aus Schlesien († Hof/Saale) oder Theodor Roeingh aus Westfalen († KZ Bergen-Belsen) hatten den Mut, dem Regime die Stirn zu bieten. Diese und viele weitere Schicksale bedürfen gerade angesichts des heute wieder erstarkenden Rechtsextremismus vertiefter Beachtung. Das zweibändige Hauptwerk ermutigt alle, diese glaubwürdigen Vorbilder dem Vergessen zu entreißen.

Eine Liste mit den Namen der Ermordeten ist auch auf der ASG-Website unter www.asg-goe.de/pdf/gewaltopfer-aus-der-landwirtschaft.pdf zu finden. hjm

## Schweiz oder Kasachstan – eine Denkschrift zur Agrarpolitik

*Michael Beleites, Zur Entwicklung der ländlichen Räume in Sachsen. Schriften zur Ökologie, hg. v. der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V., AbL Bauernblatt Verlags GmbH, 2. Aufl., Dresden 2012, 100 S., ISBN 978-3-930413-54-6, 8,00 €.*

Der Autor beschreibt die agrarpolitischen Entscheidungen, die zu Zeiten der DDR und nach der Wende getroffen wurden, sowie ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft, Agrarstruktur und daraus resultierende demografische und gesellschaftliche Entwicklungen in Ostdeutschland. Weiterhin benennt er Ziele und Visionen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Damit verknüpft sind zwei Leitbilder, plakativ tituliert als Schweiz und Kasachstan. Schweiz – die bäuerliche Landwirtschaft mit durchschnittlich 20 ha pro Betrieb und über fünfmal mehr landwirtschaftlich beschäftigten Menschen pro 100 ha Nutzfläche als in Ostdeutschland. Kasachstan – der auf Masse produzierende Agrargroßbetrieb mit Flächenausstattungen von 5 000 bis 40 000 ha, wobei 10 % der größten Betriebe 99 % der Gesamtagrarfläche des Landes bewirtschaften. Nachdrücklich plädiert der Autor für die Rückbesinnung auf das Modell des lokal und regional verankerten bäuerlichen Familienbetriebs von überschaubarer Größe. Als Eckpunkte für eine Agrarwende benennt er: Folgekosten auf die Verursacher umlegen, ökologische Landbewirtschaftung aller Flächen, kleinere Betriebe und ein Ende der Agrarsubventionen. za




## Demographischer Wandel in ländlichen Gesellschaften

*Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 61. Jg., Heft 1, 2013, Eva Barlösius, Clemens Zimmermann (Hrsg.), DLG-Verlag, Frankfurt am Main, 143 S., ISSN 0044-2194, 40,00 €.*

Die Herausgeber kritisieren die „Geschichtsvergessenheit“ der bisherigen Diskussion um den demografischen Wandel. Dementsprechend werfen zwei Aufsätze einen Blick auf Wanderungsbewegungen infolge des Dreißigjährigen Krieges sowie auf Wüstungsprozesse des Mittelalters und die Gründe für damalige Bevölkerungsverschiebungen. Weitere Beiträge untersuchen das öffentliche Sprechen über den demografischen Wandel am Begriff „Landflucht“, beleuchten seine historische Herkunft sowie die damalige und heutige Verwendung im Zusammenhang mit unterschiedlichen Interessenlagen. Darüber hinaus geben sie einen Forschungsüberblick über die transatlantische Rückwanderung und den sozialen Wandel in Spanien und Portugal in der Zeit von 1830-1970 und stellen die Ergebnisse der Studie „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ vor. za

*Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.*

*In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.*

*Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.*

## IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

**Herausgeber**
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

**Geschäftsführung**
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch (komm.)
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning (komm.)

**Redaktion**
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Tel. (0551) 4 97 09-26
ines.fahning@asg-goe.de

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

**Layout**
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

**Druck**
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/Westfalen

**Nachdruck und sonstige Verbreitung**
(auch auszugsweise) nur mit Genehmigung
der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

**Ländlicher Raum**
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar.

**Preise**
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studenten 36,- €) enthalten.

**Konto**
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.